

Das Parlament

Berlin, Montag 12. September 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 37-38 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ein Turner auf der Tribüne

Andreas Toba Ungewohnte Worte zu Beginn der Etat-Generaldebatte. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) begrüßte diesmal einen ganz besonderen Gast auf der Besuchertribüne:



Dort hatte sich der Hannoveraner Kunstturner Andreas Toba unter die Gäste gemischt. Bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro brachte es der 25-Jährige zu weltweiter Popularität, als er trotz schmerzhaften Kreuzbandrisses seine Übung am Pferd absolviert und so die Teilnahme des deutschen Teams am Finale gesichert hatte. „Lieber Herr Toba, für viele Sportfreunde verkörpern Sie mit ihrem Einsatz den wahrhaft olympischen Geist, der an mancher Stelle verloren zu gehen droht“, sagte Lammert unter viel Beifall. „Für viele, mich jedenfalls, sind Sie der Sportler des Jahres.“ Andreas Toba vernahm die Wünsche vom zweiten Mann des Staates sichtlich gerührt auf der Tribüne. kru

ZAHLE DER WOCHE

1.556

Euro ist der Betrag, um den die deutsche Staatsschuld in jeder Sekunde ansteigt. Insgesamt hat der Staat bisher 2,26 Billionen Euro Verbindlichkeiten angehäuft. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Land beträgt mittlerweile 27.222 Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge.«

Dietmar Bartsch, Ko-Vorsitzender der Linksfraktion und Oppositionsführer, in der Generaldebatte des Bundestages zum Haushalts 2017

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Linken-Etatexperte Roland Claus im Gespräch Seite 2

INNENPOLITIK
NSA-Ausschuss US-Experten zu Datenschutz und Geheimdienstkontrolle Seite 11

INNENPOLITIK
Landtag Nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern ist vieles anders Seite 12

KEHRSEITE
Bundestag Zehntausende besuchten den „Tag der Ein- und Ausblicke“ Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schock aus dem Norden

GENERALAUSSPRACHE Fraktionen wollen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen

Der Schock sitzt tief. Die Alternative für Deutschland (AfD) rückt bei jeder Landtagswahl vor und hat in Mecklenburg-Vorpommern sogar die CDU überholt. Unter dem Eindruck des Besorgnis erregenden Ergebnisses in Mecklenburg-Vorpommern haben Bundesregierung und alle Fraktionen des Deutschen Bundestages vor einem weiteren Zulauf zu Rechtspopulisten gewarnt und die „Einigkeit der Demokraten“ beschworen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte in der Generalaussprache des Parlaments zum Etatentwurf 2017 (18/9200) in der vergangenen Woche, die AfD bedeute nicht nur eine Herausforderung für die CDU: „Sie ist eine Herausforderung für alle in diesem Hause.“ Die Kanzlerin, die an ihrer Flüchtlingspolitik festhalten will, rief genauso wie Redner der anderen Fraktionen dazu auf, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen.

Dafür dürften sich die Parteien aber nicht der Sprache der AfD annähern, warnte die Kanzlerin. „Wenn auch wir anfangen, in unserer Sprache zu eskalieren, gewinnen nur die, die es immer noch einfacher und klarer ausdrücken können.“ Wählerbeschimpfungen würden nichts bringen. Wenn die Parteien untereinander nur einen kleinen Vorteil suchen würden, um über den Wahlsonntag zu kommen, „gewinnen nur die, die auf Parolen und scheinbar einfache Antworten setzen.“

Für Merkel bleibt viel zu tun Die Kanzlerin erklärte, „die Situation heute ist um ein Vielfaches besser als vor einem Jahr. Aber natürlich bleibt viel zu tun.“ Sie kündigte weitere Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit an, „weil nicht jeder Flüchtling in guter Absicht kommt“. Sie sagte jedoch auch, der Terrorismus sei „kein neues Problem, das erst mit den Flüchtlingen gekommen ist“. Dietmar Bartsch (Linke) erklärte zum Wahlergebnis, „wir haben alle hier im Haus ein Problem, und niemand sollte versuchen, anderen das zuzuschreiben“. In besonderer Weise sei jedoch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) verantwortlich, der zu dem Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern „wirklich sehr viel beigetragen“ habe. Auch Katrin Göring-Eckardt (Grüne) betonte die Verantwortung des CSU-Vorsitzenden, der das Geschäft der Rechten übernehme. „Wer jeden Blödsinn der Populisten nachplappert, der muss sich nicht wundern, wenn sie dann gewählt werden.“ Außerdem sei es falsch, von ei-



Sorgenvoller Blick trotz guter Haushaltszahlen: Die jüngsten Wahlergebnisse waren nicht nur für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) enttäuschend.

nem durch die Flüchtlinge überforderten Volk zu sprechen: „Nicht die Menschen in unserem Land sind überfordert, sondern Sie mit ihrer chaotischen Regierung sind es.“ Die Fraktionsvorsitzenden der Koalition, Volker Kauder (CDU) und Thomas Oppermann (SPD), gingen ebenfalls auf das Landtagswahlergebnis ein. Oppermann sagte, alle im Bundestag vertretenen Parteien hätten verloren. Er sei froh, dass in der Debatte nicht der übliche Streit geführt werde, wer am meisten oder am wenigsten verloren habe, „denn Verlierer dieser Entwicklung werden nicht einzelne demokratische Parteien sein, sondern allenfalls die Demokratie insgesamt“. Eine Demokratie könne nur funktionieren, wenn die Menschen mit Respekt miteinander zusammenleben und der Staat den inneren Frieden garantiere. Wenn eine Partei wie die AfD, die gezielt Stimmung gegen Ausländer mache, nun schon zum zweiten Mal mit über 20 Prozent in ein Parlament einziehe,

»Verlierer dieser Entwicklung könnte die Demokratie sein.«
Thomas Oppermann (SPD)

„dann ist das eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserem Land“. Den Rechtspopulisten könne am schnellsten das Wasser abgegraben werden, indem „wir mit einem handlungsfähigen starken Staat für soziale und öffentliche Sicherheit sorgen“. Kauder sagte, es werde nicht gelingen, diese Kräfte wieder aus dem aktiven Parlamentsgeschehen zu drängen, „wenn wir uns gegenseitig Vorhaltungen machen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen“. Es sei nicht richtig, wenn die Linkspartei behaupte, bei innerer Sicherheit sei nur gespart worden. Auch die Armenien-Resolution des Bundestages werde von der Bundesregierung nicht in Frage gestellt, wie die Grünen behaupten würden. Zum Zustand der Regierung sagte Bartsch, ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl sei die Große Koalition „de facto am Ende“. Auch Göring-Eckardt sprach von einer „Koalition des Chaos“. Bartsch kritisierte, die Verunsicherung in Deutschland sei noch

nicht so groß gewesen. „Deutschland wird nicht von Zuversicht regiert, sondern Deutschland wird von Angst regiert.“ Bartsch kritisierte, dass sich die Bundesregierung durch den Flüchtlingspakt in eine Abhängigkeit von der Türkei begeben habe. Mit den Kniefällen vor dem türkischen Präsidenten Erdogan hätten sich Europa und Deutschland erpressbar gemacht. Göring-Eckardt sprach von „Kriechen vor Herrn Erdogan“. **Türkei-Abkommen als Modell** Dagegen hatte die Kanzlerin das Abkommen mit der Türkei als beispielhaft herausgestellt: „Das Abkommen mit der Türkei ist ein Modell für weitere solche Abkommen“, sagte sie. Seit dem Abkommen mit der Türkei sei so gut wie kein Flüchtling mehr in der Ägäis ertrunken. Aber wenn die Türkei Menschenrechte verletze, „dann wird das beim Namen genannt“. Zum Haushaltsentwurf erklärte sie, zum dritten Mal komme man ohne Schulden aus. Die Regierung habe die guten Einnahmen genutzt, um die soziale Sicherheit zu stärken. Merkel versicherte: „Deutschland wird Deutschland bleiben – mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.“ Hans-Jürgen Leersch

EDITORIAL Der Ton wird rauer

VON JÖRG BIALLAS

Eine Haushaltswoche im Deutschen Bundestag ist immer etwas Besonderes. Im Plenum wird engagiert debattiert, wie das Geld zu verteilen ist, damit die einzelnen Ministerien im folgenden Jahr die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Wenn das Parlament in diesem Herbst seiner treffend als „Königsrecht“ bezeichneten Pflicht nachkommt, geschieht das sogar unter ganz besonderen Vorzeichen. Denn die Politik hat offensichtlich auf Wahlkampf-Modus umgeschaltet. Der Ton wird rauer. Nicht nur zwischen Opposition und Koalition. Auch innerhalb der Regierung ist der Umgang mitunter weit weniger freundlich, als es unter Partnern eigentlich üblich ist. Die Chance ist groß, dass das bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 so bleibt. Denn nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vor einer Woche wird schon am kommenden Sonntag das Abgeordnetenhaus in Berlin gewählt. Im März folgen dann die Saarländer, und im Mai werden die Menschen in Schleswig-Holstein sowie Nordrhein-Westfalen an die Urnen gebeten. Gerade die Wahl an Rhein und Ruhr, in dem bevölkerungsreichsten Bundesland, gilt vielen schon heute als Fingerzeig für den Ausgang des Bundesvotums vier Monate später. Was das mit der Einbringung des neuen Haushaltses zu tun hat? Nun, die Versuchung ist zweifelsohne groß, die Wähler in diesen Zeiten mit Finanzgeschenken zu umschmeicheln. Zumal die Nation finanziell ordentlich dasteht. Die Steuern sprudeln, die Wirtschaft boomt, Konjunktur und Arbeitsmarktdaten sind durchaus zufriedenstellend. Warum also sollte der Staat nicht großzügig sein und beispielsweise die Steuern spürbar senken oder Sozialausgaben noch deutlicher erhöhen? Weil das kurzfristig wäre. Trotz der komfortablen Einnahmesituation schiebt die Nation noch immer einen enormen Schuldenberg vor sich her. Und was noch schwerer wiegt: Auf die sozialen Sicherungssysteme kommen bald enorme Herausforderungen zu. Würde dafür nicht schon heute Vorsorge getroffen, wäre das fahrlässig. Zum Wahlkampf gehört die vernehmbare Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Zu einer verlässlichen Haushaltspolitik gehört die analytische Ruhe, die besonnenem Handeln innewohnt. Deshalb ist es geboten, bei-

Weiter ohne neue Schulden

HAUSHALT Bund will Ausgaben im kommenden Jahr auf 328,7 Milliarden Euro steigern

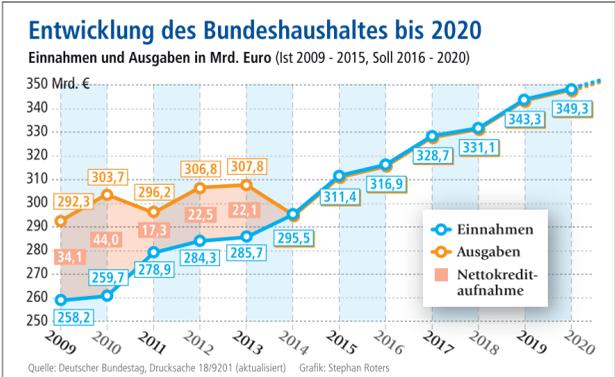
Auch in den kommenden vier Jahren will der Bund keine neuen Schulden machen. Das geht aus dem Etatentwurf der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2017 (18/9200) und dem Finanzplan des Bundes bis 2020 (18/9201) hervor, den der Bundestag in der vergangenen Woche vier Tage beraten hat.

knapp 19 Milliarden Euro eingeplant. Bis zum Jahr 2020 sollen hierfür insgesamt rund 77,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Auch für die innere Sicherheit soll mehr Geld aufgewendet werden. Nach dem Entwurf sollen die Ausgaben im kommenden

Jahr im Vergleich zu 2016 um 253,5 Millionen Euro steigen. Dazu soll es mindestens 2.000 neue Planstellen vor allem bei der Bundespolizei geben. Der Verteidigungsetat soll um 2,3 Milliarden Euro auf rund 36,6 Milliarden Euro angehoben werden. Darüber hinaus will

der Bund vermehrt in Bildung, Wissenschaft und Forschung, den sozialen Wohnungsbau und in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Insgesamt sind für Investitionen 2017 33,3 Milliarden Euro (2016: 31,5 Milliarden Euro) eingeplant.

Weniger Zinszahlungen Für Zinszahlungen will der Bund im kommenden Jahr 20,12 Milliarden Euro aufwenden. Das sind 20,3 Prozent weniger als in diesem Jahr (25,23 Milliarden Euro). Infolge der Niedrigzinsen sinken die Ausgaben für die Kredite seit Jahren kontinuierlich ab. Der Bundestag hat den Etatentwurf und die Finanzplanung des Bundes zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Verabschiedet werden soll der Haushalt 2017 wiederum nach viertägigen Beratungen am Freitag, dem 25. November. Michael Klein



GASTKOMMENTARE

VORRANG FÜR STEUERSENKUNG?

Der Doppelschlag

PRO



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Mit dem Haushalt hat Wolfgang Schäuble (CDU) bisher Glück gehabt. Seit er Finanzminister ist, sprudeln die Steuern und sinken die Zinsen. Dabei hätte sein Start ins Amt nicht schlechter sein können: Wegen der Finanzkrise rechnete man für 2010 mit einer Neuverschuldung von mehr als 80 Milliarden Euro. Am Ende war es zwar nur die Hälfte, aber genug, um ihn zum Schuldenkönig zu krönen. Es folgte eine beeidete Steuererhöhungen ndruckende Sanierungsgeschichte, wurden zum größten Teil genutzt, um das Defizit zu drücken. Die Ausgaben durften da nur wenig steigen. 2014 war der Ausgleich geschafft, früher als geplant. Seitdem steigen die Ausgaben wieder kräftig. Nun sollte ein Teil der Mehreinnahmen an die Bürger zurückgegeben werden. Sie mussten lange auf eine nennenswerte Entlastung warten. Das war unvermeidlich, aber nun ist es Zeit für eine Steuer-senkung, die den Namen verdient. An der »Schwarzen Null« ist festzuhalten, schließlich hat Deutschland immer noch mehr Schulden als im Maastricht-Vertrag festgeschrieben. Dazu braucht es keine Überschüsse, es reicht, wenn der Staat keine zusätzlichen Schulden macht und die Wirtschaft wächst. Auch dann sinkt die Schuldenquote. Das zeigt der Blick zurück: 2010 betrug die deutsche Staatsschuld 81 Prozent. Derzeit sind Bund, Länder und Gemeinden mit etwa 70 Prozent der Wirtschaftsleistung verschuldet. Ohne neue Kredite wird Ende des Jahrzehnts der europäische 60-Prozent-Schwellenwert unterschritten. Es geht also beides: Steuern senken und Staatsfinanzen konsolidieren – doch dazu muss man den Ausgabenanstieg begrenzen. Es wäre fatal, würden die Überschüsse aus dem ersten Halbjahr zu einer weiteren Aufblähung der Haushalte führen.

Zukunft sichern

CONTRA



Markus Sievers, »Berliner Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«

Deutschland geht es wirtschaftlich gut wie lange nicht, möglicherweise sogar so gut wie nie zuvor. Dies machte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gleich zu Beginn der Haushaltsdebatte im Bundestag deutlich. Die ökonomische Stärke spiegelt sich auch in den staatlichen Haushalten wider. Der Bund kann sich höhere Ausgaben leisten, weil die solide Konjunktur die Kassen füllt und die niedrigen Zinsen zusätzlich entlasten. Selbst in der Flüchtlingskrise muss er weder Ausgaben kürzen noch Steuern erhöhen oder Schulden aufnehmen. Zumindest laut Finanzplan steht die »Schwarze Null« auch die nächsten Jahre. Gesamtstaatlich erwirtschaftet die Bundesrepublik sogar Überschüsse. Prompt wird der Ruf nach Steuer-senkungen laut. Auch Schäuble sieht dafür nach 2017 einen Spielraum von etwa 15 Milliarden Euro. Aber wäre das sinnvoll? Deutschland hat trotz aller Erfolge enorme Herausforderungen zu bewältigen. Alle hierzu-lande profitieren dauerhaft davon, wenn die Integration der Flüchtlinge so schnell wie möglich gelingt. Der Standort braucht dringend mehr Investitionen in Straßen, in die Schiene, in die digitale Infrastruktur. Bei Bildung und Forschung schöpft das Land sein Potenzial ebenso wenig aus wie bei der Kinderbetreuung. Jetzt kommt es darauf an, dem Standort eine gute Zukunft zu sichern. Bei wachsender Wirtschaft sorgen allein ausgeglichene Haushalte dafür, dass die Schuldenlast schrumpft. In Deutschland sinkt die Defizitquote in hohem Tempo. Die Überschüsse noch weiter zu erhöhen, wäre nicht nachhaltig, sondern schädlich. Ihre Verwendung muss aber dem Nutzen aller dienen. Generationengerechtigkeit heißt auch, ein funktionierendes Gemeinwesen zu hinterlassen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Claus, der Bundestag hat in der vergangenen Woche erstmals den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beraten. Der Entwurf sieht Ausgaben von knapp 329 Milliarden Euro vor. Das sind rund zwölf Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Trotzdem will Schäuble weder Steuern erhöhen noch neuen Schulden machen. Können Sie sich auch über die geplante »Schwarze Null« freuen?

Ich halte den ganzen Rummel, der derzeit um die »Schwarze Null« aufgeführt wird, für überzogen. Das Markenzeichen linker Haushaltspolitik ist es nicht neue Schulden aufzubauen, sondern gerechte Steuern zu erheben. Zum Beispiel haben wir eine ganz klare Auffassung zur Erbschaftsteuer. Das Erbschaftsteuerkonzept der Bundesregierung ist aus unserer Sicht ein Witz. In jedem Jahr werden bis zu 200 Milliarden Euro vererbt, von denen nur ein winziger Betrag versteuert wird. In Deutschland werden die Reichen von Jahr zu Jahr reicher und die Armen zahlreicher. Deshalb ist unsere erste Kritik am Haushaltsentwurf, dass dieser nichts, aber auch gar nichts für eine gravierende Verbesserung der Einnahmeseite enthält. Ergebnis der »Schwarze-Null-Politik« sind dann mangelnde Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Das lehnen wir als Die Linke konsequent ab. Bei diesem Haushalt sucht man eben vergebens nach einem echten roten Faden und ein klares politisches Programm. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Gelder mit der großen Gießkanne verteilt werden.

Was müsste getan werden, um die von Ihnen kritisierte soziale Spaltung zumindest zu verringern?

Eine gerechte und umverteilende Steuerreform müsste her. Das Steuerkonzept der Linken würde die gesamten Gestaltungsspielräume erheblich vergrößern. Der Bund könnte 53 Milliarden Euro, die Länder könnten 97 Milliarden Euro und die Kommunen 27 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen. Kein Millionär und keine Millionärin würde dadurch verarmen und der Mittelstand würde durch eine solche Reform erheblich entlastet.

Dient die »Schwarze Null« also nur dazu, um im Wahljahr zu punkten?

Das glaube ich nicht. Die »Schwarze Null« hat mit dem Lebensalltag der meisten Menschen nichts zu tun. Dennoch ist zu beachten, dass Schuldenmachen nicht gut ankommt. Seit 2008 hat der Bundeshaushalt wegen sinkender Zinsen rund 100 Milliarden Euro eingespart. Da fragt man sich schon, warum der Finanzminister aus diesen Rahmenbedingungen nichts Vernünftiges macht. Mit ihm verbindet man kein Zukunftsprogramm, welches eine gerechte und umverteilende Steuerreform zum Tragen lassen kommt, sondern ausschließlich eine »Schwarze Null«. Alles in allem kann man den Haushalt so bewerten, dass zwar an manchen Stellen ein finanzieller Aufwuchs zu verzeichnen ist, mir aber der Glaube fehlt, dass wir das mehr an Geld für richtig gute Ideen, für die Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Infrastruktur und für eine humane Integration der hier Benachteiligten und der zu uns Geflüchteten nutzen.

Sehen Sie im Etatentwurf 2017 »Wahlgeschenke«?

Einige sogenannte Wahlgeschenke sind schon im Haushaltsentwurf enthalten, andere werden noch durch die parlamentarische Beratung hinzukommen. Da bin ich mir ganz sicher und kann das aus langer Erfahrung sagen. Das eigentliche Problem ist aber, dass die Bundesregierung den Eindruck erweckt, als hätte sie die Förderprogramme selbst erspart. Der Bund verteilt

»Roter Faden fehlt«

ROLAND CLAUS Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Die Linke fordert Verbesserungen bei den Steuereinnahmen



© linksfraktion.de

aber nur die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger, daran sollte man von Zeit zu Zeit erinnern.

Für die Bewältigung der Zuwanderung und die Bekämpfung der Fluchtursachen sind im kommenden Jahr bisher 19 Milliarden Euro eingeplant. Reicht das überhaupt?

Insgesamt denke ich, ja. Nur lässt der Bund die Kommunen auf vielen Lasten allein sitzen. Und das ist für die kommunale Familie schwer zu stemmen.

Wird das Geld in diesem Bereich richtig eingesetzt?

Es wird zu wenig für echte Integration ausgegeben. Meine Fraktion wird innerhalb der Haushaltsberatungen dazu auch Änderungsanträge einbringen. Gerade das Budget für Integrationskurse halten wir für zu gering angesetzt. Ebenso ist unser politischer und auch monetärer Ansatz für Ausbildungsförderung und Arbeitsmarktförderung ein anderer. Der Haushaltsentwurf zeigt auch, dass zu viel für Bürokratie aufgewendet wird.

Bei der Inneren Sicherheit will die Regierung vor allem mit mehr Planstellen punkten. Ist das notwendig?

Zum Teil sind mehr Planstellen richtig, zum Beispiel bei der Bundespolizei. Beim Geheimdienst brauchen wir sie nicht. Aber lassen Sie mich noch etwas ausholen. Die Personalaufstockung und Modernisierung der Ausstattung bei der Bundespolizei wären ohnehin notwendig; beim Technischen Hilfswerk wird die Rücknahme von geplanten Kürzungen aus der Finanzplanung gegenfinanziert, die ohnehin nicht nachvollziehbar gewesen wären. Auch bei der Hochschule des Bundes werden nun Stellen für die Ausbildung des gehobenen Dienstes geschaffen, die schon lange benötigt wurden. Das war schon jahrelang eine Linken-Forderung.

Was halten Sie davon, dass der Verteidigungsetat um 2,3 Milliarden Euro auf 36,6 Milliarden Euro steigen soll?

Das lehnen wir konsequent ab. Wir brauchen keine Interventions-Bundeswehr. Kriegsbeteiligung ist die falsche Antwort auf den Terror. Die Fehler nach 9/11 waren, den Krieg als Mittel der Außenpolitik und Freiheitsbeschränkungen als Mittel der Innenpolitik zu etablieren. Aggressionen nach außen gehen nun einmal Hand in Hand mit einem Abbau demokratischer und sozialer Rechte im Inneren.

Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) freut sich über mehr Verkehrsinvestitionen – trotz fehlender Einnahmen durch die Pkw-Maut für Ausländer. Glauben Sie, dass die Rechnung aufgeht?

Die Pkw-Maut hätte das Problem auch nicht gelöst. Deutschland steckt weiterhin im Investitionsstau. Der ist nur mit mehr Einnahmen aufzulösen.

Auch für den sozialen Wohnungsbau und für Bildung und Forschung soll es mehr Geld geben. Können die Versprechen eingehalten werden?

Auch das Einhalten dieses Versprechen wird die fehlenden Wohnungen in Ballungsräumen nicht kompensieren können. Das deutsche Bildungssystem ist durch seine föderale Zersplitterung final gescheitert.

Wo würden Sie eigene Prioritäten setzen?

Bei mehr sozialer Gerechtigkeit, das heißt für mich: gleiche Löhne, gleiche Arbeit und eben auch die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau. Eine weitere Priorität liegt in der Daseinsvorsorge. Gerade im ländlichen Bereich, da haben wir noch einige Hausaufgaben vor uns, wenn ich die ärztliche Versorgung, die Breitbandversorgung oder gar den ÖPNV anschau, um nur einige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu nennen. Weitere Priorität muss die frühkindliche Bildung, die Aus- und Fortbildung einnehmen. Des Weiteren sollten wir größere Investitionen in Zukunfts- und Forschungsprojekte stecken. Und wir als Die Linke würden ganz klare Priorität in der Abrüstung sehen.

Das Interview führte Michael Klein. ||

Roland Claus (61) ist haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Der Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt wurde 1998 erstmals in den Bundestag gewählt.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Kaufmann: Bartholomäus Kalb

Bartholomäus Kalb tritt gegen Euphorie auf die Bremse. »Eine Steuerreform muss es geben, realistischere wird das aber erst in der nächsten Legislaturperiode möglich sein«, sagt der CSU-Abgeordnete. Der Niederbayer kennt die Rekord-Steuererhöhungen des Staates, allein im ersten Halbjahr 2016 gab es einen Überschuss von 18,5 Milliarden Euro. Aber massive Steuer-senkung sofort, wie manche es fordern, gehe nicht, meint Kalb. Die Länder müssten einbezogen werden, weil das Gesetz zustimmungspflichtig sei. Auch erfordere ein Steuer-Gesamtkonzept umfangreiche Vorarbeiten – kaum machbar im Vorwahlkampf. Bartholomäus Kalb ist vor allem gegen die steil ansteigende Steuerprogression. »Der Mittelstandsbau muss reduziert werden. Die jungen Leistungsträger sollen entlastet werden.« Wenn das wirklich nach 2017 passieren sollte, wird Bartholomäus Kalb nicht mehr im Bundestag sitzen – nach drei Jahrzehnten Parlamentszugehörigkeit und als dienstältester Angehöriger im wichtigen Haushaltsausschuss. Er will nicht mehr fürs Parlament kandidieren. »Ich bin jetzt 67 geworden und werde im nächsten Jahr 68. Man muss seine Grenzen kennen. Ich bin froh, darüber selbst entscheiden zu können.« Bis zum Ausscheiden will sich der Haushalter aber noch ins Zeug legen für die Finanzpolitik der Koalition. Voll des Lobs ist Kalb für Wolfgang Schäubles »Schwarze Null«, auch wenn die Opposition darin einen »Fetisch« sieht. »Wir machen 2017 zum vierten Mal hintereinander keine neuen Schulden. Das ist sehr wichtig für künftige Generationen.« Und alles ohne Steuererhöhungen. Gewiss habe die »Null-Zins-Politik« der Europäischen Zentralbank ihren Anteil an den guten Etatzahlen, räumt Kalb ein, »aber auf sie darf man sich nicht verlassen.«



© DBT/Achim Meide

»Wir machen 2017 zum vierten Mal hintereinander keine neuen Schulden. Das ist sehr wichtig für künftige Generationen.«

les dafür tun, dass sich ein Jahr 2015 nicht wiederholt.« Nach der Grenzöffnung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) strömten eine Million Asylbewerber nach Deutschland, ein Ereignis, das das Land nach lange beschäftigten und die Finanzen strapazieren wird. Apropos Merkel: Wird sie nach der Serie von CDU-Wahlniederlagen 2017 noch einmal als Spitzenkandidatin für die Union antreten? Kalb: »Ich gehe davon aus, dass Merkel auch 2017 als Spitzenkandidatin antritt.« Er äußert sich nicht

dazu, ob ihm dies passt, nachdem sich die CSU demonstrativ noch auf niemanden festgelegt hat, schon gar nicht auf die amtierende Kanzlerin: Bartholomäus Kalb ist Haushalter durch und durch. Schon als bayerischer Landtagsabgeordneter (1978-1986) gehörte der gelernte Kaufmann dem Haushaltsausschuss an. Und im »Königsausschuss« des Bundestags sitzt Kalb seit Ende 1988, ein Jahr nach seinem Parlaments-einzug. Derzeit ist er Ausschussvize und führt die CSU-Haushalter im Bundestag. In den drei Jahrzehnten Bundestag hat er spannende Zeiten in der Finanzpolitik erlebt – die deutsche Einheit nach 1990, schwierige Jahre nach 2002 oder die Finanzmarktkrise 2008. »Solidität und Stabilität« sei für ihn stets Richtschnur im Ausschuss gewesen, bekennt Kalb. Immer habe es gegolten, Fachpolitiker aller Parteien abzuwehren, die genau wussten, warum es gerade bei ihnen mehr Geld geben müsse. Aus seinen ersten Berufsjahren als Industriekaufmann in einer mittelständischen Firma habe er viel für die Ausschussarbeit gelernt. Zuvor hatte er eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert, um den elterlichen Hof weiterzuführen. Die Verwurzelung in der Region zwischen Landstut und Passau war für Kalb auch Grund, seiner niederbayerischen Heimat immer treu zu bleiben. Seit 1987 ist er direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Deggendorf, eine feste CSU-Bastion. Was bleibt dem bescheiden auftretenden Kalb, dessen Dialekt ein Markenzeichen ist und dessen Vorname daheim zu einem »Barthl« wird, als Hobby? Gartenarbeit, sagt der verheiratete Vater zweier Kinder. Die vielen Obstbäume im heimischen Garten in Künzing pflanzen, schneiden, veredeln, dabei ist Bartholomäus Kalb ganz entspannt und weit weg von der Berliner Haushaltspolitik. Hans Krump ||

Das Parlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-6111 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
9. September 2016

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverkauf@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Kinder können hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Im kommenden Jahr sollen das Kindergeld und der Kinderfreibetrag angepasst werden.

© picture-alliance/dpa

Schäuble setzt auf Stabilität

HAUSHALT 2017 Regierungsentwurf sieht Erhöhung der Investitionen um zwei Milliarden Euro vor. Opposition vermisst Gerechtigkeit

Für die einen ist es ein Grund zur Freude, für die anderen werden erneut Chancen vertan: Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2017 (18/9200), den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche zu Beginn der viertägigen Haushaltsberatungen vorstellte, wurde von Koalition und Opposition erwartungsgemäß unterschiedlich aufgenommen.

Veränderung Für Schäuble steht die Haushaltspolitik des Bundes für Stabilität, für Verlässlichkeit und Zukunftsgestaltung in einem Umfeld von Unsicherheit. Einerseits gehe es der deutschen Wirtschaft sehr gut, andererseits wachse ein Gefühl der Unsicherheit. „Wir müssen beweisen, dass die Integration der Flüchtlinge gelingen kann, und wir müssen beweisen, dass wir mögliche Sicherheitsrisiken erkennen und unter Kontrolle halten“, sagte Schäuble. Es gehe um Veränderung, aber nicht um Selbstaufgabe. Im Haushalt 2017 mit geplanten Ausgaben von 328,7 Milliarden Euro (siehe Tabelle) bleibe die Steigerung im Einklang mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts: „Wir geben nur das aus, was wir nachhaltig ha-

ben.“ Die Ausgaben für Bildung und Forschung seien massiv erhöht worden, Länder und Kommunen könnten ihre Aufgaben verlässlich finanzieren. Die Bundesregierung sei angesichts neuer Aufgaben handlungsfähig geblieben. Spielräume würden genutzt. So stiegen die Investitionen erneut um fast zwei Milliarden Euro. Milliarden würden investiert in den Breitbandausbau, in Elektrofahrzeuge, in die Mikroelektronik. Jungen, innovativen Unternehmen wolle man den Zugang zu Fremdkapital erleichtern. Schäuble kündigte an, dass im Rahmen des Existenzminimumberichts und des Berichts über die Wirkung der kalten Progression im kommenden Jahr der Steuertarif sowie der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und das Kindergeld angepasst werden. Dies würde 2017 „gesamstaatlich“ zu einer Entlastung von rund zwei Milliarden Euro führen. Für Steuersenkungen gebe es nach 2017 einen Spielraum von etwa 15 Milliarden Euro, die für die Entlastung kleiner und

mittlere Einkommen und den Abbau des sogenannten „Mittelstandsbauchs“ im Einkommensteuertarif genutzt werden könnten, sagte er weiter. Während Schäuble von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD weitgehend gestützt wurde, sahen die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen den Etatentwurf kritisch. Für die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, Gesine Lötzsch (Die Linke), fällt der Regierungsentwurf sowohl beim Gerechtigkeits- als auch beim Sicherheits- und beim Zukunftstest durch. So sei der Entwurf ungerecht, weil die Reichen geschont würden, da die Steuern auf Kapitalerträge geringer seien als die Steuern auf geleistete Arbeit. Für die Abgeordnete gibt es zudem keine sinnvolle Begründung, wieso der Etat der Bundeswehr noch weiter aufgestockt werden soll. Dies diene nicht der Sicherheit. Der Kampf der Bundeswehr gegen den Terror in Afghanistan habe den Terror nach

Deutschland geholt und Kriege seien weiterhin die Hauptfluchtursache für Millionen von Menschen. Deshalb müsse mit Waffenexporten Schluss gemacht werden. „Viele Menschen haben Angst vor der Zukunft“, sagte sie weiter. Dies gelte sowohl für das Rentensystem als auch für das Gesundheitssystem. Und viele Menschen würden sich fragen, ob sie noch eine bezahlbare Wohnung bekommen könnten. Der Finanzminister habe keine Zukunftsvisionen, sondern für ihn sei nur die „Schwarze Null“ wichtig. Es sei höchste Zeit, in Gerechtigkeit zu investieren. „Dieser Haushalt spaltet die Gesellschaft“, betonte Lötzsch. Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Koalition den vierten Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt habe. Damit würden Spielräume geschaffen, um in die Zukunft zu investieren. Der Etatentwurf sei alles andere als ein Wahlkampfhaushalt, sondern er sei solide finanziert. Für die SPD-Fraktion sei vor allem der Ausgleich zwischen Arm und Reich

wichtig. Grundlage dafür sei Wirtschaftswachstum, wofür in diesem Haushalt auch vieles getan werde. Schneider betonte, dass die SPD sich einer „gezielten Entlastung“ bei den Steuern nicht entgegenstellen würde. Er wies jedoch darauf hin, dass Menschen, die wegen zu geringem Einkommen keine Steuern bezahlen müssten, durch Steuersenkungen nicht entlastet werden könnten. Er kündigte an, dass sich seine Fraktion noch in dieser Legislaturperiode für finanzielle Verbesserungen bei Alleinerziehenden und für eine Gleichbehandlung der Renten im Osten und im Westen einsetzen werde. „Dies ist ein Haushalt der verpassten Chancen“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen nutze Schäuble die Mehreinnahmen nicht, um die Zukunft zu gestalten, sondern gebe das Geld weiter mit der Gießkanne „ohne Plan“ aus. Deshalb liege

die Investitionsquote seit Jahren beinahe unverändert bei zehn Prozent. So werde die Zukunftsfähigkeit Deutschlands verspielt. Es sei nicht akzeptabel, dass viel zu wenig „in die Köpfe“ investiert werde. Er setze sich dafür ein, dass Menschen mit kleinem Einkommen entlastet würden und forderte eine Verdoppelung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Im Gegenzug sollten unnütze Subventionen gestrichen werden. „Dieser Haushalt produziert Verliererinnen und Verlierer“, betonte Kindler. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Fraktion, Ralf Brinkhaus (CDU), ist der Etatentwurf ein Grund zur Freude. Obwohl keine neuen Schulden gemacht werden sollen werde weiter viel investiert und die nötigen Mittel für die Integration von Flüchtlingen bereitgestellt. Außerdem werde unter anderem viel Geld für Krisenprävention, für den Klimaschutz, für die Digitalisierung, für den Breitbandausbau und die Verkehrswege ausgegeben. Michael Klein

»Wir geben nur das Geld aus, was wir nachhaltig haben.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Finanzminister

»Dieser Entwurf ist ein Haushalt der verpassten Chancen.«

Sven-C. Kindler (Grüne)



Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2017

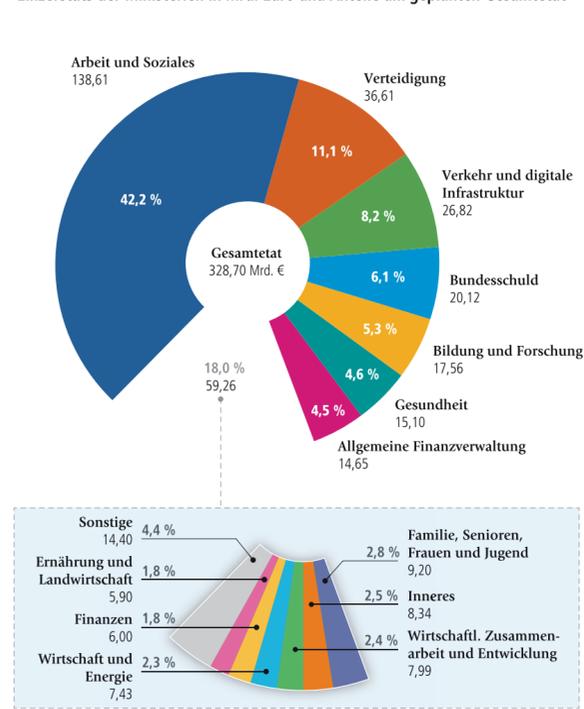
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2017 in 1.000 €	Veränderungen zu 2016 in 1.000 €	2017 in 1.000 €	Veränderungen zu 2016 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	36.093	+ 1.773
02 Deutscher Bundestag	1.696	+ 43	849.686	- 7.295
03 Bundesrat	97	+ 28	28.173	+ 3.177
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2.885	- 39.280	2.481.400	+ 68.301
05 Auswärtiges Amt	149.501	+ 709	4.604.160	- 205.980
06 Bundesministerium des Innern	620.393	+ 133.850	8.338.282	+ 536.794
07 Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	541.623	+ 14.304	735.239	- 10.253
08 Bundesministerium der Finanzen	308.511	- 26.039	5.996.408	+ 111.257
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	458.554	- 7.386	7.432.777	- 189.006
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	67.079	- 736	5.896.086	+ 300.918
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.986.581	+ 56.510	138.613.794	+ 8.724.810
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	6.048.129	+ 29.720	26.821.234	+ 2.249.575
14 Bundesministerium der Verteidigung	412.030	+ 169.960	36.611.620	+ 2.323.773
15 Bundesministerium für Gesundheit	99.166	- 11.770	15.096.146	+ 523.235
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	764.752	+ 105.447	5.455.423	+ 911.027
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	76.150	+ 6.751	9.195.827	+ 92.154
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	31.053	+ 1.862
20 Bundesrechnungshof	4.189	2.504	148.424	- 186
21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	11	-	15.031	+ 1.315
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	930.552	+ 310.377	7.986.985	+ 580.234
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	36.276	- 47.600	17.557.454	+ 1.157.189
32 Bundesschuld	1.276.225	- 253.195	20.115.370	- 5.111.750
60 Allgemeine Finanzverwaltung	314.915.367	+ 11.355.803	14.653.335	- 262.924
SUMME	328.700.000	+ 11.800.000	328.700.000	+ 11.800.000

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/9200

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2017

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/9200 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



Gegen die Landflucht

LANDWIRTSCHAFT Opposition schaut auf die Menschen, die sich abgehängt fühlen. Die Koalition will derweil für eine Revitalisierung der Fläche sorgen

Alt und oft einsam: In vielen Dörfern drohen bald die Lichter auszugehen.

© picture-alliance/ZB

Die Schere zwischen Stadt und Land klafft immer weiter auseinander. Die Menschen zieht es in die Metropolen. In letzter Konsequenz schwinden auf den Dörfern die Bevölkerung, Perspektiven und Zuversicht. Die Bundesregierung will mithilfe des Agrarretats gegensteuern und hat in der ersten Beratung des Einzelplans 10 (18/9200) am vergangenen Donnerstag nach den Worten von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) auf die Förderung „vitaler ländlicher Räume“ gesetzt. Fast 5,9 Milliarden Euro sollen nach den Plänen der Haushälter dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Jahr 2017 zur Verfügung gestellt werden. Das sind 300 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr.

Unfallversicherung Doch besonders unter den Bauern weicht die Zuversicht angesichts schlechter wirtschaftlicher Aussichten. Viele Betriebe erwirtschaften nicht mehr genug, um ihre Kosten zu decken. Insofern wollte Schmidt die Etaaufstockung als ein gutes Zeichen verstanden wissen. „Wir müssen einen angemessenen Beitrag zur Entlastung beisteuern“, sagte der Minister, der die Fortführung des „hohen Zuschusses bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung“ hervorhob. Erhalten bleibt der bereits im Haushalt 2016 eingestellte Zuschuss zur Unfallversicherung in einer Höhe von 78 Millionen Euro, der mit insgesamt 178 Millionen die Agrarbetriebe ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand kostenseitig entlasten helfen soll. Der Zuschuss war ge-

währt worden, nachdem durch die Krise der Absatzmarkt in Russland weggefallen war und der Rohstoffpreis für Milch sich stetig verschlechtert hatte. Darüber hinaus stellte der Minister in Aussicht, dass mithilfe eines nationalen Bürgerschaftsprogramms im Laufe der Beratungen weitere Unterstützung gewährt wird. Doch die Ursachen der Milchkrise könne der Staat nicht alleine regeln, meinte Schmidt, denn die Erzeuger würden gegenwärtig faktisch allein das Risiko tragen. „Da muss eine bessere Balance gefunden werden.“ Die Genossenschaften müssen ihrer Verantwortung gegenüber ihren Genossen gerecht werden, forderte der Agrarminister, der zwischen allen Marktbelegten vermitteln will. Die Grünen sahen die Verantwortung jedoch nicht bei der Wirtschaft, sondern bei der Bundesregierung und dem Bauernverband. „Seit 1975 sind über 600.000 Bauernhöfe verschwunden“, zählte Friedrich

Ostendorff (Grüne) auf. „Seit Ende 2016 haben jeden Tag zehn bis 15 Milchviehbetriebe aufgegeben“, rechnete der Abgeordnete weiter vor. Die Milchüberproduktion werde im Handel veramscht. Das sei die Folge der Liberalisierung der Landwirtschaft, die im Wesentlichen auf die Politik der Union und großer Interessenverbände zurückgehe. Das sei kein Strukturwandel, sondern ein „Gemetzel im ländlichen Raum“, spitzte Ostendorff zu. „Nichts wird unternommen, um die bäuerlichen Betriebe zu erhalten“, kritisierte er. Alle Vorschläge zur Bekämpfung der Krise seien abgelehnt worden, ohne Lösungen anzubieten. Dass in vielen Dörfern nur noch ein Schulbus fahre und sich die Menschen zurecht abgehängt fühlen würden, meinte auch Kirsten Tackmann (Linke). Derzeit seien die Auswirkungen einer katastrophalen Agrarinfrastrukturpolitik auf dem Land zu beobachten. Landwirtschaftsfremde Investoren würden die Preise für Ackerland hochtreiben, obwohl diese nicht mit der Landwirtschaft zu refinanzieren seien. „Da dürfen wir nicht zugucken“, sagte Tackmann. Im Speziellen würden die Milchviehbetriebe zu Bittstellern gemacht, im Allgemeinen werde aktuell kein landwirtschaftliches Produkt zu einem angemessenen Preis bezahlt. Selbst Roggen für Brot bringe mehr bei der energetischen Verwertung, statt als Lebensmittel: „Das ist pervers.“ Liquiditätshilfen würden deshalb den Betrieben nicht reichen, um Löhne zu zahlen. Mit Steuergeldern finanzierte Zugaben bei der Unfallversicherung seien nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ganz so düster wollte Johann Saathoff (SPD) die Zukunft auf dem Land nicht se-

hen. Der Sozialdemokrat hob das Bundesprogramm für ländliche Entwicklung (BULE) mit einem Budget von 20 Millionen Euro hervor, das für die Entwicklung ländlicher Räume diene. Gefragt seien Konzepte, die über Investitionen in reine Infrastruktur hinausgehen sollten und einen Ansatz zur sozialen Dorferneuerung ermöglichen. Außerdem müsse mehr Wertschöpfung durch Veredelung in die ländlichen Räume zurückgeholt werden. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft, Alois Gerig (CDU), muss dafür Sorge getragen werden, dass die Landwirte mehr Wertschätzung erhalten und Wertschöpfung gewinnen. „Die Landwirte dürfen nicht mit der Last alleine gelassen werden.“ In Deutschland werde weltweit die höchste Qualität an Lebensmitteln produziert. „Insbesondere der Handel muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Lebensmittel ihren Preis haben und nicht veramscht werden.“

Hochwasserschutz Für das Hauptinstrument der nationalen ländlichen Förderpolitik, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – kurz GAK –, sind insgesamt 15 Millionen Euro mehr eingeplant worden. Dazu kommen 100 Millionen Euro für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes, die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms (bisher im Einzelplan 60) dem Landwirtschaftsetat künftig zugezählt werden sollen. Damit stehen dem Bund insgesamt 765 Millionen Euro für die GAK zur Verfügung, um Investitionen auf dem Land zu fördern. Jan Eisel



Der Wirtschaft ging es noch nie so gut

WIRTSCHAFT Minister Gabriel würdigt »gute drei Jahre« für Deutschland. Chancen für Schäubles großen Steuersenkungsplan sieht der SPD-Chef nicht

Für die Koalitionsfraktionen steht fest: Noch nie war die wirtschaftliche Lage in Deutschland so gut, die Beschäftigung so hoch und die Arbeitslosigkeit entsprechend niedrig. Allerdings sorgte die Opposition in der Debatte über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums am Donnerstag für einige andere Aspekte, zum Beispiel mit dem Hinweis auf die ungleiche Verteilung der Vermögen in Deutschland. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte, die Arbeitslosigkeit sei so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. „Ich finde, gerade in dieser aufgewühlten Zeit ist das ein

Erfolg, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann.“ 43,5 Millionen Menschen hätten Arbeit, die Wirtschaft sei solide gewachsen, die Einnahmen der Sozialversicherung würden steigen: „Unsere Aufgabe muss es deshalb sein, dafür zu sorgen, dass es dabei bleibt.“ Im Durchschnitt habe heute jeder Arbeitnehmer 1.000 Euro pro Jahr mehr im Portemonnaie als zu Beginn dieser Legislaturperiode. Allerdings würden immer noch zu viele Arbeitnehmer zu schlechten Löhnen arbeiten, räumte Gabriel ein. Kritisch äußerte er sich auch zu Forderungen aus Reihen des Koalitionspartners CDU/CSU zu großen Steuersenkungen. Er sei da sehr zurückhaltend, „und da ist in den letzten Monaten schon viel zu viel versprochen worden, und am Dienstag noch mehr“, sagte er mit Blick auf entsprechende Ankündigungen von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Gabriel

rechnete den Umfang der aus der Union angekündigten Steuersenkungen auf rund 40 Milliarden Euro zusammen – mehr als zehn Prozent des Bundeshaushaltes: „Mal ganz offen: wer soll da eigentlich alles glauben?“ Der Wirtschaftsminister würdigte, der Wert der Arbeit in Deutschland sei gestiegen. Leistung finde Anerkennung: „Das ist ein Signal von überragender Bedeutung für unsere Gesellschaft.“ Die Arbeit der Großen Koalition habe Deutschland „gute drei Jahre“ gebracht. Die umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada streifte Gabriel nur kurz, indem er sich dafür aussprach, „dass Europa auch Freihandelsverträge schließt“. Im Unterschied zum Wirtschaftsminister sah Michael Fuchs (CDU) durchaus Spielraum für größere Steuersenkungen. Die Kosten der von Schäuble geschilderten



Senkungen seien nicht allein vom Bund zu tragen, sondern auch von den Ländern. Außerdem sagte Fuchs „ganz klar Ja“ zu den Freihandelsabkommen TTIP und CE-

Sprudelnde Einnahmen

FINANZVERWALTUNG Mehr Geld aus Steuern

Im kommenden Jahr sollen die Einnahmen des Bundes um 11,36 Milliarden Euro auf 314,91 Milliarden Euro (2016: 303,56 Milliarden Euro) steigen. Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2017 insgesamt 302,09 Milliarden Euro (288,37 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen dann leicht von 5,52 Milliarden auf 5,62 Milliarden Euro steigen. Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 85,65 Milliarden Euro auf 90,47 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind insgesamt 83,68 Milliarden Euro (78,48 Milliarden Euro) vorgesehen. Der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 12,14 Milliarden Euro (9,5 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,9 Milliarden Euro betragen. Das sind 700 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Leicht ansteigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,36 Milliarden auf 14,37 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen fast unverändert 1,04 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer sollen bei 13,02 Milliarden Euro (12,7 Milliarden Euro) liegen. Die Kfz-Steuer soll 8,9 Milliarden Euro

(8,8 Milliarden Euro) bringen. Leicht ansteigen sollen mit 1,1 Milliarden Euro die Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer (1,04 Milliarden Euro). Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2017 wie in diesem Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 3 Millionen Euro (44 Millionen Euro). Dazu gehören unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn und München sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung. Die Veräußerungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen, heißt es im Entwurf. Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr 306,51 Millionen Euro (331,58 Millionen Euro) betragen. Die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds sollen von 200 Millionen Euro in diesem Jahr auf 175 Millionen Euro im kommenden Jahr fallen. Die Ausgaben des Einzelplans summieren sich auf 15,65 Milliarden Euro (14,92 Milliarden Euro). Zuweisungen und Zuschüsse machen davon wiederum mit 12,02 Milliarden Euro (11,62 Milliarden Euro) den Löwenanteil aus. mik

Mehr für Schlapphüte

KANZLERAMT Etat steigt insgesamt um 68,3 Millionen Euro

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2017 über 2,48 Milliarden Euro verfügen. Das sind 68,3 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2016: 2,41 Milliarden Euro). Während für das Personal insgesamt 287,19 Millionen Euro (281,12 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben im kommenden Jahr 968,64 Millionen Euro (867,56 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 989,93 Millionen Euro in diesem Jahr für 2016 insgesamt 1 Milliarde Euro eingeplant. Für Investitionen sind 225,96 Millionen Euro (279,74 Millionen Euro) reserviert. Den größten Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen 1,18 Milliarden Euro (1,22 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind 67,03 Millionen Euro (67,93

Millionen Euro) eingeplant. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 77,93 Millionen Euro auf 80,49 Millionen Euro steigen. Das Bundesarchiv soll über 67,42 Millionen Euro (63,25 Millionen Euro) verfügen können. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 807,27 Millionen Euro (723,84 Millionen Euro). Der Etat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 104,15 Millionen Euro (104,77 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 26,96 Millionen Euro bereitgestellt. In diesem Jahr sind dies 26,01 Millionen Euro. Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen 991.000 Euro (994.000 Euro) betragen. mik

Künstlerhilfe stabil

BUNDESPRÄSIDENT Zusatzausgaben für Personal

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2017 über 36,09 Millionen Euro (2016: 34,32 Millionen Euro) verfügen können. Dabei sollen die Personalausgaben von 19,5 Millionen Euro in diesem Jahr auf 20,67 Millionen Euro im kommenden Jahr steigen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 9,49 Millionen auf 10,28 Millionen Euro steigen. Für Investitionen sind nach 1,28 Millionen Euro in diesem Jahr für kommendes Jahr eine Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 4,14 Millionen Euro (4,04 Millionen Euro) vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen 4,94 Millionen Euro (4,73 Millionen Euro) betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert.

1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrenangaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen unverändert 227.000 Euro betragen. Das sind 10/9 des Amtseinkaltes der Bundeskanzlerin. Für das Bundespräsidialamt sind für 2016 insgesamt 21,06 Millionen Euro (19,9 Millionen Euro) vorgesehen. Davon geht der größte Teil mit 12,81 Millionen Euro (12,24 Millionen Euro) an das Personal. Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) soll im kommenden Jahr über 2,09 Millionen Euro verfügen können. Das sind 162.000 Euro mehr als 2016. Die Personalausgaben betragen hier 1,31 Millionen Euro (1,29 Millionen Euro). mik



onsquote bei Deutschland sei zu niedrig. Gerade bei Zukunftsinvestitionen zum Beispiel in ein modernes Energiesystem bremse die Regierung. In der Automobilindustrie entwickelten sich StartUps wie der Elektroautohersteller Tesla zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Autoindustrie, während die Koalition immer noch an die Zukunft des Dieselmotors glaube. Hofreiter erneuerte die Oppositionskritik an den Freihandelsabkommen. Die kommunale Wasserversorgung müsse nicht in einem Freihandelsabkommen geregelt werden. Der Etatentwurf für 2017 (18/9200, Einzelplan 09) sieht beim Bundeswirtschaftsministerium einen Rückgang der Ausgaben vor. Danach sollen die Ausgaben 2017 um knapp 190 Millionen Euro auf 7,43 Milliarden Euro sinken (2016: 7,62 Milliarden Euro). Hans-Jürgen Leersch

KURZ NOTIERT

1,73 Millionen Euro für die Bundesversammlung

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen im Jahr 2017 über 849,69 Millionen Euro verfügen können. Das sind 7,3 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr (2016: 856,98 Millionen Euro). Die Personalausgaben sollen 591,65 Millionen Euro (577,92 Millionen Euro) betragen. Für Investitionen sind 19,6 Millionen Euro (38,97 Millionen Euro) eingeplant und für sächliche Verwaltungsausgaben 132,61 Millionen Euro (135,41 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 105,82 Millionen Euro (104,67 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten sollen 2017 4,56 Millionen Euro (4,53 Millionen Euro) betragen. Für die 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament stehen bisher im kommenden Jahr insgesamt 6,95 Millionen Euro (6,65 Millionen Euro) bereit. Für die Bundesversammlung, die 2017 den Bundespräsidenten wählt, sind 1,73 Millionen Euro reserviert. *mik*

Ausgaben des Bundesrats steigen

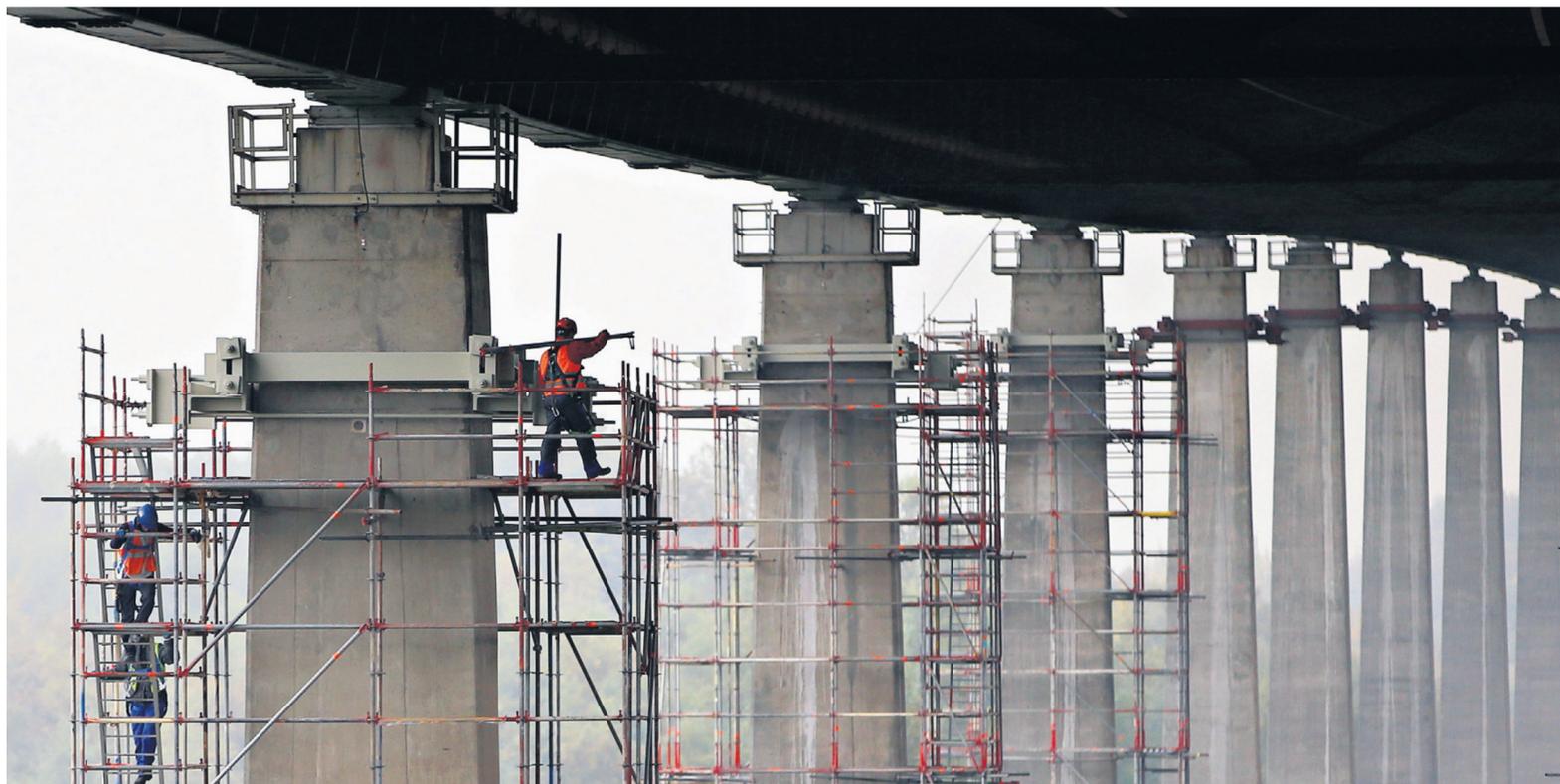
Der Etat des Bundesrats soll von 25 Millionen Euro in diesem Jahr auf 28,17 Millionen Euro im Jahr 2017 steigen. Dabei steigen die Personalausgaben von 15,53 Millionen Euro auf 16,35 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen 10,84 Millionen Euro (2016: 8,72 Millionen Euro) zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 440.000 Euro im Haushaltsjahr 2016 im kommenden Jahr 595.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 392.000 Euro (303.000 Euro) bereit. *mik*

Unveränderter Etat beim Bundesrechnungshof

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes sollen 2017 beinahe unverändert 148,42 Millionen Euro (2016: 148,61 Millionen Euro) betragen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 122,58 Millionen Euro auf 119,71 Millionen Euro fallen sollen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen von 18,61 Millionen auf 20,45 Millionen Euro steigen. Für Investitionen sind 1,22 Millionen Euro (1,12 Millionen Euro) vorgesehen. Die Zuweisungen und Zuschüsse sollen von 6,21 Millionen auf 7,14 Millionen Euro steigen. *mik*

Weniger Ausgaben beim Schuldendienst

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2017 rund 20,12 Milliarden Euro betragen. Das sind 5,11 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr (2016: 25,23 Milliarden Euro). Der Schuldendienst soll 19,29 Milliarden Euro (23,77 Milliarden Euro) betragen. Für Investitionen sind 0,79 Milliarden Euro (1,41 Milliarden Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen auf 44,07 Millionen Euro (40,49 Millionen Euro) steigen. *mik*



Auch für die Erneuerung von maroden Brücken soll im kommenden Jahr Geld da sein.

© picture-alliance/dpa

Kritik trotz Rekordkurs

VERKEHR Mehr Geld für Investitionen. Opposition hält Dobrindts Politik dennoch für falsch

Es ist der größte Investitions-haushalt im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2017. Die Investitionen in Bundesfernstraßen, Schienenwege, Wasserstraßen und Internet-ausbau sollen auf 15,86 Milliarden Euro steigen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zeigte sich dementsprechend begeistert. „Wir starten den größten Infrastrukturhaushalt, der jemals in den Bundestag eingebracht wurde“, sagte er vergangenen Freitag bei der Debatte über den Verkehrsset: Rekordmittel allein seien dafür aber noch nicht ausreichend. Viel mehr müssten diese auch gezielt eingesetzt werden. Dafür ist aus Sicht Dobrindts gesorgt. Hat doch die Bundesregierung unlängst den Bundesverkehrs-wegeplan 2030 (BVWP) vorgelegt, über den in der kommenden Sitzungswoche beraten wird. Mit einem Umfang von 270 Milliarden Euro und mehr als 1.000 Projekten sei dies „das stärkste Infrastrukturprogramm, das es je gegeben hat“. Und nicht nur das: Nach Aussage des Ministers bringt der BVWP Ökonomie und Ökologie zusammen. Eine Feststellung, der der Haushaltsexperte der Grünen, Sven-Christian Kindler, im Verlauf der Debatte energisch widersprach.

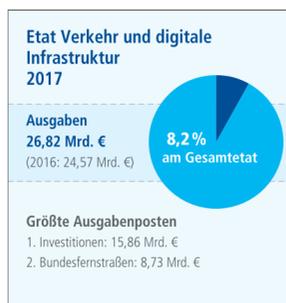
»Privates Geld brauchen wir nicht. Das schaffen wir öffentlich rechtlich.«

Bettina Hagedorn (SPD)

„Mit Klimaschutz hat das nichts zu tun“, urteilte er. Zudem sei der Bundesverkehrs-wegeplan nicht durchfinanziert. Er sei eine „unfinanzierbare Wunsch-Dir-was-Liste“. Kindler, der Dobrindt und seine Verkehrs-politik als ebenso gescheitert wie die Pläne zur Pkw-Maut bezeichnete, warnte zugleich vor einer eventuellen Privatisierung der Bundesautobahnen, wie sie der Minister plane. Auch wenn es im Bereich des Auto-bahnbaus Reformbedarf gebe: „Diese Privatisierung ist falsch“, sagte er. Von einer Privatisierung der Autobahnen war gleichwohl in Dobrindts Rede nichts zu vernehmen. Der Minister hatte vielmehr auf ein Defizit aufmerksam gemacht, das es aus seiner Sicht gibt – ein Planungsdefizit bei den Ländern. Vor dem Hintergrund einer „ungleichen Verteilung von Planungskapazitäten in Deutschland“ müsse daher der Bund aktiv werden, befand er. Indem nämlich Kompetenzen gebündelt und eine Bundesautobahngesellschaft aufgebaut werden soll, wie er erläuterte. Nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei der SPD schillen da aber die Alarm-glocken. Wenn es zu der von Dobrindt angesprochenen Bundesautobahngesellschaft kommen sollte, dürfe es zu keiner Privati-sierung in diesen Bereich kommen, warnte

auch Bettina Hagedorn (SPD). „Wir wollen Transparenz und Steuerung durch das Parlament“, betonte die SPD-Politikerin, die ganz grundsätzlich die Meinung vertrat: „Privates Geld brauchen wir nicht. Das schaffen wir öffentlich-rechtlich.“ Den „kontinuierlichen Mittelaufwuchs im Infrastrukturbereich“ lobte sie zugleich als „gutes Signal“.

Pkw-Maut Auf Lob von der Linksfaktion durfte der Verkehrsminister nicht hoffen. Roland Claus (Die Linke) verwies hingegen auf längere Staus, marode Brücken, teure Bahn und eine sinkende Investitionsquote im Bundeshaushalt. „Sie, Herr Bundesminister, verkünden hier die heile Welt. Ein bisschen Demut wäre angebracht“, befand Claus. So sei etwa die Tatsache, dass fast auf den Tag genau vor zehn Jahren der erste Spatenstich auf dem neuen Flughafen BER in Berlin erfolgt sei und bis heute nicht klar sei, wann dieser eröffnet wird „beschämend für die Bundesregierung, aber auch beschämend für uns alle“. Claus forderte Dobrindt außerdem auf, dessen Idee einer Pkw-Maut „auch verbal zu beerdigen“. Vermutete zugleich aber: „Den Mut dazu haben Sie nicht.“ Die Bitte des Linken-Abgeordneten, beim Breitbandausbau doch zuallererst die ländlichen Regionen zu bedenken, sorgte indes für Unverständnis. Genau das werde doch getan, entgegnete Hagedorn und verwies auf die 651 Förder-bescheide, die bis Ende Juli 2016 erteilt



niert und der Minister sei dem gefolgt. „Das Ergebnis sehen wir. Es sind gerade einmal 3.000 Anträge auf Kaufprämie gestellt worden. So wird das nie etwas mit einer Millionen E-Autos bis 2020“, befand Kindler, der Dobrindt einen Schutzpatron der Autoindustrie nannte.

Brückensanierungen Unterstützung erhielt der Minister von Reinhold Sendker (CDU). Die große Koalition könne auf eine ganze Latte erfolgreicher Entscheidungen verweisen, befand er. So seien die Verkehrsinvestitionen auf ein neues Rekordniveau gestiegen, mit der Mautpflichterweiterung Mitte 2018 werde ausdrücklich die Nutzerfinanzierung gestärkt und für dringende Brückensanierungen seien mit einem Sonderprogramm die Finanzmittel deutlich erhöht worden.

„Wenn zwei Drittel des Geldes für den Erhalt eingesetzt werden ist dies genau das richtige Signal für den Erhalt und die Instandsetzung unserer Verkehrsanlagen“, urteilte der Abgeordnete. Mit Blick auf die prognostizierte Steigerung des Verkehrsaufkommens begrüßte der Unions-Parlamentarier den Bundesverkehrswegeplan 2030 als „absolut zielführend und zukunftsweisend“. Mit diesem Thema wird die verkehrspolitische Debatte in der kommenden Sitzungs-weeke fortgeführt. Am Donnerstag, 22. September, steht die erste Lesung der dazugehörigen Ausführungsgesetze auf der Tagesordnung *Götz Hausding*

Anzeige

500 Millionen Euro mehr für Wohnungsbau

UMWELT Dissens in der Koalition zur Zukunft der Wohnraumförderung. Opposition kritisiert Klimaschutzplan 2050

Für den Wohnungsbau will der Bund im kommenden Jahr weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit den Mitteln soll laut Haushaltsentwurf 2017 (18/9200, Einzelplan 16) ein neues Wohnungsbauprogramm „Vermeidung von sozialen Brennpunkten mit besonderem Wohnungsbedarf“ aus der Taufe gehoben werden. Wie im Haushalt 2016 wird die Bundesregierung den Ländern zudem rund eine Milliarde Euro als Kompensationszahlungen für den Sozialen Wohnungsbau überweisen. Insgesamt kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit laut Entwurf im kommenden Jahr 5,46 Milliarden Euro ausgeben (+911,03 Millionen Euro). Wenn es nach Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) geht, soll der Bund auch ab 2020 noch weiter in der Verantwortung für den Sozialen Wohnungsbau stehen. Die Zuständigkeit liegt für diesen Bereich seit 2007 bei den Ländern. Bis Ende 2019 fließen aber noch die Kompensationszahlungen des Bundes. Hendricks regte bei der ersten Debatte zum Etat vergangenen Freitag erneut an, im Rahmen der Verhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine gemeinsame Zuständigkeit ins Grundgesetz zu schreiben. Geschehe dies nicht, könne dies in vielen



Verfügung gestellten Mittel auch dafür zu nutzen. Dörr übte darüber hinaus Kritik an der Baupolitik unter Hendricks Führung. Der Soziale Wohnungsbau als „einzige investive Idee“ im Rahmen des „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ reiche nicht aus. Es brauche zudem Baulandgewinnung und eine Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.

Linke wollen mehr Geld Linken-Abgeordnete Caren Lay warf der Union vor, bei der Bau- und Wohnungspolitik nur die „Interessen der Kapitalanleger“ zu schützen und Verbesserung zugunsten der Mieter zu bekämpfen. In Hinblick auf den Wohnungsbau müsse noch viel mehr getan werden. Sie forderte unter anderem, die Mittel für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau auf fünf Milliarden Euro aufzu-stocken und den zweckgebundenen Einsatz des Geldes sicherzustellen. Christian Kühn (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, eher auf eine Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit zu setzen als auf eine Verfassungsänderung. Letztere würde zu lange brauchen, so lange könnten die Menschen nicht warten. „Es braucht wieder öffentliches Geld für öffentliche Güter“, sagte Kühn. Grundsätzlich sei zudem das von Hendricks ausge-

bene Ziel, Bau- und Umweltpolitik zu verzichten, nicht erreicht worden. So fehle ein Programm zu energetischen Quartiersanierung. In Hinblick auf den Klimaschutz stand vor allem der angekündigte Klimaschutzplan 2050 im Fokus. Hendricks mahnte – „in alle Richtungen“ – an, nicht zu polemisch zu debattieren. Der Plan könne auch in Hinblick auf Deutschlands internationale Rolle beim Klimaschutz ein „Referenzwerk“ werden. Christdemokratin Dörr sagte, dass bei aller richtigen Diskussion über den Klimaschutzplan 2050 nicht die Klimaziele 2020 vergessen werden sollten. „Hier müssen wir liefern“, forderte Dörr. Linken-Abgeordnete Lay äußerte Unverständnis darüber, dass Hendricks den Entwurf des Planes, der bis zur Untauglichkeit verwässert worden sei, verteidigte. „Von einer Umweltministerin hätte ich mehr erwartet“, sagte Lay. Auch Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die Klimapolitik der Bundesregierung. *scr*



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Streit zwischen der Opposition und Regierung ist normal – zumal, wenn es um die Flüchtlingsfrage und die innere Sicherheit geht, den zwei bestimmenden Themen der Innenpolitik. In der Bundestagsdebatte über den Haushalt 2017 des Innenministeriums präsentierte sich vergangene Woche aber auch die Koalition vergangene Woche alles andere als einmütig. Da wandte sich Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) gegen Kritik „aus unterschiedlichen Richtungen“, in der Flüchtlingsfrage sei seit September vergangenen Jahres wenig passiert, um hinzuzufügen, er finde es „besonders verwunderlich“, wenn „diejenigen, die das behaupten, mit am Kabinettschicksal oder im Koalitionsausschuss saßen, als Woche für Woche die Dinge vorangebracht wurden“. Da bescheinigte Gabriele Fograscher (SPD) den Landesinnenministern der Unionsparteien, sie hätten sich den Sommer hindurch „mit Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und Verboten überboten“, während der CSU-Mann Stephan Mayer die Union als „Taktgeber im Bereich der inneren Sicherheit“ pries, der „keinen Nachhilfeunterricht von Oppositionsfraktionen und auch nicht von unserem Koalitionspartner“ brauche.

Burka-Streit Beispiel Burka-Verbot: Auch wenn alle gegen Vollverschleierung seien, dürfe man nicht den Eindruck erwecken, mit solchen Maßnahmen mehr Sicherheit zu schaffen, mahnte SPD-Fraktionsvize Eva Högl, die sich zugleich offen dafür zeigte, „Bereiche (zu) definieren, in denen eine Vollverschleierung untersagt wird“. Mayer konterte, niemand in der Union habe behauptet, dass „das Verbot einer Vollverschleierung im Kontext mit einer Erhöhung der Sicherheit“ stehe. Die Vollverschleierung sei aber ein Integrationshemmnis und zumindest im öffentlichen Raum abzulehnen. Sein SPD-Kollege Burkhard Lischka entgegnete, selbstverständlich sei es zu begrüßen, wenn Frauen in Deutschland keine Burka tragen, aber „das Problem entsteht, wenn man das Thema in eine Erklärung aufnimmt, in der es als Teil eines Antiterrorpakets betrachtet wird“.

Ein bisschen Vorwahlkampf Stimmung klang bei Koalitionsrednern auch an, wenn es um Bundeswehreinräte im Inneren oder die doppelte Staatsbürgerschaft ging. Betonte die Sozialdemokratin Eva Högl noch, es gebe „keinen einzigen Zusammenhang zwischen Terror und doppelter Staatsangehörigkeit“, warb de Maizière zumindest für den „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Mehrfachstaater, die sich als

Ein bisschen Vorwahlkampf

INNERES De Maizière weist Kritik aus der Koalition an der Flüchtlingspolitik zurück. Streit um Sicherheitspolitik



Umstrittene Vollverschleierung: Eine Frau mit Niqab vor dem Brandenburger Tor in Berlin © picture alliance / Rolf Kremming

dschihadistische Kämpfer für eine Terrorliziz betätigen“. Für die Fraktion Die Linke warf die Abgeordnete Ulla Jelpke der Union vor, in den vergangenen Monaten versucht zu haben, sich „als Hardliner-Partei für die innere Sicherheit“ zu profilieren. Dabei zeichne die Union „das Feindbild eines islamischen Gefährders, der sich als Flüchtling unerkannt ins Land schleicht – möglichst noch mit einer Burka getarnt –, um sich eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erschleichen und hier am Ende ein Selbstmordattentat zu begehen“. Die Union habe eine unverantwortliche „Angstpolitik“ betrieben, mit der sie Ressentiments gegen Muslime schüre. Grünen-Fraktionsvizevorsitzender Konstantin von Notz kritisierte, nach den Anschlägen von Würzburg und Ansbach sowie dem Amoklauf von München hätten

sich Unions-Innenpolitiker mit populistischen Forderungen überschlagen. „Sie waren sich sogar nicht zu schade, unter dem Stichwort ‚Sicherheit‘ in diesem Sommer die Burka, die doppelte Staatsbürgerschaft und die Katastrophenbevorratung von 80 Millionen Menschen zu thematisieren“, sagte er. Dies sei „Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten“. Gegen den „wachsenden militanten Rechtsextremismus“ habe die Koalition aus Union und SPD indes kein Konzept.

Stellenzuwachs Ausdrücklich begrüßte Notz die im Innen-Etat vorgesehenen zusätzlichen Mittel für eine Personalaufstockung bei der Bundespolizei. De Maizière verwies darauf, dass allein für die Bundespolizei für 2016 bis 2018 nach bisheriger Beschlusslage 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen. Die „ernste Si-

cherheitslage“ verlange aber mehr, weshalb er ein weiteres Sicherheitspaket für 2017 bis 2020 vorschläge. Damit sollten 4.500 neue Stellen „zu einem erheblichen Teil“ der Bundespolizei, aber auch dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und weiteren Stellen zugutekommen. Für die Bundespolizei bedeute dies mehr als 7.000 neue Stellen binnen fünf Jahren. Nach dem Etatentwurf der Regierung umfasst de Maizières Haushalt nächstes Jahr Ausgaben von insgesamt rund 8,34 Milliarden Euro und damit fast 537 Millionen Euro mehr als für dieses Jahr veranschlagt. Besonders im Fokus stehen im Etat 2017 seines Ministeriums erneut die innere Sicherheit und die Flüchtlingslage. So sollen für den Bereich der Sicherheitsbehörden rund zwei Drittel der Ausgaben des Einzelplans aufgewandt werden. Helmut Stoltenberg

80 Gesetze verabschiedet

JUSTIZ Etatentwurf mit hoher Deckungsquote

Weil die Rechtsprechung im Wesentlichen die kleinste aller Bundesministerien. Die Rechtssetzung aber ist vorrangig Bundessache, was in der Haushaltsdebatte vergangene Woche viel Stoff für Auseinandersetzungen bot. Sie spitzten sich auf die Frage zu, ob Justizminister Heiko Maas (SPD) ein „Ankündigungsminister“ ist, wie Oppositionsredner meinten, oder mit 80 verabschiedeten Gesetzen in der laufenden Legislaturperiode viel bewegt hat. Maas selbst verwies auf mehrere Strafverfahren, die derzeit aufgrund neuer Gesetze gegen islamistische Straftäter liefen. Dies zeige: „Die Bundesregierung handelt nicht immer erst, wenn etwas passiert ist.“ In seinem zweiten Aufgabenfeld, dem Verbraucherschutz, zählte Maas mehrere Neuerungen auf, darunter die Mietpreisbremse. Bei dieser zeigte er sich offen für Verschärfungen, wofür Renate Künast (Grüne) anmerkte, Maas habe seinerzeit Warnungen der Opposition vor Fehlern zurückgewiesen. Jetzt kündige er Änderungen an, weil in Berlin Wahlkampf sei. „Mir fehlt bei Ihnen der rechtspolitische rote Faden“, kritisierte sie. Für Oktober kündigte Maas einen Gesetzesentwurf an, um nach dem früheren Paragraph 175 verurteilte Homosexuelle zu reha-

bilitieren und entschädigen. Harald Petzold (Linke) begrüßte dies im Grundsatz, kritisierte aber, Maas halte sein Versprechen nicht, jede Form von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung abzuschaffen. Für die Union nannte Stephan Harbarth (CDU) die Durchsetzung der wehrhaften Demokratie im Kampf gegen den Islamismus die „zentrale rechtspolitische Herausforderung“. Die Koalition habe im Kernbereich der inneren Sicherheit mehr als ein Dutzend Gesetze verabschiedet, die Opposition immer dagegen gestimmt. Gesetzgeberischen Handlungsbedarf sah Harbarth angesichts zunehmender Gewalt gegen Polizisten. Mit einem Etatentwurf, der im Vergleich zum Vorjahr eine Kürzung um 1,4 Prozent auf 735,24 Millionen Euro vorsieht, leistet das Justizressort laut Maas einen „Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“. Den Ausgaben stehen geplante Einnahmen von 541,62 Millionen Euro entgegen. Dies sei, sagte Dennis Rohde (SPD), eine rekordverdächtige Deckungsquote von 74 Prozent. Nachgeordnete Behörden wie das Patent- und Markenamt und das Bundesamt für Justiz nehmen mehr an Gebühren ein, als sie kosten. Peter Stützel

»Die Regierung handelt nicht immer erst, wenn etwas passiert ist.«

Heiko Maas (SPD), Bundesjustizminister

Kritik an Verteilung

KULTUR Etat soll 1,35 Milliarden Euro umfassen

Mit einem Ausgabevolumen von 1,35 Milliarden Euro liegt der Haushaltsentwurf 2017 der Bundesregierung für den Geschäftsbereich von Kultur-Staatssekretärin Monika Grütters (CDU) rund 20 Millionen Euro unter ihrem Etat in diesem Jahr. Doch Grütters rechnet anders: „Der Aufwuchs von 74 Millionen Euro im Kulturretat im Vergleich zum Regierungsentwurf des Vorjahres“ sei „ein wichtiges Signal“. Und da der Bundestag in den Haushaltsberatungen früherer Jahre ihren Etat stets noch einmal erhöht hatte, kann Grütters davon ausgehen, dass ihr auch 2017 mindestens die gleichen Mittel zur Verfügung stehen werden wie im laufenden Jahr.

ist fast doppelt so hoch wie die gesamte Kulturförderung. Das ist eine absolut verfehlte Prioritätensetzung.“ Hupach mahnte unter anderem mehr Mittel für die Digitalisierung des Filmberbes an. Dafür steht lediglich eine Million Euro zur Verfügung. Auch Ulla Schauws, kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, präsentierte eine andere Rechnung, nach der „allein 40 Prozent des Kulturhaushaltes nach Berlin fließen“. Doch die Hauptstadt sei „nicht der Nabel der Welt“. Die Kultur in den ländlichen Räumen müsse im Sinne der Lebensqualität dringend aufgewertet werden, mahnte Schauws. Allein 14,3 Millionen Euro will Grütters beispielweise für das Humboldt-Forum in Berlin aufbringen, das sie als das größte und politisch bedeutsamste Kulturvorhaben Deutschlands bezeichnete. Nachbesserungen am Kulturretat forderte auch die SPD-Kulturpolitikerin Hiltrud Lotze. Die Grundfinanzierung einiger Institutionen müsse verbessert werden, zum Beispiel bei der Deutschen Welle und bei den Gedenkstätten. Immerhin soll die Deutsche Welle im kommenden Jahr 7,5 Millionen Euro mehr erhalten. aw

»Berlin ist die Hauptstadt, aber Berlin ist nicht der Nabel der Welt.«

Ulla Schauws (Grüne)



Schwesig will Familiengeld einführen

FAMILIE Union und Opposition kritisieren fehlende Finanzierung im Haushalt

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat die erste Lesung ihres Etats 2017 in der vergangenen Woche für eine Kampfansage an den Koalitionspartner genutzt. Sie sprach sich für den Ausbau des Elterngeldes zu einem Familiengeld und eine Reform des Unterhaltsvorschlusses aus. Das Problem: Im 9,2 Milliarden Euro umfassenden Haushaltsentwurf der Regierung für das Ressort Familie, Senioren, Frauen und Jugend (18/9200, Einzelplan 17) sind für beide Vorhaben die benötigten Gelder gar nicht eingestellt. Mit einem geplanten Ausgabenvolumen von 6,2 Milliarden Euro sollen auch im kommenden Jahr bereits zwei Drittel des Etats in das Elterngeld fließen. Unter den Familienpolitikern ist diese Leistung weitgehend unstrittig. Doch Schwesig will mehr: „Wir müssen jetzt das Elterngeld perspektivisch ausbauen zu einem Familiengeld“, forderte die Ministerin. Ihre Pläne für diese Leistung hatte sie bereits Mitte Juli vorgestellt. So sollen Eltern von Kindern unter acht Jahren maximal zwei Jahre lang ein Familiengeld von bis zu 300 Euro monatlich erhalten, wenn sie ihre Arbeitszeit auf 28 bis 36 Wochenstunden reduzieren. Zudem will Schwesig die Altersgrenze beim Unterhaltsvorschluss von zwölf auf 18 Jahre anheben und die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten streichen. Der Staat habe eine Verantwortung für die Alleinerziehenden,

deren ehemaligen Partner ihren Unterhaltsverpflichtungen für die gemeinsamen Kinder nicht nachkommen, argumentierte die Ministerin.

Fehlende Finanzierung Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen fordern den Ausbau des Unterhaltsvorschlusses bereits seit Jahren. Und auch ein Familiengeld würden beide Oppositionsfraktionen begrüßen, auch wenn ihnen Schwesigs Pläne nicht weit genug gehen. Bei der Unionsfraktion stießen die Forderungen jedoch auf Bedenken bis Ablehnung. Die CDU-Familienpolitikerin Nadine Schön beurteilte es als „problematisch, ein Familiengeld für 2017 anzukündigen und gleichzeitig einen Haushalt für 2017 vorzulegen, ohne darin einen einzigen Cent für dieses Familiengeld einzustellen“. Auch beim Unterhaltsvorschluss drückt die Union auf die Bremse. Bevor der Bund neue Verpflichtungen übernehmen könnte, müsste zunächst die Kommunen dafür Sorgen tragen, dass die Rückforderungen von den unterhaltspflichtigen Elternteile verstärkt eingetrieben werden, argumentierte Schön. Auch die Grünen-Familienpolitikerin Katja Dörner warf Schwesig eine „unseriöse Politik“ vor, da im Etatentwurf weder das Familiengeld noch der Ausbau des Unterhaltsvorschlusses veranschlagt sei. Die Ministerin „bläst Seifenblasen in die Luft. Die schillern mal kurz auf. Dann macht es Blubb, und sie sind weg“, monierte Dörner. Dies zeige sich auch beim „unwürdigen Geschacher“ um das angekündigte Entgeltgleichheitsgesetz. Über den von Schwesig vorgelegten Gesetzesentwurf herrscht zwischen Union und SPD

keine Einigkeit, der Entwurf liegt derzeit noch im Kanzleramt auf Eis. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann mahnte dann auch an, das Gesetz endlich auf den Weg zu bringen. Fraktionsübergreifend kritisch wurden im Parlament die geplanten Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe von derzeit 176 auf 148 Millionen Euro bewertet. Diese Kürzungen seien „unverschämte“ sagte der Linken-Familienexperte Norbert Müller, weil es „eine Nichtwürdigung der Kinder- und Jugendverbände ist“. Auch Nadine Schön sprach sich dafür aus, die Mittel während der Haushaltsberatungen wieder anzuhäufen. Befürwortet wurde hingegen von allen Fraktionen die geplante Erhöhung der Mittel für Programme gegen Extremismus von 50 auf 105 Millionen Euro. Sönke Rix (SPD) erinnerte daran, dass dies nach dem NSU-Untersuchungsausschuss fraktionsübergreifend gefordert worden sei. Alexander Weinlein



Sieben Prozent obendrauf

BILDUNG UND FORSCHUNG Opposition kritisiert Mittelverteilung

Auf ein Ausgabenvolumen von 17,56 Milliarden Euro soll der Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums im kommenden Jahr nach den Plänen der Bundesregierung steigen – eine Steigerung um mehr als sieben Prozent, den in der Etatdebatte im Bundestag vergangene Woche alle Redner begrüßten. Doch nicht nur die Opposition kritisierte die Verteilung der Mittel. Auch SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil mahnte bei allem Lob für die hohe Mitteleinsetzung in Wissenschaft und Forschung, dass „im Bereich Bildung noch viel zu tun“ bleibe. Er kritisierte insbesondere eine mangelnde „Bildungsdynamik“ und klagte: „Herkunft zählt immer noch stärker als Leistung.“ Etwa ein Viertel des Etats entfällt auf den Bildungsbereich, das überwiegende Geld fließt in Forschung und Wissenschaft.

Richtungsentscheidungen Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) betonte, nichts sei für Demokratie und Wohlstand schädlicher als ein schlechtes Bildungssystem. Sie unterstrich zugleich, dass es nicht einfach um einen Etaufwuchs gehe, sondern dass „Richtungsentscheidungen getroffen“ worden seien. Wanka nannte in diesem Zusammenhang unter anderem die Übernahme des BAföG durch den Bund, die den Ländern mehr finanzielle Spielräume verschafft habe. „Wir verändern Strukturen, und das wirkt weit über diese und die nächste Legislaturperiode hinaus. Wir stellen das deutsche Wissenschafts- und Hochschulsystem für den internationalen Wettbewerb in den nächsten Jahren gut auf“, betonte die Ressortchefin.



Roland Claus (Die Linke) nannte es zwar „einzigartig, dass ein einzelner Etat innerhalb von zehn Jahren einen Zuwachs um 130 Prozent“ verzeichne, kritisierte aber, dass sich der Zuwachs nicht ausreichend als Erfolg im Bildungsbereich niederschlagen würde. Von hundert Akademikerkindern würden 77 studieren, bei Kindern aus Nichtakademikerhäusern sei das Verhältnis genau umgekehrt. „Die soziale Auslese nimmt weiter zu“, monierte Claus. Dadurch würden Talente verschwenkt. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) warf dem Ministerium vor, die Wirkung der Förderprogramme nicht ausreichend anhand von konkreten Zielen zu messen. Auch bemängelte sie, dass die Ministerin das Ziel der Bildungsgerechtigkeit vernachlässige. Als Beispiel nannte sie die Veränderung der BAföG-Sätze, die schon bald erneut korrigiert werden müssten, da die Anhebungen nicht ausreichen: „Bildungsgerechtigkeit in diesem Land geht anders.“

Michael Kretschmer (CDU) lobte den Haushalt und auch die Schwerpunktsetzung sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Bildung. Was man geschafft habe, sei das „Ergebnis einer zehnjährigen Politik, die nicht kurzatmig ist“. Nur wenn die Welt der Wissenschaft mit der Welt der Wirtschaft zusammenkomme, entstehe wirkliche Wettbewerbsfähigkeit. Technologietransfer sei eine zentrale Aufgabe der Wissenschaft. Als große Herausforderung nannte er die Digitalisierung. Kompetenzen in Unternehmen, bei jungen Leuten und Fachkräften müssten gestärkt werden.

Neue Technologien Die höchsten Ausgaben sieht der Haushalt für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationsystems mit 7,01 Milliarden Euro vor. So sollen Grenzen des Wissens erweitert, neue Technologien ermöglicht und in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen übersetzt werden. Der zweite große Posten ist mit 6,08 Milliarden Euro für Forschung und Innovation veranschlagt. Die Hightech-Strategie wurde in dieser Legislaturperiode zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie weiterentwickelt und soll Deutschland im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaft weiter stärken. Für die Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und die Nachwuchsförderung sollen die Ausgaben von 4,36 Milliarden Euro auf 4,73 Milliarden Euro in 2017 steigen. Dazu zählen auch Maßnahmen zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Darüber hinaus sind hier die Studien- und Fortbildungskosten sowie das BAföG verankert. Annette Rollmann





Bundesregierung und Politiker aller Fraktionen diskutieren in der Haushaltsdebatte darüber, warum der Sozialetat der größte Einzelposten des Bundeshaushaltes ist.

© picture-alliance/MITO images RF

Die Kraft des Zusammenhalts

ARBEIT UND SOZIALES Die Sozialausgaben sollen um mehr als acht Milliarden Euro steigen

Haushaltsdebatten sind eher selten pathetisch. Doch nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und dem erneut starken Einzug der AfD in ein Landesparlament versuchen auch die Sozialpolitiker im Bundestag, Antworten zu finden und den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (18/9200, Einzelplan 11) im Lichte aktueller Ereignisse zu diskutieren. „Das Soziale ist nicht nur Garnitur, sondern Kernaufgabe unseres Staates“, betonte allen voran Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). „Gerade jetzt fühlen sich jene oben auf, die eine Spaltung der Gesellschaft vorantreiben wollen. Aber die Bundesregierung setzt auf das Gegenteil und wir haben vieles getan, um das Leben der Menschen zu verbessern“, sagte Nahles unter Verweis auf das Mindestlohngesetz und das Rentenpaket. „Unsere Kraft liegt im Zusammenhalt“, stellte sie klar. Karl Schiewerling (CDU), Arbeitsmarktexperte der Unionsfraktion, wurde ebenfalls grundsätzlich: „Sozialpolitik hat die Aufgabe, die Schwächeren der Gesellschaft zu schützen. Das ist kein Geschenk, sondern ein Rechtsanspruch.“ Es werde aber bereits bei Kleinigkeiten gesagt, dieser Staat sei unsozial. „Wir tun alles, damit diese Gesellschaft nicht auseinanderfällt.“ Wenn die Situation so prekär wäre, wie manche



behaupten, dann hätten wir nicht so gut gefüllte Sozialkassen, so der CDU-Abgeordnete. Auch Ekin Deligöz, Haushaltsexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, war es wichtig, vor den Details zunächst auf das große Ganze hinzuweisen: „Dieser Einzelplan enthält, was unsere Gesellschaft zusammenhält, denn Existenzsicherung und Teilhabemöglichkeit sind der Kitt unserer Gesellschaft.“ Ewald Schurer (SPD) betonte den verbindenden Charakter des Haushaltes. Er sei eine „Investition in die Menschen“ und spiele sie nicht gegeneinander aus, sondern habe alle im Blick, Arbeitslose, Rentner, Jugendliche und Flüchtlinge. Dies und „un-

sere guten wirtschaftlichen Leistungen“ müsse man stärker herausstellen, um den „provokativen Pfeilen“ der Rechtspopulisten etwas entgegenzusetzen, sagte Schurer.

Löwenanteil Rente Der Blick auf die nackten Zahlen des Haushaltes ist in der Tat beeindruckend und natürlich auch Ausdruck einer Prioritätensetzung: Schon traditionell verschlingen die Ausgaben für die Sozialpolitik den größten Teil des Bundeshaushaltes, daran wird sich auch im kommenden Jahr nichts ändern. Im Gegenteil, erneut verzeichnet der Einzelplan von Ministerin Nahles eine kräftige Erhöhung. Mehrausgaben von 8,72 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr sind bisher eingeplant, was dazu führt, dass der Haushalt auf 138,61 Milliarden Euro ansteigt (2016: 129,89 Milliarden Euro). Den größten Posten machen Leistungen an die Rentenversicherung aus (91,17 Milliarden Euro). Diese steigen damit um 4,46 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr und machen damit rund die Hälfte der Etatsteigerung aus. Für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind 37,25 Milliarden Euro (2016: 34,12 Milliarden Euro) eingeplant. Davon entfallen 22,2 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II (2016: 20,5 Milliarden) und 5,85 Milliarden Euro auf die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (2016: 5,1 Milliarden Euro).

In der Debatte ging es jedoch nicht nur, um Grundsatzfragen, sondern auch um die Details des Haushaltes beziehungsweise dessen, was das Bundesarbeitsministerium in der Zeit bis zur Bundestagswahl noch umsetzen will. So soll noch im Herbst ein Gesamtkonzept zur Alterssicherung vorgelegt werden. Dazu gehört, so Nahles, nicht nur die Frage einer stabilen gesetzlichen Rente, sondern auch die Angleichung der Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland oder die Frage der Altersarmut. Verabschiedet werden sollen darüber hinaus noch ein Gesetzentwurf zur Leiharbeit und das Bundesteilhabegesetz. Ebenfalls auf der Agenda steht der Abschluss des Armuts- und Reichtumsberichts dieser Bundesregierung. Reichtum komme heute immer weniger aus eigener Arbeit, sondern werde meist vererbt, stellte Nahles schon vorab fest. Das sei zwar für den einzelnen erfreulich, aber für die Gesellschaft insgesamt sehr bedenklich. Denn es führe zu Verfestigungen und fehlenden Aufstiegschancen. „Wir haben einen heißen Herbst vor uns“, kündigte die Ministerin an.

Forderungen der Opposition Darauf ist natürlich auch die Opposition vorbereitet und stellte schon mal klar, was aus ihrer Sicht die Gebote der Stunde sind. Die Grünen kritisierten die aus ihrer Sicht unzureichende Armutsbekämpfung der Bundesregierung. Natürlich gehe es dem Land insge-

samt gut, entgegnete Ekin Deligöz an die Adresse der Union. Dennoch profitierten sehr viele Menschen nicht davon und es gebe Armut in erheblichem Umfang. Von ihr seien vor allem junge, alleinerziehende Frauen und ältere Menschen betroffen. „Für diese Menschen müssen wir uns einsetzen. Gerade weil es uns so gut geht, wäre da mehr drin gewesen“, kritisierte sie. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gesine Löttsch (Die Linke), warnte davor,

eine einfache Angleichung der Rentensysteme berge neue Ungerechtigkeiten. „Gleiches Recht für alle bedeutet auch, besondere Umstände zu berücksichtigen“, sagte sie in Bezug auf die zur Debatte stehende bisherige Höherwertung der Ost-Einkommen bei der Rentenberechnung. Sie forderte darüber hinaus eine Anhebung des Rentenniveaus, eine solidarische Mindestrente und die Abschaffung der Ausnahmen im Mindestlohngesetz.

Claudia Heine

STICHWORT

Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für 2017

- Rente** Die Kosten für die Rentenversicherung belaufen sich auf 91,17 Milliarden Euro (2016: 86,71 Milliarden Euro). Für die Beteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung will der Bund 7,17 Milliarden Euro ausgeben (2016: 6,5 Milliarden Euro).
- Grundsicherung** 37,25 Milliarden Euro sind für die Grundsicherung für Arbeitssuchende eingeplant (2016: 34,12 Milliarden Euro). Davon entfallen 22,2 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II (2016: 20,5 Milliarden Euro).
- Flüchtlinge** Die Mittel für berufsbezogene Sprachkurse sollen verzehnfacht werden. Für die Sicherung des Lebensunterhalts der Flüchtlinge sind 3,25 Milliarden Euro eingeplant und für Maßnahmen zu deren aktiven Eingliederung in den Arbeitsmarkt 1,9 Milliarden Euro.



Agentur für Arbeit

Gröhe sieht keinen Grund für »Alarmismus« bei Zusatzbeiträgen

GESUNDHEIT Die Opposition befürchtet stark steigende Krankenkassenbeiträge durch die zahlreichen kostspieligen Reformen

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) ist stolz auf die vielen Reformgesetze, die er in dieser Wahlperiode schon durch den Bundestag gebracht hat. Kritiker halten ihm jedoch vor, perspektivisch ein sehr teurer Minister am Kabinettschich von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu sein. Noch halten sich die zusätzlichen Kosten für die große Krankenhausreform, die erweiterten Pflegeleistungen, das Präventionsgesetz oder die Hospiz- und Palliativversorgung in Grenzen. Das könnte sich aber schon bald ändern. Einige Gesundheitsexperten rechnen bis 2020 mit Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe. Das wird durchschlagen auf die Beiträge der Versicherten und ist heikel, denn seit 2015 sind die Beitragssätze der Arbeitgeber bei 7,3 Prozent festgeschrieben. Die zusätzlichen Kosten müssen die Arbeitnehmer über Zusatzbeiträge somit allein tragen. Der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem von der Universität Duisburg-Essen hat laut „Spiegel“ hochgerechnet, dass sich die Zusatzbeiträge von derzeit 1,1 Prozent im Schnitt bis 2020 auf 2,4 Prozent mehr als verdoppeln könnten. Auch im Bundestags-Wahljahr 2017 wird mit einer erneuten Anhebung der Zusatzbeiträge gerechnet. Es konnte also nicht überraschen, dass bei der ersten Beratung

über den Gesundheitsetat 2017 (18/9200) vergangene Woche die Beitragssatzentwicklung erneut Anlass für heftigen Streit bot. Gröhe erinnerte jedoch vor allem an die große Pflegereform, mit der ab 2017 insgesamt fünf Milliarden Euro pro Jahr mehr für Pflegeleistungen zur Verfügung stünden. So erhielten nun auch Menschen mit demenziellen Erkrankungen einen gleichberechtigten Zugang zu allen Pflegeleistungen. Der Minister hob die derzeit günstige Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen hervor, die im ersten Halbjahr 2016 einen Überschuss von rund 600 Millionen Euro erwirtschaftet hätten. Es gebe also gar keinen Grund für Alarmismus, Panikmache, sagte er mit Blick auf den Beitragsstreit.

Umstrittene Finanzspritze Gröhe stellte neue Projekte in Aussicht, wie etwa eine Reform der Heil- und Hilfsmittelversorgung, um Patienten dringend benötigte Hilfen in hoher Qualität zu gewähren. Es sei beschämend, wenn Patienten derzeit etwa untaugliche Inkontinenzmittel erhielten. Ferner werde es in naher Zukunft darum gehen, die hohen Preise für bestimmte Arzneimittel in der Tumorbehandlung zu begrenzen. Die Opposition warf dem Minister vor, die langfristige Finanzierung des Gesundheits-

systems zu vernachlässigen. Gesine Löttsch (Linke) betonte, die Sorgen der Menschen vor steigenden Zusatzbeiträgen seien mehr als berechtigt. Sie kritisierte auch die Entscheidung der Koalition, im kommenden Jahr 1,5 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zusätzlich an die Kassen auszuschütten mit der Begründung, Kosten im Zusammenhang



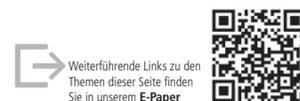
Die Zusatzbeiträge der Kassen steigen.

mit der Flüchtlingskrise sowie die Telematik im Gesundheitswesen zu finanzieren. In Wirklichkeit gehe es darum, Beitragssteigerungen im Bundestagswahljahr 2017 zu verhindern. Ähnliche Bedenken äußerten die Grünen. Ekin Deligöz mahnte, es gehe hier auch um das Vertrauen der Versicherten, das nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Zwar seien die Reserven im Gesundheitsfonds derzeit hoch, es handle sich aber um das Geld der Beitragszahler. Auch Maria Klein-Schmeink (beide Grüne) verwies auf das nötige Vertrauen in die soziale Absicherung. Es sei nicht in Ordnung, die Kosten für Reformen nur bei den Versicherten abzuladen. Die Begründung für den Kassenzuschuss in Höhe von 1,5 Milliarden Euro wertete sie als „schäbiges“ Wahlkampfmanöver. Es sei nie um die Kosten für die Flüchtlinge seien aus Steuermitteln zu finanzieren. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach wachte sich entschieden gegen Vorhaltungen, wonach die Koalition mit ihren vielen Reformen das Gesundheitssystem nur deutlich teurer gemacht habe, ohne Entscheidendes für die Versicherten zu erreichen. Selbst bei kritischer Sicht könne nicht geleugnet werden, dass viel unter-



den Zusatzbeiträge, argumentierte er und sprach von einer „Zeitungsente von der Zusatzbeitragsexplosion“. Dahinter stehe offenbar ein politisches Kalkül, um für die Bürgerversicherung zu werben. Der Einzelplan 15 sieht für 2017 Gesamtausgaben in Höhe von rund 15,1 Milliarden Euro (2016: 14,57 Milliarden Euro) vor, davon entfallen allein 14,5 Milliarden Euro auf den Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds, eine halbe Milliarde Euro mehr als im Vorjahr. Die Personalausgaben steigen laut Gesetzentwurf leicht um rund 6,8 Millionen Euro auf rund 231,5 Millionen Euro. Neben dem Gesundheitsministerium umfasst der Haushalt auch die Etats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI), des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) sowie des Robert-Koch-Instituts (RKI).

Claus Peter Kosfeld



Streit um den Kurs

VERTEIDIGUNG Der Wehretat soll in den kommenden Jahren deutlich steigen. Die Koalition feiert dies als Trendwende, um die Bundeswehr zu modernisieren. Die Opposition moniert Verschwendung von Steuergeldern in Großprojekten



Probefahrt der „Baden-Württemberg“: Vier dieser Fregatten der Klasse F-125 soll die Bundeswehr in den kommenden Jahren erhalten.

© Bundeswehr/Carsten Vennemann

Das Urteil fiel verheerend aus: „Kein anderer Einzelplan im Bundeshaushalt steht so für Verschwendung wie der Verteidigungsetat“, schimpfte Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) während der ersten Lesung des Verteidigungshaushaltes 2017 (18/9200, Einzelplan 14) in der vergangenen Woche. Nirgendwo anders werde in einer solch „laxen Weise“ mit Steuergeldern umgegangen, er sei ein „trauriger Schauplatz“ verteuert und verspäteter Rüstungsprojekte. „Ich kann nicht verstehen, warum Wolfgang Schäuble eine solch schlechte Haushaltsführung belohnt“, kritisierte der Haushaltsexperte. Diese „Belohnung“ von Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) an Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) beziffert sich auf 2,3 Milliarden Euro, um die der Wehretat im kommenden Jahr auf insgesamt 36,6 Milliarden Euro anwachsen soll. Dies entspricht einer Steigerung um 6,8 Prozent. Der Bundeshaushalt insgesamt wächst nur um 3,7 Prozent. Und damit nicht genug: Bis 2020 sieht der Finanzplan des Bundes (18/9201) einen Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 39,2 Milliarden Euro vor. „Das ist die größte Steigerung des Verteidigungsetats im letzten Vierteljahrhundert“, sagte von der Leyen und fügte an: „Das ist eine gute Nachricht für die Bundeswehr.“ Als Gründe für die steigenden Verteidigungsausgaben führte von der Leyen unter anderem die zusätzlichen Aufgaben der

Streitkräfte in den vergangenen zwölf Monaten an: Die Beteiligung am Einsatz gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ mit „Tornado“-Aufklärungsflugzeugen, die Entsendung von Schiffen ins östliche Mittelmeer zur Bekämpfung von Schleusern, die Ausweitung der Mission in Mali und die auf dem Nato-Gipfel in Warschau beschlossene Beteiligung an einem multinationalen Bataillon. „Wir verlangen mehr von der Bundeswehr. Wir geben ihr komplexere Aufgaben“, sagte die Ministerin. „Dafür braucht es Ressourcen und Investitionen.“

Ausrüstung Mehr investieren will die Ministerin vor allem bei der Ausrüstung der Bundeswehr. Für militärische Beschaffungen sieht der Haushaltsentwurf Ausgaben von 4,82 Milliarden Euro vor, für Materialerhalt 2,81 Milliarden Euro und für Wehr-

forschung, Entwicklung und Erprobung weitere 1,1 Milliarden Euro. Nach einer langen Zeit der „Verwaltung des Mangels“ sei nun die „Trendwende“ eingeleitet worden.

Zwei-Prozent-Ziel Unterstützung für ihren Kurs erhielt Ministerin von der Leyen aus den Reihen der Unionsfraktion. Der CDU-Verteidigungspolitiker Ingo Gädechens plädierte gar für einen deutlich höheren Wehretat: Auch wenn der Wehretat weiterhin aufwache, „müssen wir noch eine Menge Überzeugungsarbeit aufbringen, damit wir tatsächlich das Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufzuwenden, erreichen“. Darauf hatten sich die Nato-Mitgliedsstaaten auf ihrem Gipfeltreffen 2014 in Wales geeinigt. Doch Deutschland wird dieses Ziel auch im kommenden Jahr mit 1,2 Prozent nicht erreichen. „Diese Mittel sind aber notwendig, um die Bundeswehr in der Tiefe und Breite zu modernisieren“, argumentierte Gädechens.

Der Koalitionspartner wies diese Forderung allerdings als „Traumtänzerei“ zurück. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, rechnete vor, dass Deutschland im kommenden Jahr 64 statt 36 Milliarden Euro aufbringen müsste, wenn es das Zwei-Prozent-Ziel realisieren wollte. „Das ist keine Vision. Das ist Utopie.“ Darüber müsse auch in der Nato eine ehrliche Debatte stattfinden. In Wirklichkeit fehlten in der mittelfristigen Finanzplanung jährlich rund fünf Milliarden Euro, um die Modernisierung der Truppe

und ihren personellen Aufwuchs zu realisieren, führte Arnold weiter aus. Er forderte Ministerin von der Leyen deshalb auf, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zusammen mit Frankreich und Italien stärker zu europäisieren.

Auslandseinsätze Auf strikte Ablehnung stieß die geplante Erhöhung des Wehretats bei den Oppositionsfraktionen. Michael Leutert, Haushaltsexperte der Linken, monierte, dass das Verhältnis zwischen ziviler Außenpolitik und Verteidigungsausgaben „falsch justiert“ sei: „2,3 Milliarden Euro ist exakt die Hälfte dessen, was der Bundesaußenminister für alle zivilen Aufgaben zur Verfügung hat.“ Die weltweiten Konflikte ließen sich aber nur politisch lösen, argumentierte Leutert. Statt dessen, so fügte die verteidigungspolitische Sprecherin der Linken, Christine Buchholz, hinzu, würden die Mittel für Auslandseinsätze der Bundeswehr auf mehr als das Doppelte steigen. Gleichzeitig würden Milliardensummen in Rüstungsprojekten wie dem Transportflugzeug A400M „verschleudert“, dessen Sinn es sei, auf anderen Kontinenten militärisch einzugreifen. Dies spiegelte „die Großmachtambitionen der Bundesregierung“, schimpfte Buchholz. Auch die Grünen warfen Verteidigungsmisnerin von der Leyen eine verfehlte Rüstungspolitik vor. Die Beschaffung von über 100 zusätzlichen Kampfpanzern sei eben „keine kluge Antwort auf die veränderte Sicherheitslage in Europa“, kritisierte Tobias Lindner. Dies sei ein „Rezept des Kalten Krieges“.

Alexander Weinlein

Mittelaufwuchs für Minister Müller

ENTWICKLUNG 580 Millionen Euro mehr als 2016 geplant

Entwicklungszusammenarbeit ist die beste Fluchtursachenbekämpfung. Dieser Satz in der ein oder anderen Variation fand sich in fast jeder Rede während der Einbringung des Etats für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vergangenen Mittwoch. Knapp acht Milliarden Euro soll Entwicklungsmisnerin Gerd Müller (CSU) 2017 ausgeben dürfen – 580 Millionen Euro mehr als 2016.

Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem für den Wiederaufbau in Krisengebieten eingesetzt werden. So sind wie schon in diesem Jahr 400 Millionen Euro für den Bereich „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ eingeplant, weitere 400 Millionen Euro sind als Verpflichtungsermächtigung bis 2021 vorgesehen. Die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ soll von 300 Millionen Euro auf 345 Millionen Euro aufgestockt werden, unter anderem zur Finanzierung des „Cash-for-Work-Programms“, das Flüchtlingen in der Region rund um Syrien Arbeit verschaffen soll. Auch die zweite Sonderinitiative des BMZ „Eine Welt ohne Hunger“ kann sich über ein Plus freuen. 245 Millionen Euro, und damit 25 Millionen Euro mehr als 2016, sollen vor allem in Projekte und Programme zur Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung fließen. Für die dritte Sonderinitiative „Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost“ bleibt es unverändert bei einem Budget von 70 Millionen Euro.

Rekordhaushalt Für Minister Müller ist der Mittelaufwuchs ein Beleg dafür, „dass wir auf einem guten Weg sind, auch wenn das 0,7 Prozent-Ziel noch nicht erreicht ist“. Lob für den „Rekordhaushalt“ gab es auch von Sabine Weiss (CDU) und Stefan Rebmann (SPD), die gleichwohl Nachbesserungen im Verlauf der Haushaltsberatungen anmahnten.

Aus Sicht der Opposition ist der Aufwuchs von rund 580 Millionen Euro im Vergleich zu 2016 deutlich zu wenig angesichts der immensen Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. Dies werde vor allem deutlich, wenn man dem entgegenstelle, dass „in den vergangenen zwölf Monaten beschlossen worden ist, in den Verteidigungsbereich 3,5 Milliarden Euro mehr einfließen zu lassen“, sagte Michael Leutert (Die Linke). Anja Hajduk (Grüne) forderte „eine ganz andere Antwort von der EU und auch von Deutschland“, um den aktuellen Problemen zu begegnen.

Bis 2050 sei mit einer Verdopplung der Bevölkerungszahlen in Afrika zu rechnen, sagte der Entwicklungsminister zu Beginn der Debatte. Dies bringe gewaltige Herausforderungen mit sich. „Es stellen sich die Fragen: Wie sichern wir die Ernährung? Wie lösen wir das Energiethema? Wie lösen wir das Gerechtigkeitsproblem?“ Das alles seien Fluchtursachen, betonte Müller. Wenn weltweit 10 Prozent der Menschen 90 Prozent des Vermögens besäßen und zugleich 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen, sei das die Basis für Konflikte, Spannungen, Kriege – und in Folge dessen für die Flucht von Millionen von Menschen. Der Entwicklungsminister machte aber zugleich deutlich, dass die Herausforderungen aus seiner Sicht lösbar sind. Der Weg dahin sei durch die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (SDGs), den Klimavertrag von Paris und andere Abkommen beschrieben. Deren Umsetzung sei gleichwohl aber schwierig.

Um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen – die Industrieländer haben sich verpflichtet, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren –, würden fünf Milliarden Euro zusätzlich benötigt, sagte Michael Leutert. „Mit den 3,5 Milliarden Euro, die in den Verteidigungsbereich gehen, wären wir schon einen großen Schritt vorangekommen“, urteilte der Linken-Abgeordnete. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen gewesen. „Das ist die wichtigste Aufgabe, vor der wir

Etat Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2017



in den nächsten Jahren stehen werden“, betonte Leutert. Um dabei erfolgreich zu sein, brauche es „mehr Entscheidungen gegen Rüstungsexporte“ sowie einen fairen statt einen freien Welthandel.

Kritik an der im Haushaltsentwurf geplanten Fortschreibung der Sonderinitiativen übte Stefan Rebmann. Benötigt würden langfristig abgesicherte Finanzierungen und keine jährlichen Vergaben aus den Sonderinitiativen, die den Durchführungsorganisationen eben keine ausreichende Sicherheit geben würden. Ganz oben auf seiner Liste der nötigen Nacharbeiten stehe der Zivile Friedensdienst, sagte Rebmann weiter. Hier müsse es in den Beratungen gelingen, eine spürbare Mittelhöhung festzuschreiben. „Wenn wir Entwicklungspolitik ernstnehmen, brauchen wir eine langfristig abgesicherte Finanzierung“, betonte der SPD-Abgeordnete.

Aufwuchsdynamik Anja Hajduk schloss sich der Kritik ihres Vorredners in Bezug auf die Sonderinitiativen an. Zwar habe Minister Müller mit der Fluchtursachenbekämpfung, der Armutsproblematik und der schwierigen Situation in Afrika wichtige Themen benannt, räumte die Grünen-Abgeordnete ein. Es könne aber doch nicht sein, dass wirksame langfristige Programme gekürzt würden, um neue Sonderinitiativen mit hohem Verwaltungsaufwand aufzulegen. Auch das geplante Haushaltsplus ist

aus Sicht Hajduks nicht ausreichend. „Wir brauchen eine Aufwuchsdynamik“, sagte sie. Ihr Vorschlag: zusätzliche 1,2 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit und 800 Millionen Euro für den Klimaschutz. „Nur wenn wir zwei Milliarden Euro jährlich draufpacken, halten wir 2020 das 0,7 Prozent-Versprechen ein.“ „Der Rekordhaushalt beweist: Deutschland steht zu seiner internationalen Verantwortung“, sagte die CDU-Abgeordnete Sabine Weisse. Gleichwohl sei im Entwurf nicht alles eitel Sonnenschein. „Besorg bin ich über den Rückgang der Verpflichtungsermächtigungen um 700 Millionen Euro für die finanzielle und Technische Zusammenarbeit.“ Hier müsse etwas draufgelegt werden, wolle man Fluchtursachen wirksam bekämpfen.

Götz Hausding

»Wir brauchen eine langfristig abgesicherte Finanzierung.«
Stefan Rebmann (SPD)

Krisendiplomatie im Dauermodus

AUSWÄRTIGES Die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt zentrale Aufgabe. Opposition fordert mehr Geld für humanitäre Hilfe und kritisiert die Zurückhaltung der Regierung gegenüber der Türkei

Humanitäre Hilfen und die Krisenprävention bleiben für Abgeordnete von Koalition und Opposition absehbar vordringlichste Aufgaben der Außenpolitik. Man werde jede geplante Ausgabe im Etat des Auswärtigen Amtes für das nächste Jahr daraufhin prüfen, ob sie auf das zentrale Ziel – die Bekämpfung von Fluchtursachen – ausgerichtet sind, so formulierte es der CDU-Abgeordnete Jürgen Hardt vergangene Woche in der Debatte über den Haushaltsentwurf 2017 (18/9200, Einzelplan 05).

Vertreter der Opposition kritisierten, dass die Bundesregierung trotz der ungelösten Konflikte im Nahen Osten die Mittel für die humanitäre Hilfe im Etat kürzen wolle.

„Der Bedarf an humanitärer Hilfe wächst international dramatisch an“, warnte Frithjof Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen). Laut Entwurf sind für das Auswärtige Amt im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 4,6 Milliarden Euro vorgesehen, das sind rund 205,98 Millionen Euro weniger als 2016.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) kündigte in der Debatte an, seine Bemühungen um einen Waffenstillstand in Syrien fortzusetzen. „Es wäre unverantwortlich, das nicht zu versuchen.“ Die Konflikte im Nahen Osten aber auch in Libyen seien allerdings nicht ohne Ankara zu lösen. „Die Türkei ist ein Schlüsselland für uns“, sagte Steinmeier. Man müsse – wo immer notwendig – Kritik üben an der türkischen Führung, dürfe „aber nicht so tun, als könnte man sich wegen der kritischen Punkte Beziehungen mit der Türkei in irgendeiner Weise ersparen oder wegwünschen“.

Michael Leutert (Die Linke) nannte es hingegen eine völlig „absurde Situation“, dass der Nato-Partner Türkei Bundestagsabgeordneten den Zugang zu Bundeswehrosoldaten im türkischen Incirlik lange verwehrt habe, die dort einen Beitrag im Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ leisten. Dies sei genauso wie der EU-Türkei-Flüchtlingspakt und wie die Distanzierung der Bundesregierung von der Armenien-Resolution des Bundestages Folge einer „Erpressungssituation“, in der die Türkei am längeren Hebel sitze: „Wer sich einmal erpressen lässt, lässt sich auch ein weiteres Mal erpressen“, sagte Leutert. Die Bundeswehr gehöre in diesem Fall aus der Türkei abgezogen.

Als unverantwortlich bezeichnete Leutert mit Blick auf den Etat, dass die Bundesregierung angesichts der internationalen Krisen beim Auswärtigen Amt 200 Millionen Euro einsparen wolle. „Das passt nicht zusammen, das geht so nicht.“ Es sei das Ge-

gentil vom Anspruch, außenpolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Frithjof Schmidt (Grüne) kritisierte die Zurückhaltung Steinmeiers gegenüber der Türkei, die mit ihren Militäroperationen gegen kurdische Kräfte die gesamte Strategie



die Anti-IS-Allianz „buchstäblich in Stücke schießt“. Es sei überdies den eingekesselten Menschen in Aleppo nicht zu vermitteln, dass die westliche Allianz in der Lage sei, täglich Bomben über umkämpften Gebieten abzuwerfen, nicht aber Lebensmittel über der bedrängten Stadt.

Schmidt kritisierte, dass die Bundesregierung angesichts solcher Krisen die Mittel für humanitäre Hilfen von 1,1 Milliarden im laufenden Jahr auf nur noch 730 Millionen Euro im kommenden Jahr zusammenstreichen und gleichzeitig den Verteidigungshaushalt um 2,3 Milliarden Euro erhöhen wolle. „Wenn über Krisen und Kämpfe in Afrika und im Nahen Osten sowie über Flucht und Migration gesprochen wird, dann überbieten sich alle in der Forderung, dass etwas gegen Fluchtursachen getan werden muss. Aber die Schere zwischen Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einerseits und Militärausgaben andererseits klafft im-

mer weiter auseinander, das Missverhältnis wächst“, sagte Schmidt.

Jürgen Hardt argumentierte dagegen, dass die „operativen Ausgaben“ des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Vorjahr steigen würden und das Minus von 200 Millionen Euro im Gesamtetat vor allem den von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfallenden deutschen UN-Beiträgen geschuldet sei. Hardt signalisierte aber zugleich für seine Fraktion „Gesprächsbereitschaft“ mit Blick auf die humanitäre Hilfe und „die Erleichterung unserer Partnermissionen“. Hardt warb dafür, der Türkei trotz der „erheblichen Irritationen“ in Folge des Putschversuches im Juli und trotz der Irritationen wegen ihrer Rolle im syrischen Konflikt die Fortsetzung der EU-Beitrittsgespräche nicht zu verwehren – schon allein, um die proeuropäischen Kräfte zu stärken. „Beitrittsverhandlungen sind ein Weg, die Verhältnisse in der Türkei zum Besseren zu befördern“, sagte Hardt.

Alexander Heinrich

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Schwierige Partner: der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (3. von links) und US-Präsident Barack Obama (3. von rechts) beim G20-Gipfel in China

© picture-alliance/abaca

Allianz in Auflösung

TÜRKEI Das Bündnis mit den USA galt lange als wichtiger Grundpfeiler der westlichen Sicherheitsarchitektur. Jetzt wankt es

Nach dem Treffen des türkischen Präsidenten mit US-Präsident Barack Obama am Rande des G20-Gipfels in China in der vergangenen Woche hätte man meinen können, in den Beziehungen zwischen beiden Ländern sei alles in Butter. Obama nannte Recep Tayyip Erdogan beim Vornamen und lobte ihn für die Versorgung von 2,7 Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen in der Türkei. Erdogan sagte, unter Obamas Führung sei die türkisch-amerikanische Verbundenheit zu einer „Partnerschaft mit Vorbildcharakter“ geworden. Doch die politische Wirklichkeit sieht anders aus. Regierungsmitglieder und die regierungsnahen Presse in der Türkei geben den USA offene eine Mitschuld an dem Putschversuch vom Juli. Ibrahim Karagül, Chefredakteur von Erdogans Leib- und Magenzeitung „Yeni Safak“, warf den Amerikanern nicht nur vor, bei dem Umsturzversuch die Fäden gezogen zu haben. Mit Blick auf den Vormarsch der mit den USA verbündeten syrischen Kurden südlich der türkischen Grenze schrieb er am 10. August in einer Kolumne, die USA wollten die Türkei „belagern“ und einkesseln. In einer am 5. September veröffentlichten Umfrage gaben 90 Prozent der türkischen Befragten an, sie misstrauten den USA. Das hat zum einen mit der Weigerung Washingtons zu tun, den in Pennsylvania lebenden und von Erdogan als Putschführer bezeichneten islamischen Geistlichen Fethullah Gülen ohne langwieriges Verfahren an Ankara auszuliefern. In den USA könne man nicht einfach jemanden einsperren, weil er als „übler Bursche“ bezeichnet werde – man brauche Beweise, sagte US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Besuch in Ankara Ende August. Der neben ihm sitzende Erdogan machte ein steinernes Gesicht.

Wut auf die USA Der Fall Gülen hat dem ohnehin bereits starken Anti-Amerikanismus in der Türkei weiteren Schub gegeben. Der ehemalige US-Außenamtsbeamte Henry Barkey, der heute als Nahost-Experte bei der Wilson-Denkfabrik in Washington arbeitet, sah sich nach dem 15. Juli in der Türkei plötzlich als Führungsoffizier der Putschisten beschimpft, weil er am Tag des Umsturzversuches in der Nähe von Istanbul an einer Akademiker-Konferenz teilgenommen hatte. Anti-Amerikanismus habe es in der Türkei schon immer gegeben, schrieb Barkey vor wenigen Tagen in der „New York Times“. Das Schlimme an der derzeitigen Wut auf die USA sei aber, dass die Vorwürfe offenbar von den Behörden mitgetragen würden. So tauchten in der türkischen Presse als angebliche Beweise für Barkeys Mittäterschaft beim Putsch die genauen Daten seiner Ein- und Ausreise in Istanbul auf – hoheitliche Informationen, über die nur die Grenzpolizei am Flughafen verfügt. Die Lage in Syrien ist ein weiterer Faktor, der das Bündnis zwischen den Nato-Partnern Türkei und USA erschüttert. Ende August schickte die Türkei ihre Panzer über

die Grenze nach Syrien, um gegen den „Islamischen Staat“ (IS), aber auch gegen die Kurden-Miliz YPG, vorzugehen. Ankara befürchtet, dass die Expansion der Kurden in Syrien einen künftigen Kurdenstaat vorbereiten könnte. Die türkischen Truppen und die mit ihnen verbündeten arabischen Milizen schoben sich wie ein Keil zwischen zwei YPG-Herrschaftsgebieten in Syrien und verhinderten so ihre Vereinigung. Washington betrachtet die syrischen Kurden als wichtige Partner im Kampf gegen den IS und unterstützt sie mit militärischer Ausbildung und Waffenlieferungen, die Türkei sieht die YPG hingegen als syrische Vertretung der PKK-Rebellengruppe, die seit 1984 gegen Ankara kämpft. Für Washington geht es in Syrien vor allem um den Kampf gegen den IS; für Ankara vor allem darum, die Kurden zu stoppen. Zudem hat die Türkei selten zuvor ihre eigenen Interessen so rabiat gegen die Vorbehalte der USA durchgesetzt. Bisher stand die Allianz mit den USA in der türkischen Außenpolitik außerhalb jeder Diskussion. Doch das ändert sich. Als Erdogans Bemühungen um eine Annäherung an Russland in den vergangenen Wochen neue Sorgen über eine Achsenverschiebung in der Türkei auslöste, reagierte die Regierung in Ankara nicht etwa mit einem Dementi. Sie erklärte, die Türkei habe neben der Westbindung eben auch andere Interessen. Ankara sehe das Verhältnis zu Russland und anderen Staaten nicht als Alternative zu den türkischen Beziehungen zum Westen, schrieb Außenminister Mevlüt Cavusoglu vor wenigen Tagen auf Twitter. Auf den ersten

Blick ist an dieser Feststellung nichts auszusetzen; auch Deutschland bemüht sich um gute Beziehungen zu Moskau, ohne dass dadurch das Bekenntnis der Bundesrepublik zur EU oder zur Nato in Frage gestellt würde. Doch im Fall der Türkei spielen sich die Avancen gegenüber Russland oder dem Iran im Rahmen einer außenpolitischen Selbsteinschätzung des Landes ab, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt hat. Erdogans Türkei betrachtet sich selbst als unabhängiges regionales Machtzentrum, das sich weniger von den Vorgaben westlicher Allianzen leiten lässt als von den eigenen Interessen.

EU-Beitritt abgelehnt Erdogan-Berater wie der Wirtschaftsexperte Yigit Bulut fordern offen die Abkehr von Europa. Die Türkei solle sich nicht an der „griechisch-christlichen“ Ordnung orientieren, sondern an den Maßgaben von „islamischer Gemeinschaft und Nation“, schrieb Bulut Ende August in einer Kolumne der Zeitung „Star“. Einen Beitritt zur EU lehnt Bulut ab, weil dieser seiner Ansicht nach wegen der Aufgabe von Souveränitätsrechten die islamisch-nationale Identität der Türkei verwässern würde. In der Flüchtlingsfrage geht die türkische Regierung deshalb immer wieder auf Distanz zu dem mit der EU ausgehandelten Abkommen. Ankara werde keinerlei Verzögerungen bei der versprochenen Visa-Liberalisierung im Gegenzug für die Reduzierung der Flüchtlingszahlen hinnehmen, sagte Erdogans Sprecher Ibrahim Kalin dem türkischen Nachrichtensender NTV. Es

ist zwar unwahrscheinlich, dass die Türkei den Flüchtlingsdeal ohne weiteres aufkündigt. Schließlich nützt das Abkommen auch türkischen Interessen, weil es abschreckend auf Flüchtlinge und Schlepper wirkt und den Flüchtlingsstrom aus Asien und Afrika nach Europa auf andere Länder wie Libyen umlenkt. Doch als Druckmittel eignet sich das Thema allemal. „Die EU braucht die Türkei mehr, als die Türkei die EU braucht“, sagte Erdogan schon im Frühjahr. Die Kritik aus Europa an den Massenfestnahmen nach dem Putschversuch vom Juli lässt die türkische Regierung kalt. Monatelang verweigerte sie Bundestagsabgeordnete zudem den Besuch des Luftwaffenstützpunktes in Incirlik – weil der Bundestag die Verbrechen an den Armeniern 1915/16 in einer Resolution als Völkermord bezeichnet hatte (siehe Stichwort). Auch bei den Bemühungen um ein Ende des Krieges in Syrien sieht Erdogan keine Veranlassung, sich eng mit dem Westen abzustimmen. Gleichzeitig macht er sich für eine regionale Initiative stark, um den Syrien-Konflikt beizulegen. Als mögliche Teilnehmer spricht Kemal Kiriçi von der Denkfabrik Brookings Institution in Washington. Allerdings sorgte die 70-jährige Geschichte der amerikanisch-türkischen Zusammenarbeit

dafür, dass die Partnerschaft nicht einfach so über den Haufen geworden werde, urteilte er im Gespräch mit dieser Zeitung. Dagegen rät eine wachsende Zahl anderer Experten der Regierung in Washington, sie solle sich nach Alternativen zur Türkei in Nahost umsehen. Einige sehen eine anhaltende Destabilisierung der Türkei durch Erdogans Machtanspruch, die Nähe des Islamischen Staates und den neu aufgeflaminten Kurdenkonflikt voraus. Obwohl die Geschichte der amerikanisch-türkischen Zusammenarbeit viele Jahrzehnte zurückreicht, ist die Position der Türkei in der US-Außenpolitik nicht mehr

sakrosankt. Beziehungen könnten nicht auf „Mythen“ aufgebaut werden, sagte Steven Cook von der Denkfabrik CFR am 11. August bei einer Diskussionsveranstaltung in Washington. „Wenn man sich die Kosten-Nutzen-Analyse vor Augen führt, könnte es für die Vereinigten Staaten an der Zeit sein, sich nach Alternativen umzuschauen.“

Suche nach neuen Standorten Mit dieser Meinung steht Cook nicht allein. CFR-Präsident Richard Haass forderte bereits kurz nach dem Putschversuch im Juli eine radikale Neubewertung des Verhältnisses zur Türkei im Lichte von Erdogans wachsenden autokratischen Tendenzen. Der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses warf in einem Bericht Anfang August die Frage auf, ob es aus amerikanischer Sicht wirklich klug sei, Atomwaffen in der Türkei stationiert zu haben. Auch Jonathan Schanzer, Türkei-Experte bei der konservativen Stiftung FDD in Washington, empfehle der US-Außenpolitik, sich über eine verminderte Rolle der Türkei Gedanken zu machen. Über Nacht gehe so etwas natürlich nicht, sagte Schanzer dem Magazin „Politico“ Ende Juli. „Aber ich glaube, es ist an der Zeit, sich Alternativen anzuschauen.“ Als mögliche neue Standorte für die amerikanische Militärmacht in der Region werden Jordanien oder die Golf-Staaten genannt. *Susanne Güsten*

Die Autorin arbeitete lange Zeit als Korrespondentin in der Türkei und berichtet jetzt aus Washington.

> STICHWORT

Streit um Stützpunkt Incirlik beendet

> Reise Der vom Verteidigungsausschuss geplante, seit Wochen umstrittene Besuch des Nato-Luftwaffenstützpunktes Incirlik im Süden der Türkei kann vom 4. bis 6. Oktober 2016 stattfinden.

> Bundeswehr In Incirlik sind derzeit rund 250 deutsche Soldaten stationiert. Sie unterstützen dort die Luftangriffe auf die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

> Disput Bislang hatte die türkische Regierung den Parlamentariern den Besuch aus Verärgerung über die im Mai 2016 vom Bundestag beschlossene Armenien-Resolution (18/8613) verweigert.



»Müssen Differenzen umschiffen«

INTERVIEW Die Türkei bleibt von zentraler Bedeutung, meint Nahost-Expertin Andrea Taylor

Frau Taylor, zeigen die türkischen Reaktionen in Richtung Washington nach dem Putschversuch vom Juli, dass sich beide Länder auseinandergeliebt haben?
Es ist nie klug, sich auf eine einzige Regierung in einer Region zu verlassen. Die Entwicklung zeigt, wie nötig es ist, sich auch andere Akteure in der Region anzuschauen. Die US-Regierung wurde vom Ausmaß der Anschuldigungen aus der Türkei überrascht. Doch unabhängig davon, ob die USA damit einverstanden sind, was die türkische Regierung gerade tut, bleibt die Türkei von zentraler Bedeutung. Natürlich gibt es diverse Mächte in der Region, aber wir können uns nicht von der Türkei abwenden. Es bleibt wichtig für beide Seiten, nach Gemeinsamkeiten Ausschau zu halten und Differenzen zu umschiffen.

Warum setzen die USA beim Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Nord-Syrien so sehr auf die dortigen Kurden, obwohl die Türkei diese als potenzielle Bedrohung ansieht?

Das Verhältnis zu den Kurden baut auf gegenseitigen Nutzen auf. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den Kurden reicht zurück bis zur Belagerung der nordsyrischen Stadt Kobani. Die Kurden waren zum Kampf gegen den IS bereit, als die Türkei dazu noch nicht bereit war. Allerdings haben die Kurden zuletzt den Bogen etwas überspannt, indem sie den Euphrates Richtung Westen überqueren. Die USA sind auch nicht unbedingt für die Entstehung eines Kurdenstaates in Nord-Syrien, denn der Verbündete Türkei will dies nicht.

Was bedeutet der türkische Einmarsch nach Syrien?
Zunächst einmal haben die Türken demonstriert, dass eine professionelle, gut ausgerüstete und motivierte Armee in Syrien einiges ausrichten kann. Die Türken haben den USA damit gezeigt, dass es auch andere Optionen gibt. Nach dem Putschversuch gab es Zweifel an der Einsatzfähigkeit der türkischen Armee. Nun sagt die Türkei mit dem Einmarsch: Ja, wir sind zu Militäroperationen in der Lage, wenn wir diese für an-

gebracht halten. Die USA wurden sehr spät über die Intervention informiert.

Wie wird es weitergehen mit dem türkischen Syrien-Einsatz?
Mögliche weitere Vorstöße ins Landesinnere dürften schwieriger werden. Wenn man sich beispielsweise die Stadt Al Bab (etwa 30 Kilometer südlich der türkischen Grenze, d.Red.) anschaut: Das ist dicht besiedeltes Gebiet, da kann man nicht einfach mit Panzern durchrollen.

Das Gespräch führte Susanne Güsten. ■

Andrea Taylor ist Nahost-Expertin beim Atlantic Council in Washington. Das nach dem ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten benannte Zentrum befasst sich mit Nahost-Fragen und dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel in der Region.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Transparent und legitim" sollen die Duma- und die Regionalwahlen am 18. September ablaufen, so hat es das russische Präsidentschaftsamt selbstbewusst verkündet. Für den bekannten russischen Politikwissenschaftler Nikolaj Petrow heißt das nichts anderes als: „Der Kreml wird den Wahlprozess manipulieren, aber dieses Mal auf eine Fälschung der Wahlergebnisse verzichten.“ Präsident Wladimir Putin und sein Apparat erinnern sich noch lebhaft an die Demonstrationen in den Jahren 2011 und 2012. Nach dem letzten Urmengang hatten die städtischen Bildungsbürger lautstark gegen die offenkundigen Wahlmanipulationen protestiert. Daraufhin verabschiedete die regierende Partei „Einiges Russland“ Änderungen am Wahlgesetz, um eine demokratischere Abstimmung vorzutauschen. Auch wurde der algediente Leiter der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow, entlassen. Im März 2016 erhielt schließlich die frühere Menschenrechtsbeauftragte, Ella Panfilowa, den Auftrag, transparente Wahlen zu organisieren. Der Wähler sollte sich für mehrere Parteien und Kandidaten entscheiden können, zugleich sollten die Kandidaten bessere Chancen erhalten, in die Duma und die regionalen Parlamente einzuziehen. Parallel zur Duma-Wahl finden am 18. September in 39 Föderationssubjekten auch lokale Wahlen statt.

Neues Wahlgesetz Abgesehen von der Wiedereinführung der Direktwahl, die 2007 abgeschafft worden war, wurde die Sperrklausel, die für den Einzug ins Parlament nötig ist, von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Von den 450 Abgeordneten sollen 225 in Wahlkreisen direkt gewählt werden und 225 über Parteilisten in die Duma gelangen. Ihre Teilnahme an der Wahl haben laut Justizministerium 73 Parteien angemeldet, jedoch stehen davon nur 14 auf den Wahlzetteln: die vier in der Duma vertretenen Parteien, also „Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“, die „KP“ und die „Liberal-Demokratische Partei“, zudem zehn Parteien, die bei der Duma-Wahl 2011 mehr als drei Prozent der Stimmen erhielten oder in einem der regionalen Parlamente der Bundesländer eine Fraktion stellen. Die übrigen Parteien mussten 200.000 Unterschriften sammeln, um auf den Stimmzetteln zu erscheinen. Damit ein Kandidat in einem Wahlkreis direkt aufgestellt werden konnte, mussten dies mindestens drei Prozent der Wahlberechtigten des Wahlkreises mit ihrer Unterschrift unterstützen. Außer den 14 registrierten Parteien konnte keine andere die gesetzlichen Voraussetzungen für die Teilnahme an der Duma-Wahl erfüllen. Nahezu 92 Prozent der unabhängigen Kandidaten sei die Nominierung verweigert worden, wie das „Komitee der Bürgerinitiativen“ ermittelte. Hauptgrund für die Ablehnung der Kandidaten sei die Behauptung gewesen, es handele sich um gefälschte Unterschriften. Das Komitee weist in seinem Bericht zudem nach, dass vor allem denjenigen Kandidaten die Registrierung verweigert wurde, „die besonders bekannt sind und gute Chancen haben, gewählt zu werden“.

Angesichts dessen überrascht es nicht weiter, dass nur jene Kandidaten auf die Stimmzettel gelangten, die über die Unterstützung der Machtorgane verfügten, schreiben die Experten des Komitees. Als bekanntestes Opfer dieser Staatswillkür gilt die in Russland weit bekannte frühere Bürgermeisterin von Petrosawodsk und „Jabloko“-Politikerin, Galina Schirschina. Der Ausschluss der einflussreichen Konkurrenten gehöre zum bewährten Repertoire

Putins Testlauf

RUSSLAND Vor der Parlamentswahl sind die schärfsten Kritiker des Präsidenten ausgeschaltet worden. Eine liberale Opposition wird nicht in die Duma einziehen



Angeführt wird die Regierungspartei „Einiges Russland“ zwar von Premierminister Dmitri Medwedew (links), das wichtigste Zugpferd dürfte für sie jedoch Präsident Wladimir Putin (rechts) sein, obwohl der nicht Mitglied ist.

© picture-alliance/dpa

der Machthaber, unterstreicht der Publizist Andrej Perzow in „Kommersant“: Die Oppositionspolitiker dürfen zwar in einige Regional- und Kommunalparlamente einziehen. „Aber sie sollen ihren Platz im System kennen und nicht wirklich um die Macht kämpfen dürfen.“

Angesichts dieser Manipulationen erwarten Beobachter am kommenden Wochenende eine niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent. Dies wird vor allem der Partei „Einiges Russland“ (EP) nützen – dank ih-

rer flächendeckenden Präsenz in den Wahlkreisen wird sie wohl bis zu 60 Prozent der Direktmandate gewinnen können. Laut Prognosen kann sie über die Parteiliste zudem bis zu 50 Prozent der Stimmen bekommen, wenn es auch in einigen Regionen mit bis zu 35 Prozent deutlich weniger sein werden. Das zweitbeste Ergebnis könnte entsprechend den Umfragen die Kommunistische Partei mit bis zu 15 Prozent erreichen, gefolgt von den populistischen „Liberal-De-

mokraten“ unter Führung von Wladimir Schirinowski (bis 14 Prozent). Als vierte Partei wird wohl die ebenfalls Kreml treue Partei „Gerechtes Russland“ mit bis zu neun Prozent in die Duma einziehen. Die oppositionelle PARNAS („Partei der Volksfreiheit“) und die liberale „Jabloko“ von Grigorij Jawlinski haben dagegen kaum Chancen, ins Parlament zu gelangen. „Jabloko“ wäre schon zufrieden, wenn sie wieder mehr als drei Prozent der Stimmen erhielte. In diesem Fall würde der Partei

die staatliche Parteienfinanzierung – 100 Rubel pro Wählerstimme – zugutekommen.

Präsident Wladimir Putin unterstützt zwar den Wahlkampf von „Einiges Russland“, indem er am Parteitag teilnimmt und deren Duma-Kandidaten im Kreml empfängt, fester Bestandteil der Wahl-Kampagne ist er jedoch nicht. Schließlich ist er der „Voschd“, der Anführer der Nation. Das hat die Wähler aber nicht davon abgehalten, seine Partei bei der letzten Duma-

Wahl abzustufen: von 64,3 Prozent (2007) war sie 2011 auf 49,3 Prozent abgerutscht. Das Kalkül von „Einiges Russland“, sich die Popularität des Präsidenten zunutze zu machen, sieht der russische Politologe Leonid Dawydow kritisch. „Die Partei erwartet zu viel, wenn sie glaubt, von Putins Zustimmungswerten zu profitieren“. Die Parteiliste führt Ministerpräsident Dmitrij Medwedew an, dessen Werte zuletzt von 55 auf 49 Prozent gefallen sind. Dies zeigt, dass es selbst der massiven Kreml-Propaganda nicht gelungen ist, die Krise allein auf die äußeren Feinde zu schieben. Medwedew wehrt sich mit Wahlgeschicken, die aber erst im Januar 2017 verteilt werden: So sollen die 43 Millionen Rentner eine Einmalzahlung von 5.000 Rubel (etwa 70 Euro) als Inflationsausgleich erhalten.

Putin verfolgt eine andere Strategie: Vor der Duma-Wahl feuerte oder inhaftierte er Amtsleiter und Gouverneure, die er einst selbst ernannt hatte. So entließ er seinen Freund Sergej Iwanow als Leiter des Präsidentschaftsamt, um ihn auf den unbedeutenden Posten eines Umweltbeauftragten abzuschleichen. Gleichzeitig kletterten jüngere, unverbrauchte Geheimdienstleute die Karriereleiter hinauf und bilden nunmehr die neue Machtelite. Moskauer Beobachter interpretieren dies als gezielte Aktionen Putins zur Vorbereitung seiner Wiederwahl im Jahr 2018. Der Präsident verheimlicht nicht, dass seine Mannschaft an einer Wirtschaftsstrategie für die Zeit nach 2018 arbeitet, „egal wie sich die innenpolitischen Prozesse entwickeln“, wie er am 1. September erklärte.

Damit ist die Parlamentswahl 2016 für ihn nur ein Testlauf für die Präsidentschaftswahl 2018, vermutet Andrej Kolesnikow vom Moskauer Carnegie Center. „Der aktuelle Wahlkampf soll nicht zu aktiv geführt werden und die Beteiligung gering bleiben“. Deshalb findet die Parlamentswahl auch nicht im Dezember statt, wie die vorherigen sechs Duma-Wahlen, sondern wurde auf den 18. September vorgezogen.

Feindbild Opposition Von den nicht in der Duma vertretenen Oppositionsparteien wird nur die liberale „Jabloko“ des Öfteren in den Medien erwähnt. Sie verzichtete dieses Mal bewusst auf Kritik an Putins Politik – die Oppositionspartei soll nicht als „Ver-räter-Partei“ abgestempelt werden können in einer Zeit, in der die Zustimmung zu Präsident Putin stolze 80 Prozent beträgt. Für den Publizisten Welimir Rasuwaew von der „Nezawisimaja gazeta“ führt das Präsidentschaftsamt seit 2011 den „längsten Wahlkampf der Geschichte“. Der Kreml habe seine Lektionen gelernt „und wird sich für das Wahlergebnis 2011 revanchieren“. Eine repressive Gesetzgebung habe jegliche Opposition unterdrückt, Kundgebungen seien verboten und Nichtregierungsorganisationen als „ausländische Agenten“ diskreditiert worden. „Jedes Niesen der Oppositionspolitiker wird als erbärmlicher Versuch einer Revolution auf Initiative des Westens dargestellt, was in Post-Krim-Zeiten leicht fällt.“ Hinzu komme, dass die schärfsten Kritiker „medial und gerichtlich“ ausgeschaltet seien, sagt Rasuwaew. Der bekannteste Oppositionelle – Boris Nemzow – wurde im Februar 2015 in Moskau ermordet.

Angesichts der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Konfrontation mit dem Westen versuche der Kreml, die innenpolitische Lage durch Wahlen zu stabilisieren, meint der Politikwissenschaftler Nikolaj Petrow. Für ihn steht fest: „Die Duma-Wahl soll die regionalen Eliten unterstützen und damit das Machtssystem stabilisieren.“

Aschot Manutscharjan II

Der Autor ist freier Journalist.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Russland-Versteher unter Druck

MEINUNGSFORSCHUNG Das russische Justizministerium hat das renommierte Umfrage-Institut Lewada auf der Liste der »ausländischen Agenten« gesetzt

Wer etwas über die Menschen im heutigen Russland erfahren will, wer etwa wissen will, was ihnen wichtig ist, was sie kaufen, wohin sie reisen, wie sie in die Zukunft schauen – und natürlich: wen sie wählen und wie zufrieden oder unzufrieden sie mit ihren Politikern sind – der kommt an den Umfragen dieses Instituts eigentlich nicht vorbei. Das Lewada-Zentrum, gegründet noch in den Tagen der Perestroika und bis 2003 Teil des staatlichen Instituts WZIOM, gilt als eines der renommiertesten Meinungsforschungszentren Russlands. Wenige Tage vor der Duma-Wahl (siehe Beitrag oben) hat das russische Justizministerium das Zentrum nun auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt. Als solche müssen sich seit einem 2012 in Kraft getretenem und auch in Russland damals höchst umstrittenem Gesetz Nichtregierungsorganisationen (NGO) betiteln lassen, wenn sie politisch tätig sind und (auch) Gelder aus dem Ausland erhalten. Bisweilen stehen mehr als 140 Organisa-

tionen auf dieser Liste und damit unter verschärfter Aufsicht der Behörden, darunter zum Beispiel der russische Ableger von „Transparency International“, das Moskauer Sacharow-Zentrum und die Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Für Lewada könnte das Etikett „ausländischer Agent“ das Aus bedeuten. „Mit so einem Stigma ist es unmöglich, Meinungsumfragen vorzunehmen. Das wäre das En-

de der unabhängigen soziologischen Forschung im Land“, sagte Lewada-Direktor Lew Gudkow der russischen Nachrichtenagentur Interfax.

Seit 2003 ist Lewada unabhängig und finanziert sich nach eigener Darstellung über kommerzielle Aufträge – die eben auch aus dem Ausland kommen können. Im Juli hatte die kremlnahe „Anti-Maidan-Bewegung“ behauptet, Lewada habe

Auslandsmittel einer US-Universität erhalten, die ihrerseits vom Pentagon in Washington Geld bekommen haben soll. Der russischen Zeitung „RBK“ zufolge sollen die Zahlungen rund 95.000 Euro im Jahr 2014 betragen haben. In den vergangenen zwei Jahren soll Lewada demnach zudem rund 50.000 Euro aus dem Ausland verbucht haben.

„Wir erhalten Geld aus dem Ausland, aber das sind kommerzielle Aufträge und keine Fördergelder, die das Justizministerium als politisch einstuft“, sagte Gudkow. Mit dem Erlös finanziere Lewada seine eigenen Erhebungen über die politische und soziale Stimmung in Russland. „Wenn das jetzt nicht mehr möglich ist, wie sollen wir dann unsere Umfragen bezahlen, wenn wir das Etikett ‚ausländischer Agent‘ tragen?“

Bereits Ende Juli hatten russische Behörden die Wahlbeobachter-Organisation „Golos“ geschlossen. Ihr wurden Verstöße gegen das umstrittene NGO-Gesetz vorgeworfen. „Golos“ hatte es abgelehnt, sich öffentlich als „Agent“ bezeichnen zu lassen.

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz und Russland-Beauftragter, Gernot Erler (SPD), nimmt die Listung von Lewada



Lewada-Direktor Lew Gudkow

© picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Im US-Präsidentenwahlkampf hatte Barack Obama 2008 bei einem Auftritt in Berlin für eine enge Partnerschaft geworben. Dann kam der NSA-Skandal. © picture-alliance/dpa

Obamas Versprechen

NSA-AUSSCHUSS US-Experten verweisen auf Bekenntnis zum Datenschutz

Es war so etwas wie eine Sternstunde der deutsch-amerikanischen Freundschaft, als im Sommer 2008 der Senator des Bundesstaates Illinois, Barack Obama, vor der Berliner Siegestsäule stand und eine neue Ära der US-Außenpolitik verkündete. Die USA, gelobte Obama, wollten ihren Verbündeten künftig „zuhören“. Timothy Edgar hat drei Jahre als Jurist und Fachmann für den Schutz der Privatsphäre und Bürgerrechte in Obamas Regierungsdiensten verbracht, bevor er 2012 Professor an der renommierten Brown University wurde. Mit der Erinnerung an den Auftritt vor der Siegestsäule leitete er vergangene Woche seine Ausführungen vor dem NSA-Untersuchungsausschuss ein. Es könne ja sein, meinte Edgar, dass nach all den Enthüllungen über Lauschangriffe der National Security Agency (NSA) auf deutsche Ministerien, europäische Institutionen und sogar das Mobiltelefon der Kanzlerin das Wort „zuhören“ in europäischen Ohren mittlerweile einen etwas seltsamen Klang habe.

Auch US-Experten waren schockiert vom Ausmaß der NSA-Überwachung

kommen, um an der Anhörung des NSA-Ausschusses teilzunehmen. Des weltweit einzigen parlamentarischen Gremiums immerhin, wie der Vorsitzende Patrick Sensburg (CDU) eingangs betonte, das sich noch immer an den Folgen der Snowden-Affäre abarbeitet. Was ist drei Jahre nach Snowden in den USA der Stand der Debatte und Gesetzgebung zu Themen wie Internet-Sicherheit, Schutz der Privatsphäre und Kontrolle der Geheimdienste? So lautete die Frage.

Neue Sicht Dass sich doch einiges getan habe, war die Antwort der Experten. Edgar etwa sprach von der größten Geheimdienstreform seit den 1970er Jahren, die Edward Snowden mit seinen Enthüllungen über Schnüffelpraktiken der NSA 2013 ausgelöst habe. Er berichtete, wie er 2006 als Datenschutzbeauftragter beim Geheimdienstkoordinator im Weißen Haus angefangen habe und wie „schockiert“ er gewesen sei, das tatsächliche Ausmaß der weltweiten Überwachungsaktivitäten der NSA erstmals zur Kenntnis zu nehmen. Es sei nicht so gewesen, dass es damals keine gesetzlichen Einschränkungen geheimdienstlicher Tätigkeit gegeben

habe. Die Regelungen seien aber auf die Bedingungen des digitalen Zeitalters überhaupt nicht zugeschnitten gewesen. Snowdens großes Verdienst sei es gewesen, die „offene Debatte“ über diese Themen, „die wir immer wollten“, angestoßen zu haben. Edgar bescheinigte Obama, nicht versucht zu haben, die Affäre auszuspitzen, sondern sich für Transparenz entschieden habe. Obama habe „Tausende Seiten“ geheimer Dokumente freigegeben. Vieles von dem, was die Öffentlichkeit mittlerweile über das Treiben der NSA wisse, entstamme nicht den Snowden-Papieren, sondern diesen Unterlagen. Im Januar 2014 unterzeichnete Obama die Presidential Policy Directive 28 (PPD 28), eine Richtlinie, die die Befugnis der Nachrichtendienste zur weltweiten Überwachung elektronischer Kommunikation neu regelte. Sie enthielt erstmals ein Bekenntnis zum Datenschutz auch für Ausländer in Drittstaaten. Die Dienste hatten deren Privatsphäre künftig in gleicher Weise zu berücksichtigen wie die von Inländern in den USA. Im Mai 2015 erklärte ein Berufungsgericht die bis dahin mehr als zehn Jahre lang geübte Praxis, den gesamten Telefonverkehr in den USA zu überwachen, für illegal. Der Kongress verabschiedete daraufhin den USA Freedom Act, in dem das Verbot der anlasslosen Massenausspähung im Inland festgeschrieben war. Die PPD 28 sei eine

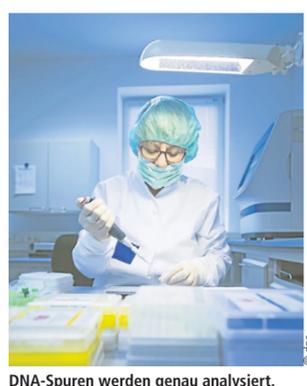
„gute Reform“ gewesen und ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Ashley Gorski, Anwältin bei der American Civil Liberties Union (ACLU), der größten und zweitältesten Bürgerrechtsorganisation in den USA. Die Richtlinie gehe aber „nicht annähernd weit genug“. Die rechtliche Grundlage, auf der die NSA operiere, sei intakt geblieben. Unzureichend sei vor allem der Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Geheimdienste. Ein Kläger müsse nachweisen, dass er persönlich abgehört werde, um vor Gericht Gehör zu finden. Gorski selbst war im Oktober 2015 mit einer Klage gegen anlasslose Massenüberwachung gescheitert. Das Gericht bescheinigte ihrem Mandanten, lediglich „subjektive Befürchtungen“ zu hegen. Zweifel am Reformwillen Obamas äußerte auch Amie Stepanovich, die als Juristin für Access Now, eine Organisation von Netzaktivisten, die US-Politik beobachtet. Die PPD 28 sei rein symbolisch. Sie habe zudem keine Gesetzeskraft und könne vom nächsten Präsidenten widerrufen werden. Für den „Cheftechniker“ der ACLU, Christopher Soghoian, liegt die Antwort ohnehin nicht so sehr in schärferen Gesetzen als in einer effizienten Verschlüsselungssoftware. Der Skandal sei nicht gewesen, dass die NSA elektronische Kommunikationswege ausgespäht habe, sondern dass diese Kanäle so unzureichend gesichert gewesen seien. *Winfried Dolderer*

Die unerklärliche DNA-Spur »P46«

NSU-AUSSCHUSS Zeugin berichtet über frühere Partys der rechten Szene in Zwickau

Ja, als junge Frau habe sie zu dieser – sie tut sich schwer mit dem Wort – „rechtsextremistischen“ Szene in Zwickau gehört. Politisch? „Wir sind zu Konzerten gefahren.“ Es wurde gemeinsam getrunken. „Wir haben Partys gemacht.“ Wieso also politisch werden? „Wir waren immer lustig.“ Das wirkt schon ziemlich geschönt, was die Zeugin vergangene Woche in breitem Sächsisch vor dem Untersuchungsausschuss zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) erzählt. Das NSU-Trio Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt habe sie damals nicht gekannt, versichert sie. Ein Foto von einem Konzert wird ihr vorgelegt – sie selbst ist zu sehen, Zschäpe und Mundlos auch. Aber: Keine Ahnung, wer die waren. Geschenk! Scheint die Miene des Ausschussvorsitzenden Clemens Binninger (CDU) auszudrücken. Es geht ja auch nur indirekt um die Zeugin, sondern darum, was sie über die rechte Szene berichten kann – wenn schon nicht über den NSU, dann zumindest über Ralf Marschner, zu dessen Clique sie mal gehörte. Der umtriebige Mann war eine herausragende Figur unter Rechtsextremen in Zwickau. Dass er als V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt wurde, will die Zeugin erst aus der Zeitung erfahren haben.

Da habe sie – inzwischen aus Zwickau verzogen – ohnehin schon länger keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt. Es ist ein sehr mühsames und wenig ergebnisreiches Frage- und Antwort-Spiel. Zuvor sind mit einem weiteren Zeugen zwei wichtige Fragen ohne befriedigende Antwort geblieben: Was verrät die DNA-Spur „P46“? Und: Warum wurden an 27 NSU-Tatorten nicht ein einziges Mal



DNA-Spuren werden genau analysiert.

DNA-Spuren von Mundlos und Böhnhardt gesichert – nicht nach den 15 Banküberfällen, nicht nach den zwei Sprengstoffanschlägen, nicht nach den zehn Morden? „Ungewöhnlich“ sei das, meint der Zeuge Carsten Proff, DNA-Spezialist im Bundeskriminalamt (BKA) – für ihn als alten Hasen aber auch nicht „super ungewöhnlich“. Seine Mutmaßung: Die Taten seien wohl „sehr gut vorbereitet“ gewesen. Man könne ja durchaus aus dem Internet Tipps bekommen, wie DNA-Spuren zu vermeiden seien – nicht nur mit Handschuhen, sondern etwa auch Sturmhauben. Die beiden Männer seien gewiss „sehr planerisch“ tätig gewesen. Andererseits gesteht Proff ein, dass es „schon nicht einfach“ sei, einen Tatort DNA-frei zu halten oder wieder zu machen: „Da muss man sich sehr anstrengen.“ Dann „P46“. Es handelt sich um eine DNA-Spur an der Innenseite einer Socke, die im Wohnmobil gefunden worden war, in dem sich Mundlos und Böhnhardt nach ihrem Banküberfall in Eisenach umgebracht hatten. Es ist eine Mischspur, die einerseits Zschäpe zuzuordnen ist. Andererseits geht es um eine anonyme Person. Der Dateivergleich ergab einen Bezug dieser Spur zu drei Taten in Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Proff mutmaßt, dass

es sich um eine Kontamination handeln könne – womöglich durch Verbrauchsmaterial, das bei den Tatortuntersuchungen verwandt und von derselben Firma geliefert wurde. Schließlich lägen die fraglichen Delikte – schwerer Diebstahl und schwerer Bandendiebstahl – „inhaltlich weit auseinander“ zum NSU-Komplex. Proff macht die Ausschussrunde für eine gute Stunde zum Hörsaal: Vorlesung über DNA. In den NSU-Ermittlungen habe es „viele Mischspuren von magerer Qualität“ gegeben: „Vieles lag an der Nachweismarge.“ So müsse man das Löschwasser berücksichtigen, sowohl beim Wohnwagen, der in Flammen aufging, als auch bei der in Brand gesetzten Wohnung des Trios in Zwickau. Zudem hätten die „Berechtigten“, Ermittler vor Ort oder auch Feuerwehrleute, Spuren verursacht. Von zunächst 72 DNA-Spuren, die nicht zugeordnet werden konnten, blieben nach Ausschluss dieser Berechtigten 43 Muster über – eine davon „P 46“. *Franz Ludwig Averdunk*

Untaugliche Testverfahren

VW-AUSSCHUSS Diesel-Probleme könnten gelöst werden

In einem waren sich vergangene Woche die acht Experten im Abgas-Untersuchungsausschuss einig: Von einer illegalen Software zur Manipulation von Diesellabgaswerten, wie sie der VW-Konzern nutzte, hatte niemand Kenntnis. Zu Beginn der Sacharbeit im Ausschuss hatten die Abgeordneten vier Motorenexperten geladen, dazu einen Umweltphysiker, einen Toxikologen, eine Epidemiologin und einen Arbeitsmediziner. Es ging um Prüfverfahren für Autos, technische Fragen zur Abgasbehandlung bis hin zu möglichen Gesundheitsverfahren für die Bürger durch Stickoxide.

Prüfstand Soll ein Auto neu zugelassen werden, muss es auf den Prüfstand. Neuer Europäischer Fahrzyklus (NEFZ) heißt das Testverfahren im Labor, das es schon seit Anfang der 90er Jahre gibt. Dass dieses mit der Realität wenig gemein hat, war unter Fachleuten hingegen seit der Jahrtausendwende klar, sagte Professor Stefan Hausberger von der TU Graz. Der NEFZ soll 2017 durch ein realistischeres Verfahren World Harmonized Light-Duty Vehicles Test Procedure (WLTP) ersetzt werden. Hinzu kommen Straftests (Real Driving Emissions). RDE sei noch nicht ausgereift, sagte Professor Christian Beidl von der TU Darmstadt. Eilig hatten die EU-Staaten es nicht mit den RDE-Regeln, immerhin wird seit 2010 verhandelt. Da saßen Vertreter dreier Länder, wenige Beamte der EU-Kommission rund 20 Industrievertretern gegenüber, erläuterte Hausberger. Er und der Leiter Technik des ADAC, Reinhard Kolke, plädierten dafür, die neuen Testverfahren zu ergänzen. So sollte die

Einhaltung der Grenzwerte auch durch Untersuchungen im Fahrzeugbetrieb von unabhängiger Stelle überwacht werden. Kolke regte an, dass die Hersteller die Software zur Motorsteuerung gegenüber den Behörden offenlegen. Aus Sicht von Hausberger sind die Sanktionen bei Emissionsüberschreitungen zu schwach. Der ADAC versucht mit seinem Ecotest schon seit 2003, realitätsnähere Werte zu erhalten. Allerdings seien die Abgase beim Endverbraucher nur ein schwaches Kaufargument gewesen, räumte Kolke ein. Aktuell ist aus seiner Sicht die Technik vorhanden, um die Emissionsprobleme beim Diesel-Pkw in den Griff zu bekommen, insbesondere durch ein System, bei dem mittels Harnstoff Stickoxide neutralisiert werden können. Der Autofahrer müsste laut Kolke auf 1.000 Kilometer zwei bis drei Liter Harnstoff zuführen, ein Liter koste derzeit 0,76 Euro. Für Professor Thomas Koch vom Karlsruher Institut für Kolbenmaschinen ist der Diesel der umweltfreundlichste Antrieb, und er werde es noch lange bleiben. Umstritten sind unter Experten Gesundheitsgefahren von Stickoxiden für die Menschen. Professor Annette Peters vom Münchner Helmholtz Zentrum hält es für statistisch belegt, dass dauerhaft hohe Stickstoffdioxid-Werte für Atemwegs- sowie Herz-Kreislauferkrankungen bis hin zu Todesfällen verantwortlich sind. Der Umweltphysiker Denis Pöhler verweist darauf, dass Volkswagen in den USA mit den erhöhten Abgaswerten nicht aus Gesundheits-, sondern Umweltgründen – Stichwort Ozon – ins Visier geriet. *Stefan Uhlmann*

Banker mit Bombe

CUM/EX-AUSSCHUSS Netzwerke zur Steuervermeidung

Bei Zeugenbefragungen des 4. Untersuchungsausschuss (Cum/Ex) sind am Donnerstag erste Umriss von Netzwerken in der Finanzbranche deutlich geworden, die mit großem Geschick Lücken im Steuerrecht ausgenutzt und Milliardensummen kassiert haben sollen. Der Ausschussvorsitzende Hans-Ulrich Krüger (SPD) betonte, es gehe nicht darum, Schuldige zu finden, sondern darum, Netzwerke, Verfahren und Zusammenhänge zu erkennen. Darauf aufbauend sollte das Thema konstruktiv aufgearbeitet werden mit dem Ziel, rechtlich fragwürdige Steuergeschäfte mit Aktien in Zukunft zu verhindern.

Lückenhafte Umsetzung Der Frankfurter Bankenbetriebsprüfer Stephan Rau erklärte, dass der Bundesfinanzhof (BFH) 1999 mit einem Urteil zum wirtschaftlichen Eigentum bei Aktienkäufen die Grundlage für das Entstehen der Mehrfach-Erstattung gelegt habe. Das Urteil sei in das Jahressteuergesetz 2007 eingeflossen, mit dem er nicht glücklich gewesen sei. Beratungsgesellschaften hätten dessen Auslandslücke vermarktet – sozusagen die Bombe hingelegt – und die Investmentbanker hätten die Bombe dann gezündet. Bereits 2006 habe er zwei Vermerke bezüglich des Jahressteuergesetzes 2007 an das hessische Finanzministerium geschrieben, sagte Rau. Dass es so lange bis zur endgültigen Unterbindung der Cum/Ex-Geschäfte durch das OGAW-IV-Gesetz ab 2012 gedauert habe, liege in der Natur der Sache, erklärte Rau. Eine vollständige Systemumstellung brauche Zeit und lasse sich nicht aus dem Boden stampfen. *Michael Wojtek*

Gefragt nach wissenschaftlichen Aufsätzen, mit denen die Steuersparmodelle offenbar unterfüttert wurden, sagte Rau, bei vielen habe man sehen können, dass es sich um Auftragsaufsätze handelt. Als Berater hätten sich dabei alle großen Wirtschaftskanzleien engagiert. Bei den Cum/Ex-Geschäften habe es „Riesennetzwerke“ gegeben, es sei alles organisiert gewesen und nichts dem Zufall überlassen worden. Die Gestaltungsmodelle seien 2009 und 2010 an die aktuellen Gegebenheiten angepasst worden, sagte Rau, der von einem eigenen Geschäftsfeld sprach. Als zweiten Zeugen befragte der Ausschuss den pensionierten Referatsleiter im hessischen Finanzministerium, Wolfgang Schwarz. Das BMF-Schreiben von 2009 bezeichnete Schwarz auf eine Frage des Obmanns der CDU/CSU-Fraktion, Christian Hirte, als Maßnahme, „um überhaupt mal einen Fuß in die Tür zu bekommen“ und Sand in das Getriebe der Leute zu streuen, die diese Geschäfte betrieben haben. Die ganze Problematik sei damit nicht gelöst worden, sie habe aber einen starken psychologischen Wert gehabt. Klaus Poppenberg, Referatsleiter im Bundesfinanzministerium, berichtete, er habe 2008 erstmals von Cum/Ex-Geschäften gehört. Es habe auch anonyme Anzeigen gegeben. Er erklärte, mit dem BMF-Schreiben vom Mai 2009 habe das Ministerium in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen ganz schnell eine Reaktion zeigen wollen. Zu Schätzungen über den durch Cum/Ex möglicherweise verursachten Schaden sagte Poppenberg: „Zwölf Milliarden sagen mir nichts.“ *Michael Wojtek*

Anzeige

Zwischen Sicherheit und Freiheit



Freiheit und Sicherheit
Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetz
Herausgegeben von PräSVerfG a.D. Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Prof. Dr. Ursula Münch und Dr. Gero Kellermann
2016, 158 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-2136-8
eISBN 978-3-8452-6236-9
(Tutzing Studien zur Politik, Bd. 8)
nomos-shop.de/24435

Die Balance von Freiheit und Sicherheit betrifft das Selbstverständnis und die Grundordnung des Gemeinwesens. Vor dem Hintergrund qualitativ neuer Bedrohungen stellen Vertreter aus Theorie und Praxis ihre Sichtweisen dar und diskutieren moderne Sicherheitsgesetze und den Schutz der Privatsphäre. Der Band vereint die Beiträge der Premiere der Tagungsreihe „Forum Verfassungspolitik“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Unsere Wissenschaftsprogramme sind auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





In dem malerischen Schweriner Schloss hat der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern seinen Sitz. Nach der Wahl ändert sich die Zusammensetzung des Parlaments erheblich, weil die AfD nun drin, die Grünen und die NPD aber draußen sind.

© picture-alliance/dpa

Der unbekannte Schlossgeist

MECKLENBURG-VORPOMMERN Die SPD lotet nach der Wahl neue Bündnismöglichkeiten aus

Das war der schwerste Wahlkampf, den die SPD hier je zu führen hatte“, bekannte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering, als am 4. September kurz nach Schließung der Wahllokale die erste Hochrechnung veröffentlicht wurde. Zwei Monate vor der Landtagswahl hatten die Prognosen die SPD noch um zehn Prozent tiefer und hinter der CDU gesehen. Gleichwohl war der SPD-Politiker damals schon zuversichtlich, mit einem auf seine Person und auf Landesthemen zugeschnittenen Wahlkampf sowie seinem Amtsbonus für die Sozialdemokraten das Ruder herumreißen zu können – was ihm dann auch gelungen ist.

»Es gibt für die SPD keinerlei Vorfestlegung.«

Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD)

mit Argumenten über Sachthemen nicht angekommen. Obwohl die SPD Anteile verloren hat, ist sie mit 30,6 Prozent der Stimmen erneut als stärkste politische Kraft aus der Landtagswahl hervorgegangen. Die Sozialdemokraten wollen nun mit den Christdemokraten sondieren, ob sie die vor zehn Jahren begonnene Koalition mit der CDU fortsetzen können. Aber auch mit der Linkspartei will die SPD ausloten, ob eine Neuaufgabe des Bündnisses von 1998 bis 2006 eine Chance hat. „Es gibt für die SPD keinerlei Vorfestlegung“, sagte Sellering vergangene Woche kurz vor Beginn der vertraulichen Runden. „Es sollen gleichberechtigte Gespräche mit beiden möglichen Partnern geführt werden. Wir wollen mit beiden sehr ernsthaft ausloten, wie wir das Land in den kommenden Jahren gemeinsam weiter voranbringen können.“

Bundespolitische Themen Wie sich die SPD letztlich entscheidet, war zunächst noch nicht abzusehen. CDU und Linkspartei führen bei der Abstimmung jeweils ihr schlechtestes Wahlergebnis seit der Neugründung des Bundeslandes im Jahre 1990

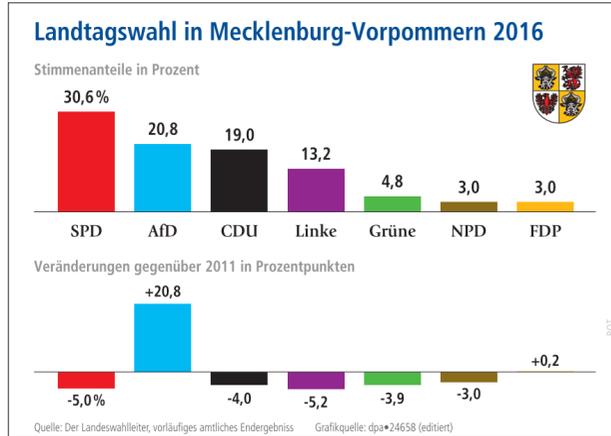
ein. Gleichwohl haben sich beide zu Gesprächen mit der SPD bereit erklärt. Am meisten Beachtung fand am Wahltag der Erfolg der rechtskonservativen Alternative für Deutschland (AfD), die mit 20,8 Prozent der Stimmen auf Anhieb den Sprung in den Landtag schaffte und nun die zweitstärkste Fraktion im Parlament stellt. AfD-Spitzenkandidat Leif-Erik Holm freute sich, dass es „wieder eine richtige Opposition im Landtag gibt“. Er machte kein Hehl daraus, dass es bundespolitische Themen waren, die der AfD zum Erfolg verhalfen. Der Wahlsieg könnte der „Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Merkels“ gewesen sein, mutmaßte Holm. Es war nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) selbst, die die Bedeutung der Landtagswahl für die Bundespolitik einräumte. Sie übernahm die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik, ohne sie allerdings – so wie etwa die CSU und auch zum Teil die SPD – in der jetzigen Form infrage zu stellen. Die Linkspartei haderte derweil damit, nicht mehr die führende Oppositionspartei zu sein. Ihr stellvertretender Parteivorsitzender Peter Ritter sprach von einem „Demokratiedefizit“, wenn sämtliche im Landtag vertretenen Parteien derart hohe Verluste hinnehmen müssten. Ähnlich äußerte sich Silke Gajek, Spitzenkandidatin von Bündnis90/Die Grünen. Abzusehen ist, dass SPD, CDU und Linkspartei den sogenannten Schweriner Weg

gegenüber der AfD nicht fortsetzen werden, auch wenn sie die Parlamentsneulinge als zumindest „rechtspopulistisch“ argwöhnisch beäugen. Schweriner Weg wurde das Procedere genannt, mit dem die anderen Fraktionen seit 2006 auf Anträge der NPD reagierten, um den Neonazis nicht mehr parlamentarische Öffentlichkeit als unbedingt nötig zu ermöglichen. Das hieß etwa, dass auf NPD-Anträge nur ein Redner

der anderen Fraktionen antwortete. Künftig will jede Fraktion ihren Standpunkt zu AfD-Anträgen darstellen. Laut dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kam die CDU bei der Wahl auf 19,0 und die Linkspartei auf 13,2 Prozent. Die Grünen schied mit 4,8 Prozent nach einer, die NPD mit 3,0 Prozent nach zwei Legislaturperioden aus dem Landtag aus. Die FDP verpasse mit 3,0 Prozent der

Stimmen nach fünf Jahren Abstinenz die Rückkehr ins Parlament (siehe Grafik). Die Wahlbeteiligung lag mit 61,6 Prozent um 10,1 Prozentpunkte höher als 2011. Im neuen Landtag erhält die SPD 26 der insgesamt 71 Sitze. Die AfD ist mit 18 Abgeordneten vertreten, die CDU mit 16 und die Linkspartei mit elf Sitzen. Neben den AfD-Abgeordneten ziehen 14 weitere Parlamentsneulinge in das Schweriner Schloss. Alle SPD-Abgeordneten gewannen in ihren Wahlkreisen das Direktmandat. Die CDU errang nur noch sieben der insgesamt 36 Direktmandate. Sie musste unter anderem drei Wahlkreise im bislang christdemokratisch dominierten Osten des Landes an die AfD abgeben. Ein weiteres Direktmandat verlor die CDU in Vorpommern an die SPD. Das beste Direktwahlergebnis holte Sellering mit 47,1 Prozent in Schwerin. Der neue Landtag wird sich am 4. Oktober im Schweriner Staatstheater konstituieren. Er muss in das Theater ausweichen, weil im Schloss derzeit für 27 Millionen Euro ein neuer Plenarsaal eingebaut wird. Das Konzertfoyer des Theaters hinter dem Theatersaal hat eine „politische“ Geschichte. Zwischen 1919 und 1934 kam hier der Landtag von Mecklenburg-Schwerin zusammen, bis er von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde. **Andreas Frost** ■

Der Autor ist freier Journalist in Schwerin.



FÜNF FRAGEN ZUM: WAHLERFOLG DER AfD



Jochen Müller ist Professor für politische Soziologie an der Universität Greifswald.

Herr Müller, die AfD ist nun in neun Landesparlamenten vertreten, wie ist denn deren parlamentarische Arbeit einzuschätzen?

Aus dem Programm ergeben sich nicht unbedingt konkrete Gesetzesvorhaben. Viele AfD-Abgeordnete sind auch politische Neulinge. Die parlamentarischen Regeln müssen sie erst lernen. Ich denke aber, dass sie die parlamentarische Arbeit ernst nehmen und sich Gehör verschaffen wollen über Reden und Anträge. So können sie andere Parteien zwingen, sich mit ihren Themen auseinanderzusetzen.

Wie ist der Erfolg dieser Partei zu erklären und wie nachhaltig wird das sein?

Es greift zu kurz, wenn man den Erfolg der AfD nur auf die Flüchtlingskrise zurückführt. Die Wähler der AfD sind in vielen Bereichen klar anders als Wähler anderer Parteien. Aktuelle Forschungen zeigen, dass die Wähler der AfD generell konservativer sind, etwa in der Familien- oder Innenpolitik. Diese Themen werden von der AfD jedoch oft verbunden mit

der Flüchtlingsfrage, aber es gibt auch andere Aspekte, wie etwa die Haltung zur europäischen Integration. Wir sehen bei AfD-Wählern auch, dass sie skeptisch sind gegenüber dem Funktionieren der Demokratie. Das schließt nicht nur die Parteien und das Parlament ein, sondern etwa auch die Medien. Selbst wenn das Flüchtlings- oder Islam-Thema in einigen Jahren weniger dominant im Wahlkampf wäre, ist davon auszugehen, dass diese Partei über Wähler verfügt, die sich auch aufgrund anderer politischer Übereinstimmungen für die AfD entscheiden.

Könnten die etablierten Parteien mit der AfD kooperieren?

Es gibt bei der AfD große regionale Unterschiede, das heißt, eine Kooperation ist vielleicht in anderen Teilen Deutschlands eher möglich als im Nordosten. Das bleibt aber abzuwarten. In den CDU-Fraktionen in den Landtagen besteht aber einfach inhaltlich kaum die Möglichkeit, mit der AfD zusammenzuarbeiten, unabhängig davon, ob man die Par-

tei mag. Die AfD steht in vielen Fragen so weit rechts, dass es nicht dem entspricht, was die CDU möchte. Es ist aber definitiv verkürzt, die AfD mit rechtsextremen Parteien gleichzusetzen. Das verharmlöst aus meiner Sicht die NPD massiv.

Wie bewerten Sie die gestiegene Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern?

Interessant ist, dass die AfD nicht nur eigene Wähler motiviert. Die Verdeutlichung klarer Konflikte trägt dazu bei, dass Menschen wählen gehen. In vielen großen Fragen gibt es derzeit Konsens, auch bei den Parteien im Bundestag. Wenn man die Fundamentalkritik der AfD problematisch findet, muss man sich bewusst machen, dass die Partei Symptom dieser Skepsis gegenüber der Demokratie ist.

Zieht die AfD 2017 auch in den Bundestag ein?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand dagegen wettet.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld.

Müller will aus Wowereits Schatten

BERLIN Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Hohe Mieten sind ein wichtiges Thema

Spannung verspricht auch die Neuwahl des Berliner Abgeordnetenhauses am kommenden Sonntag. Mitten in der Flüchtlings- und Flughafenkrise muss sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller, der das Amt im Dezember 2014 von dem langjährigen Regierungschef Klaus Wowereits (beide SPD) übernommen hatte, erstmals selbst den Wählern stellen. Rund 2,5 Millionen Einwohner, darunter 70.000 Erstwähler, sind aufgerufen, die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses sowie auch die zwölf Bezirksversammlungen neu zu bestimmen. Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap für die ARD liegen die Sozialdemokraten mit 21 Prozent knapp vor ihrem Bündnispartner CDU (19 Prozent) mit Spitzenkandidat und Innensenator Frank Henkel, den Grünen (16 Prozent), und den Linken (15 Prozent). Allerdings ist die künftige Zusammensetzung des Landesparlaments noch mit Fragezeichen versehen. Vor allem das Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) wird nach dem fulminanten Erfolg jüngst in Mecklenburg-Vorpommern mit Spannung verfolgt, könnte es doch auch in der Hauptstadt das politische Farbenspektrum deutlich verändern. Die AfD wird in dem

aktuellen Stimmungstest mit 15 Prozent gehandelt, was die Regierungsbildung nicht einfacher machen würde, weil die rechtskonservative Partei weder für die SPD noch für die CDU als Koalitionspartner infrage käme. Die FDP ist wieder ein politischer Wackelkandidat, verbessert sich laut Umfrage aber auf fünf Prozent und würde damit die Spermarke knapp überwinden. Derzeit ist die FDP nicht im Parlament vertreten. Die Piraten, die sich vor allem dem digitalen Wandel in der Informationsgesellschaft verschrieben haben und einst auf einem politischen Siegeszug

durch Deutschland zu sein schienen, sind in Umfragen inzwischen völlig abgeschlagen. In einer INSA-Umfrage von Anfang August kamen sie auf drei Prozent, aktuell spielen sie gar keine Rolle mehr. Der Wiedereinzug der Partei in das Berliner Landesparlament wäre eine Überraschung. Das Abgeordnetenhaus wird alle fünf Jahre neu gewählt, zuletzt 2011. Das Parlament umfasst mindestens 130 Abgeordnete, in der aktuellen Wahlperiode verteilen sich 149 Sitze auf fünf Fraktionen, ein Abgeordneter ist fraktionslos. Auf die SPD entfallen derzeit 46 Sitze, auf die CDU 39, auf die Grünen 29 und auf die Linke 19. Ferner ist die Piratenpartei mit 15 Parlamentariern vertreten. Die rot-schwarze Regierungskoalition ist zuletzt oft aneinander geraten und in der Bevölkerung nicht sehr beliebt. Müller hat eine rot-rot-grüne Koalition ins Spiel gebracht, sollte es nach der Wahl für ein Zwei-Parteien-Bündnis nicht reichen. Ein rot-grünes Bündnis wäre dem SPD-Spitzenkandidaten lieber. Nach der aktuellen ARD-Umfrage würde jedoch eine Zweierkonstellation nicht für eine Mehrheit reichen. Damit wäre auch eine Fortsetzung der jetzigen Koalition nicht möglich. Neben der Flüchtlingskrise mitsamt dem lange überforderten Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) sowie dem Debakel um den Hauptstadtflughafen BER sind im Wahlkampf auch die steigenden Mieten, die Bandenkriminalität, die Straßeninfrastruktur und die Bildung wichtige Themen. **pk** ■



Regierender Bürgermeister Müller (SPD)





Brauchen wir eine neue Einlagensicherung, die riskantes Handeln fördert?

Vertrauen verträgt kein Fragezeichen.

Für Stabilität. Für Sicherheit.
Für die Zukunft unserer Wirtschaft.

Wir sind das Land der Sparerinnen und Sparer – weil wir uns auf sichere Guthaben verlassen können. Doch dieser Standard ist bedroht durch die geplante zentrale Einlagensicherung der EU: In Zukunft sollen die Finanzmittel, die deutsche Kreditinstitute heute zur Absicherung ihrer eigenen Kunden bereitstellen, auch die Risiken fremder Banken abdecken. Die deutsche Wirtschaft stellt sich diesem Plan entgegen. Denn wer das Vertrauen der Sparer schwächt, der setzt die Stabilität der gesamten Wirtschaft aufs Spiel.

damit-sicher-sicher-bleibt.de #sicherbleibtsicher

**DAMIT SICHER
SICHER BLEIBT**

INITIATIVE DER
DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
FÜR EINE WIRKSAME
EINLAGENSICHERUNG.



AUFGEKEHRT

Die Mass bleibt leer

Nicht eine blickdichte Burka, sondern ein Hauch von Nichts verhüllt dieser Tage die Spannungen zwischen der bayrischen CSU-Spitze und der Spitze der Rest-Union. Nach der Wahlklatsche für die Union in Mecklenburg-Vorpommern muss sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ob der Kritik von CSU-Parteichef Horst Seehofer und Konsorten ein dickes Fell – besser vielleicht gleich einen Burkini – zulegen. Und nun auch noch das: Bisher, so berichten es zumindest Medien, hat die Kanzlerin noch keine Einladung zum CSU-Parteitag Anfang November erhalten. Gibt es etwa eine Obergrenze für die Bestuhlung am Veranstaltungsort? Streikt der Drucker? Haben die Christsozialen keine aktuelle Adresse der Kanzlerin? Oder ist es eher das Prinzip „Kindergeburtstag in der Trotzphase: Die mag ich nicht, die lade ich nicht ein“? Man weiß es ja nicht, aber man hört, dass Parteichef Seehofer – so wird er zitiert – ein „Theater wie im letzten Jahr“ vermeiden wolle. Dabei fand das im vergangenen Jahr auf dem CSU-Parteitag uraufgeführte Zwei-Personen-Stück „Standpauke für die Kanzlerin, oder: Das Horst'sche Gericht“ bundesweit Beachtung. Am Münchener Residenztheater erblasen sie vor Neid. Wenn kein Gruppenbild mit Dame in der Landeshauptstadt, kommt dann Seehofers One-Man-Show? Die Lage scheint ernst. So ernst gar, dass der bayerische Regionalfürst nicht nur kurzfristig eine Reise in Putins Zarenreich absagte, nein, Bayerns oberster besorgter Bürger verzichtete gar darauf, dass Oktoberfest in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin zu eröffnen. Die Mass bleibt leer, denn das Maß ist voll, soll das wohl heißen. *Sören Christian Reimer*

VOR 30 JAHREN...

Embargo gegen Apartheid

16.9.1986: Streit um Wirksamkeit Wirtschaftssanktionen sind ein beliebtes Mittel, um Druck auf Regime auszuüben, deren Politik das Völkerrecht verletzt, den Frieden bedroht oder Menschenrechte mit Füßen tritt. Dennoch gibt es immer wieder Streit über die Wirksamkeit von Sanktionen. Das ist heute bei den Maßnahmen gegen Russland wegen der Krim-Krise so. Und so



Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) 1986

war es schon 1986, als sich die EG-Außenminister am 16. September auf Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika verständigten: Im Bundeskabinett stießen die Beschlüsse nicht auf ungeteilte Zustimmung. In Brüssel einigten sich die Außenminister auf Einfuhrverbote für Eisen, Stahl und Goldmünzen. Neuinvestitionen in dem Land wurden untersagt. Noch am selben Abend bezweifelte Kanzler Helmut Kohl (CDU) die Wirksamkeit der Beschlüsse. Die Bundesregierung habe den Maßnahmen lediglich zugestimmt, weil die Bundesrepublik Teil der Gemeinschaft sei, was eine „Pflicht zum Miteinander“ bedinge, erklärte er. Das Embargo auf Kohle auszuweiten – wie von einigen gefordert – erteilte er eine Absage. Zehntausende Arbeitsplätze von schwarzen Südafrikanern würden so gefährdet. Am 17. September billigte das Kabinett zwar die Sanktionen. Allerdings nicht einstimmig. Und Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) ließ wissen: „Wirtschaftliche Sanktionen sind Unsinn.“ Die Opposition befürwortete Sanktionen dagegen – und wollten sie sogar verschärfen. Doch entsprechende Anträge von SPD und Grünen fielen eine Woche später im Bundestag durch. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: »TAG DER EIN- UND AUSBLICKE« IM BUNDESTAG



Über den roten Teppich am Plenarsaal des Deutschen Bundestag vorbei: Beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ am 4. September 2016 nahmen zehntausende Besucher die parlamentarischen Abläufe unter die Lupe. © Deutscher Bundestag/Marco Urban/ photothek.net

Internationales Lob für die Offenheit

Auf dem Flur des Reichstagsgebäudes hat sich eine lange Schlange gebildet. Es sind keine Abgeordneten, sondern Besucher. Sie warten, bis sie an der Reihe sind, um hinter das Rednerpult des Bundestages zu treten. Dort posiert gerade eine Frau hinter den Mikrofonen und vor der aufgebauten Fotokamera. Ein junger Mann, der sein Foto schon bekommen hat, präsentiert es stolz seiner Familie. Es ist der „Tag der Ein- und Ausblicke“. Schon zum 13. Mal öffnet das Parlament seine Türen für die Öffentlichkeit. Jedes Jahr nutzen Zehntausende die Gelegenheit, parlamentarische Abläufe genau unter die Lupe zu nehmen: Was ist Ausschussarbeit? Wie wird der Bundeshaushalt aufgestellt? Wo kann man sich über die Arbeit des Parlaments informieren? Antworten auf diese Fragen gibt es an Ständen, in zahlreichen Filmen, Kurzvorträgen und Führungen – oder auch im direkten Gespräch mit den gewählten Abgeordneten sowie Mitarbeitern der Fraktionen und der Bundestagsverwaltung. Das kommt an: „Ich habe heute gelernt, was eine Petition ist“, erzählt die zwölfjährige Melissa Czogalla. „Außerdem ist die Spielecke toll“, sagt die Berliner

Schülerin, die mit ihrer Mutter Christina schon das dritte Mal dabei ist. Besucher erkunden an diesem Tag nicht nur das Reichstagsgebäude mit Plenarsaal, Fraktionsebene und Kuppel. Sie strömen auch durch das Paul-Löbe-Haus, in dem die Ausschüsse tagen. In luftiger Höhe gelangen sie über den Verbindungsteg über der Spree weiter ins Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Dort präsentieren sich Parlamentsbibliothek und -archiv sowie die Pressedokumentation. „Das Programm ist richtig zum Anfassen gemacht“, meint Studentin Anja Klaus (27) aus Leipzig. Besonders beeindruckt habe sie, einmal im Plenarsaal zu stehen. „Sonst kennt man den ja nur aus dem Fernsehen“, sagt sie. Auch der Lehrer Klaus Röhrig (50) aus Berlin ist begeistert. Er hat sich mit Informationsbroschüren für seine Willkommensklasse eingedeckt. Gerade kommt er aus einer Architekturführung zum „Band des Bundes“. Sein Resümee: „Sehr eindrucksvoll! Die moderne Architektur ist wirklich repräsentativ für den Ort, an dem die Demokratie jeden Tag gestaltet wird.“ Sein Begleiter schaltet sich ein: „Es ist alles sehr schön, aber ein bisschen grau. Etwas mehr Far-

be dürfte es sein“, findet Harald Süßenbach (50), der aus Nürnberg zu Besuch gekommen ist. Gäste aus anderen Ländern heben die Offenheit des Bundestags hervor. „Für mich ist das etwas ganz Neues. In meinem Heimatland kann man die Arbeit der Fraktionen und Ausschüsse nicht auf diese Weise kennenlernen“, sagt Zirahuén Villamar (36) aus Mexiko-Stadt. Der Doktorand der Politikwissenschaft schwärmt von der Führung durch das Parlamentsarchiv und freut sich darüber, dass es auch reichlich Informationsmaterial in spanischer Sprache gibt. Auch der 75-jährige Juan Carlos Romero-Abreu aus Spanien ist angetan. „Dieser Tag trägt dazu bei, Klarheit und Transparenz der Politik herzustellen“, findet der ehemalige Stadtrat aus Cádiz. Für Zhou (29) aus China ist es der erste Besuch in einem Parlamentsgebäude. Sie ist für einen einmonatigen Sprachaufenthalt in der Hauptstadt. „Ich habe richtig Glück gehabt!“, sprudelt es aus ihr heraus. „Vor fünf Jahren habe ich in Deutschland studiert und wollte damals auf die Reichstagskuppel, aber sie war gesperrt. Da will ich jetzt unbedingt rauf!“, sagt sie und hastet weiter. *Eva Bräth*

LESERPOST

Zur Ausgabe 35-36 vom 29. August 2016, Sonderthema „Vertrauen“: Das in der letzten Ausgabe diskutierte Vertrauensproblem liegt meiner Meinung nach auch an der politischen Bildung. In der Schule wird der kritische Umgang mit Medien und der Politik gelehrt. Dadurch kann es dazu kommen, dass junge Menschen der Politik und den Medien mit geringem Vertrauen gegenüberstehen. Zwar soll der Unterricht die Schüler dazu motivieren, eine demokratische und kritische Grundeinstellung zu entwickeln. Jedoch schafft er zugleich nur ein geringes Vertrauen in die Institutionen unserer Demokratie. Die Bedeutung dieser Institutionen und der Medien geht leider häufig verloren. *Julius Schölkopf per Mail*

Sehr klug haben Sie gezielt zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die Zeitung dem Thema Vertrauen gewidmet. Eben das Vertrauen in die Politik fehlte den Wählern bei dieser Wahl. Die Wähler wanderten von den etablierten Parteien, denen sie so lange vertrauten, ab zur AfD. Das geschah offensichtlich nicht, weil sie das Programm der AfD so überzeugend fanden, sondern aus Enttäuschung über die vertrauten Parteien. Man fragt sich vergeblich, welche politischen Alternativen die Wähler bei der AfD erwarteten. In die Politik der Regierungsparteien und ebenso in die Medien („Lügenpresse“) haben sie jedenfalls das Vertrauen verloren. Damit fehlt unserer Demokratie eine entscheidende Grundlag. Als Christ möchte ich mit Paulus sagen: Werdet wie die Kinder – aber nicht kindisch, sondern habt Vertrauen (dazu der gute Artikel in derselben Ausgabe „Glaube

als Geschenk“). Die Schicksalsfrage lautet daher: Wie gewinnen die Parteien das Vertrauen zurück? *Dieter Scheven per Mail*

Zur Ausgabe 36-36 vom 29. August 2016, Beilage „Leicht erklärt!“: Zunächst danke ich Ihnen für die Beilage „Leicht erklärt!“. Zur Ausgabe „Vertrauen“ habe ich jedoch eine Anmerkung. Darin werden zwei Ansätze genannt, mit denen man einer Vertrauenskrise begegnen kann: Volksbefragungen und „mehr mit Menschen reden“. Ein wesentliches Argument fehlt aus meiner Sicht: eine selbstkritische Einstellung von Politikern. Psychologen sagen, dass das Eingeständnis von Fehlern beziehungsweise Fehlentscheidungen in der Regel mehr Vertrauen

schafft als das Beharren auf Fehlentscheidungen und deren Folgen. *Dieter Schneider per Mail*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. September.

PANNENMELDER

Im Beitrag „Mehr als eine Episode“ in der Ausgabe 33-34 vom 15. August wird Dirk Seifert irrtümlich die falsche Funktion zugeordnet. Er war ehemals Energiereferent von „Robin Wood“, ist es jetzt aber nicht mehr.

Im Beitrag „Profiteure des Misstrauens“ in der Ausgabe 35-36 vom 29. August heißt es im Stichwort-Kasten, dass die meisten AfD-Abgeordneten im Europäischen Parlament der Fraktion „Europäische Konservative und Reformen“ angehören. Tatsächlich sind keine AfD-Vertreter mehr Mitglied der EKR-Fraktion.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 19. –23.9.2016

Bundesverkehrswegeplan 2030 (Do), CETA-Abkommen (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Josef Hofmann †
Bundestagsabgeordneter 1965-1969, CDU
Am 13. August starb Josef Hofmann im Alter von 89 Jahren. Der Mainzer Rechtsanwalt, CDU-Mitglied seit 1952, amtierte von 1961 bis 1985 als 1. Bürgermeister seiner Heimatstadt. Hofmann gehörte dem Haushaltsausschuss an.

>Manfred Schmidt †
Bundestagsabgeordneter 1969-1990, SPD
Manfred Schmidt starb am 21. August im Alter von 80 Jahren. Der Rechtsanwalt aus München trat 1957 in die SPD ein. Im Bundestag engagierte er sich vorwiegend im Rechtsausschuss. Von 1973 bis 1979 war Schmidt zugleich Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Peter Zumkley
Bundestagsabgeordneter 1987-1991, 1994-2002, SPD
Peter Zumkley vollendet am 17. September sein 80. Lebensjahr. Der Oberst der Bundeswehr wurde 1969 SPD-Mitglied und war von 1991 bis 1993 Senator und Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund. Der Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Wandsbek arbeitete vorwiegend im Verteilungsausschuss mit.

>Barbara Weiler
Bundestagsabgeordnete 1987-1994, SPD
Barbara Weiler wird am 17. September 70 Jahre alt. Die kaufmännische Angestellte aus Fulda schloss sich 1970 der SPD an und gehörte von 1991 bis 1995 dem hessischen Landesvorstand an. Sie wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1994 bis 2013 war Weiler Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Ludolf-Georg von Wartenberg
Bundestagsabgeordneter 1976-1990, CDU
Am 22. September wird Ludolf-Georg von Wartenberg 75 Jahre alt. Der promovierte Volkswirt trat 1967 der CDU bei und gehörte von 1970 bis 1976 dem niedersächsischen Landtag an. Von 1987 bis 1989 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft. Wartenberg arbeitete im Finanzausschuss mit.

>Dieter Wiefelspütz
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, SPD
Dieter Wiefelspütz wird am 22. September 70 Jahre alt. Der Richter aus Lünen schloss sich 1972 der SPD an. Von 1990 bis 1998 stand der Direktkandidat des Wahlkreises Hamm – Unna II an der Spitze des Wahlprüfungsausschusses. Der langjährige innenpolitische Sprecher seiner Fraktion gehörte seit 1998 dem Innenausschuss an.

>Margitta Terborg
Bundestagsabgeordnete 1980-1998, SPD
Margitta Terborg begeht am 23. September ihren 75. Geburtstag. Die Sozialpädagogin, SPD-Mitglied seit 1965, war von 1967 bis 1981 Stadträtin in Nordenham und von 1976 bis 1980 Bürgermeisterin. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Delmenhorst-Wesermarsch-Oldenburg-Land arbeitete im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen und im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Alwin Brück
Bundestagsabgeordneter 1965-1990, SPD
Alwin Brück vollendet am 23. September sein 85. Lebensjahr. Der Journalist aus Heusweiler b. Saarbrücken trat 1952 der SPD bei und gehörte von 1960 bis 1989 dem Landesvorstand Saar an. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1974 bis 1982 engagierte sich überwiegend im gleichnamigen Ausschuss, dessen Vorsitz er von 1969 bis 1974 inne hatte.

>Roswitha Wisniewski
Bundestagsabgeordnete 1976-1994, CDU
Roswitha Wisniewski begeht am 23. September ihren 90. Geburtstag. Die Universitätsprofessorin aus Heidelberg schloss sich 1972 der CDU an, gehörte von 1986 bis 1990 dem Bundesvorstand der Frauenunion an und war Mitglied des CDU-Landesvorstands Baden-Württemberg. Wisniewski engagierte sich zuletzt im Innenausschuss.

>Gisela Frick
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, FDP
Gisela Frick wird am 23. September 70 Jahre alt. Die Juristin und Professorin an der Fachhochschule Ludwigsburg trat 1988 der FDP bei. Im Bundestag saß sie im Finanzausschuss sowie im Sonderausschuss Maßstabgesetz/Finanzausgleichsgesetz.

>Heidemarie Lüth
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, PDS
Heidemarie Lüth wird am 24. September 70 Jahre alt. Die Diplom-Lehrerin aus Leipzig trat 1975 der SED und 1990 der PDS bei. Von 1990 bis 1994 war sie Stadtverordnete in Leipzig. Lüth saß im Familienausschuss sowie im Petitionsausschuss, dessen Vorsitzende sie von 1998 bis 2002 war. *bmh*

SEITENBLICKE



Prof. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Zum Gedenken an Walter Scheel



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Am 24. August verstarb in Bad Krozingen Bundespräsident Walter Scheel im bemerkenswerten Alter von 97 Jahren. Wir gedenken mit großem Respekt und mit Dankbarkeit des überzeugten Liberalen, des geschätzten Ministers und des beliebten Bundespräsidenten und hier im Bundestag insbesondere des überzeugten Parlamentariers. Sein politischer Lebensweg führte über alle parlamentarischen Ebenen: von der Kommunalvertretung und der Landesebene in den Bundestag und als Abgeordneter schließlich auch in das Europäische Parlament. In den Bundestag zog er 1953 erstmals ein und verließ ihn erst 1974 wieder, um sein Amt als Staatsoberhaupt in der Villa Hammerschmidt anzutreten. In den Jahren der ersten Großen Koalition, in denen es naturgemäß auch darum ging, die parlamentarischen Rechte der Minderheit zu wahren, nicht zuletzt angesichts einer damals lautstarken außerparlamentarischen Opposition, amtierte er als Vizepräsident des Bundestages. In der Sitzungsleitung bewies Walter Scheel, was später auch seine Präsidentschaft auszeichnete: Liberalität, Ausgewogenheit und Durchsetzungsvermögen. Walter Scheel prägte die zutiefst demokratische Maxime: „Opposition ist das Salz in der Suppe der Demokratie.“ Wer von Ihnen, von uns, alt genug ist, sich Bilder von Begegnungen mit Walter Scheel vor Augen zu führen – soweit ich sehe, wird das hier im Hause nur der Kollege Schäuble können, der als Parla-

mentsneuling ab 1972 Walter Scheel auf der Bonner Regierungsbank beobachten konnte –, wer Fernsehbilder von Walter Scheel vor Augen oder seine Stimme im Ohr hat, wird sich der heiteren Selbstgewissheit entsinnen, die Walter Scheel auszustrahlen vermochte.

Es verwundert indes nicht, dass die von Hans-Dietrich Genscher herausgegebenen Reden Scheels sehr bewusst den Titel Heiterkeit und Härte tragen. Denn die noch junge Bundesrepublik war in den Jahren, in denen Walter Scheel sie als Vizekanzler und Außenminister entscheidend mit geprägt hat, bemerkenswerten politischen Richtungswechseln und Turbulenzen ausgesetzt, nicht zuletzt dem Terror der sogenannten Roten-Armee-Fraktion.

Ausgesprochen harte Auseinandersetzungen, auch und gerade im Parlament, wurden um die neue, auf eine Verständigung zwischen Ost und West ausgerichtete Ostpolitik geführt, in denen Walter Scheel eine bedeutende Rolle einnahm – und die es ohne ihn und seine als Parteivorsitzender der FDP damals geradezu tollkühne Entscheidung, nach einer spektakulären Wahlniederlage seiner Partei eine Koalition mit der SPD unter Führung Willy Brandts einzugehen, so gar nicht gegeben hätte.

Dem erbitterten wie sachgerechten Streit zum Trotz strahlte die Persönlichkeit Scheels – dank seiner Prinzipienfestigkeit, seinem Mut zur Modernisierung und seiner Zielstrebigkeit – Zuversicht und Lebensfreude aus: eine imponierende Grundhaltung.

Der Deutsche Bundestag wird Walter Scheel, der sich um unser Land und unsere Demokratie verdient gemacht hat, ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Gedanken sind bei seiner Witwe und seinen Kindern. Wir sprechen allen Angehörigen des ehemaligen Bundespräsidenten unser tief empfundenes Mitgefühl aus. Ich danke Ihnen.

Die Anwesenden nehmen Platz.

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Die Fixierung auf das Dogma der »Schwarzen Null« ist falsch



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir behandeln heute den letzten Haushalt in dieser Legislatur bzw. den letzten Haushalt der Großen Koalition, und wir haben, glaube ich, in einer Frage einen ganz großen Konsens: Jeder hier im Haus will, dass diese Große Koalition möglichst beendet wird. Ich finde, das ist ein solider Ausgangspunkt. Am Sonntag hat Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Es gibt ein Signal: Berlin, wir haben ein Problem! Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle hier im Haus haben ein Problem, und niemand sollte versuchen, das anderen zuzuschieben.

Wenn einer in besonderer Weise hier Verantwortung hat, dann ist das jemand, der nicht dem Parlament angehört, nämlich Horst Seehofer. Er hat zu diesem Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern wirklich sehr viel beigetragen.

Ich habe gestern viel darüber gehört, wie gut es uns geht, und ich habe viel von den tollen Taten der Großen Koalition gehört.

Ja, uns geht es gut, gar keine Frage. Aber eines ist auch klar: Die Verunsicherung in unserem Land war noch nie so groß. Jahrzehntlang war es völlig normal, dass der Satz galt: Unseren Kindern soll und wird es einmal besser gehen. – Jetzt haben wir eine andere Situation.

„Ganze Gruppen, ganze Regionen interessieren euch nicht“, habe ich in meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern gehört. Und: „Ihr hört uns nicht mehr zu.“ Der soziale Zusammenhalt in unserem Land ist gefährdet. Das hat auch

mit Ihrer Politik zu tun. Sie haben den sozialen Zusammenhalt eben nicht im Blick. Sie regieren hier visionlos. Wenn ich mir nur das anschauen, was im letzten Sommerkino abgelaufen ist, könnte ich die gesamte Redezeit damit verbringen, darüber zu berichten.

Und es geht ja aktuell weiter. Herr Gabriel sagt, dass TTIP gescheitert ist. Die Kanzlerin sagt, dass TTIP wunderbar ist. Minister Schäuble fordert den Rücktritt eines anderen Ministers, nämlich den von Herrn Maas.

Was ist denn das für eine Koalition? Frau Merkel, mich würde einmal interessieren, ob Sie wirklich diese Koalition zu Ende bringen wollen. Das können Sie hier als nächste Rednerin nach mir ja sagen. Sie haben die Verunsicherung verstärkt. Auf der anderen Seite sagen viele Menschen: Es ändert sich ja nichts. – Deutschland wird nicht von Zuversicht, sondern von Angst regiert.

Es gibt kein einziges wirkliches Reformvorhaben für das nächste Jahr. Sie verwalten und gestalten nicht, meine Damen und Herren. Aber demokratische Politik muss Chancen erhöhen. Diese Koalition schafft genau das nicht.

Es ist zweifelsfrei so, dass wir große Herausforderungen haben: das Drama des Syrien-Krieges, die Flüchtlinge, den Terror des IS, zerfallende Staaten im Nahen Osten, den Brexit, die Euro-Krise, die Ukraine-Krise, die Attentate des Sommers, Globalisierung und Digitalisierung, die ungeheuer schnellen Veränderungen. Das sind Riesenherausforderungen. Wir haben auf der anderen Seite aber auch das Engagement von ganz vielen in unserem Land. Und diese brüskieren Sie mit einer Politik, die Ängstlichkeit ausstrahlt. Wo Geradlinigkeit, Besonnenheit und Sachlichkeit notwendig sind, herrscht bei Ihnen Panikmache und teilweise eben Hetze. Wo ist denn der Unterschied, wenn Herr Gauland Herrn Boateng nicht als Nachbarn haben will und Herr Söder sagt, Özil solle keinen Elfmeter mehr schießen? Erklären Sie mir einmal den Unterschied. Wir alle haben gesehen, dass die

Flüchtlinge das Thema waren. Aber mit Ihrem Hin und Her auf diesem Gebiet, wo Haltung gefragt ist, verunsichern Sie die Menschen. Der Grundsatz muss doch sein: Flüchtlinge sind die Botschafter der Kriege und des Elends dieser Welt. – Es darf einfach nicht sein, dass die Überschrift „Fluchtursachen bekämpfen“ zu einer Farce wird. Ich habe heute früh gelesen, dass UNICEF sagt, 28 Millionen Kinder seien auf der Flucht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind. Das muss uns doch alle beunruhigen. Dies ist doch eine Aufgabe für uns.

Und was machen Sie? Sie exportieren weiter Waffen in hoher Größenordnung. Die Rüstungsexporte sind von 2014 bis 2015 auf 7,86 Milliarden Euro verdoppelt worden. 2015 wurden mehr Genehmigungen erteilt. Das betraf auch Länder wie Katar – dabei ging es um Kampfpanzer –, Saudi-Arabien und ähnliche. Deutschland liefert sogar Waffen in akute Kriege. Unter den größten Kunden befinden sich Golfstaaten, die seit über einem Jahr einen blutigen Krieg im Jemen führen. Sie machen sich damit mitschuldig. Sie produzieren neue Flüchtlingsströme. Es ist blutiges Geld, das da verdient wird.

Ich nenne Ihnen zu Fluchtursachen ein einfaches Beispiel: In meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gibt es relativ viele Bauern. Der Milchpreis wird dort runtergepresst. Die Bauern können dort kaum davon leben

Deutschland aber exportiert Milchpulver nach Afrika. Wir ma-

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

chen die Lebensgrundlagen der Menschen dort kaputt und wundern uns, dass sie dann ihre Länder verlassen. Wir müssen eine andere Ordnung der Weltwirtschaft erreichen.

Es ist ja gut, dass die Ausgaben im Entwicklungsetat steigen. Ja, das ist eine richtige Entscheidung. Es ist aber zu spät, es ist zu wenig und immer noch weit weg von dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungspolitik auszugeben.

Das Allerschlimmste auf diesem Feld ist allerdings, dass Sie sich mit dem Flüchtlingsdeal in Abhängigkeit von Herrn Erdogan begeben haben. Spätestens nach dem Militärputsch wurden in der Türkei Demokratie und Rechtsstaat faktisch abgeschafft. Pressefreiheit? In Redaktionen wurde regelrecht einmarschiert. Journalisten wurden willkürlich verhaftet.

Reaktion? Nahezu null! Die Frauenrechte werden mit Füßen getreten. Reaktion? Nahezu null! Die Türkei war über Jahre ein Transitland des Terrorismus, hat mit dem IS Geschäfte gemacht und tut das vielleicht noch heute. Reaktion? Nahezu null!

Aktuell überschreiten türkische Panzer die syrische Grenze und agieren dort brutal gegen Kurdinnen und Kurden. Der IS hatte sich im Übrigen zuvor zurückgezogen. Seltsam, dass der IS das gewusst hat. Dabei wird gegen die Kurden von YPG vorgegangen, die den Massenmord an den Jesiden verhindert haben. Reaktion? Nahezu null! Das kann doch nicht wahr sein. Ein Wort der Kritik? Fehlange! Das geht doch nicht, meine Damen und Herren.

Nun gibt es einen handfesten Skandal, bei dem auch um Menschenrechte geschachert wird. Wir haben hier eine Armenien-Resolution verabschiedet – ich bedanke mich ausdrücklich bei den mutigen elf türkischstämmigen Abgeordneten aus allen Fraktionen –, und dann wird diese von der Bundesregierung relativiert.

Es gibt ein planmäßiges Herumeiern des Regierungssprechers. Die Formulierungen sind mit der Türkei abgestimmt. Das ist doch offensichtlich ein Deal. Die Türkei begrüßt das. Wir dürfen dann noch einmal niederknien. Nun dürfen sogar Abgeordnete nach Incirlik fahren.

Das ist ein demokratischer Offenbarungseid.

Im Kern geht es doch um etwas ganz anderes. Es geht um ein neues Bundeswehrmandat für AWACS. Wir fordern: Ziehen Sie die Soldaten aus der Türkei ab! Das wäre eine richtige Maßnah-

me.

Mit dem Flüchtlingsdeal und den Kniefällen vor Herrn Erdogan haben Sie sich erpressbar gemacht, hat sich Deutschland erpressbar gemacht, hat sich Europa erpressbar gemacht. Frau Merkel, Ihnen ist der politische Kompass abhandengekommen. Es kann doch nicht sein, dass deutsche Außenpolitik Menschenrechte zur Verhandlung stellt. Das geht nicht.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel, ein regelrechtes Paradebeispiel für Ihre Politik nennen. Das ist Ihr Agieren beim Katastrophenschutz. Es ist völlig klar: Für den Katastrophenfall müssen praktikable und effektive Pläne griffbereit sein. Für Cyberangriffe und Naturkatastrophen ist ein Zivilschutzkonzept richtig und notwendig. Mehr Verantwortung beim Bund und ein höheres Maß an Sicherheit, auch das ist richtig, gar keine

Frage. Wir stimmen dem zu. Das ist übrigens auf Drängen des Parlaments geschehen. Ich habe damals an der entsprechenden Sitzung des Haushaltsausschusses teilgenommen, in der wir das frakti-

onsübergreifend in Auftrag gegeben haben. Aber das Falscheste ist, Hysterie an den Tag zu legen und Horrorszenarien eines bevorstehenden Krieges aufzuzeigen. Besonnenheit und kühler Kopf sind gefragt. Sie produzieren aber die Überschrift: Bundesregierung fordert die Menschen zu Hamsterkäufen auf. – Das ist unverantwortlich.

Danach haben noch Fachkräfte aus der Union die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert. Dann wird permanent der Einsatz der Bundeswehr im Inneren thematisiert. Es darf aber keine Militarisierung des Katastrophenschutzes geben. Sie verunsichern die Menschen. Seit Jahren leisten ehrenamtlich und hauptberuflich tätige Kräfte bei Feuerwehren und THW bewundernswerte Arbeit. Wir sollten diese Menschen würdigen und unterstützen und ihnen nicht in den Rücken fallen. Aber genau das machen Sie.

Die Union betreibt Politik bei der inneren Sicherheit nach dem Motto: Verschärfung, Verschärfung und noch einmal Verschärfung! Dieses Motto entspricht genau dem, was Herr de Maizière nach den schrecklichen Anschlägen in Paris gesagt hat, nämlich dass ein Teil der Antworten die Bevölkerung verunsichern könne. Ja, Sie haben im Sommerloch die Bevölkerung verunsichert, genauso wie Herr Caffier und Herr Henkel mit Forderungen nach Abschaffung des Doppelpasses, nach Burkaverbot, Rucksackverbot und mehr Vi-

deoüberwachung. Jede Woche wurde eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Das ist eine Angstmacherkoalition. Wir brauchen aber etwas völlig anderes. Es darf keine Beschränkung unserer freiheitlichen Ordnung geben. Wir müssen das Signal aussenden: Wir lassen uns unser Leben von den Terroristen nicht kaputtmachen. – Das ist das richtige Signal.

Wir brauchen nicht mehr Videoüberwachung und keine schärfere Vorratsdatenspeicherung – obwohl es das alles in Frankreich gibt, hat es nichts verhindert –, sondern einen handlungsfähigen Staat. Dazu gehört gut ausgebildetes und ausgestattetes Personal im öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei.

Herr Schäuble hat gestern den schönen Satz gesagt: „Es gab und gibt keinen Sparkurs in der inneren Sicherheit.“ Frau Merkel, Sie haben gleich die Gelegenheit, das wirklich klarzustellen. Seit 1998 wurden 17 000 Stellen bei der Polizei abgebaut – und das bei mehr und größeren Aufgaben. Sie haben eine verfehlte Personal- und Sparpolitik zu verantworten, in den Ländern und im Bund, meine Damen und Herren.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft sagt: „Die Politik hat die Polizei geschwächt, gedemütigt und vernachlässigt.“ In den vergangenen 15 Jahren ist die Polizei zum Sparopfer geworden.

– Das ist die Wahrheit. – Sie haben den öffentlichen Dienst kaputtgespart. Ich habe doch den Einzelplan 06 über viele Jahre hinweg mitberaten. Es war doch die Opposition, die mehr Polizisten gefordert hat.

– So ist es. Das ist schlicht die Wahrheit. – Herr de Maizière hat das wegen des Diktats der schwarzen Null abgelehnt. Das ist die Realität. Dafür gibt es Zeugen.

Heute stellt sich Herr Gabriel hin und sagt: Wir haben das durchgesetzt. – Auch das stimmt nicht. Die Bundesregierung hat einen Entwurf vorgelegt, und die Parlamentarier haben ihn verändert. Das ist doch die Realität.

Das eigentliche Problem ist aber doch ein anderes. Auch bei der inneren Sicherheit gilt das Diktat der schwarzen Null. Die Fixierung auf das Dogma der schwarzen Null ist falsch. Ich will Hans-Helmut Kotz zitieren – der war immerhin im Vorstand der Bundesbank und ist heute Wirtschaftsprofessor an der Harvard-Universität –: Der Fetisch der schwarzen Null schädigt Deutschland. – Der Mann hat schlicht recht.

Ich will zwei Aspekte dazu sagen. Der erste Aspekt ist: Sie reden von Investitionen und haben wieder vollmundig angekündigt, was Sie alles machen werden. Ich meine, das ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Aber ich

will Ihre eigenen Zahlen noch einmal vortragen.

Vor zwei Jahren lagen die Investitionen bei 9,9 Prozent der Gesamtausgaben. In Ihrem Finanzplan für 2020 stehen 8,8 Prozent. Der Anteil der Investitionen sinkt. Sie streuen den Leuten Sand in die Augen. Was ist das Ergebnis? Wir hinken beim Ausbau des digitalen Netzes hinterher. Da muss übrigens auch einmal auf dem Land endlich etwas getan werden. Ich weiß, wovon ich rede.

Wir haben marode Brücken, die für große Lasten gesperrt werden müssen. Wir haben ein Bildungssystem, das unterfinanziert ist und noch im 19. Jahrhundert feststeckt. Kluge öffentliche Investitionen führen im Übrigen dazu, dass das Wirtschaftswachstum steigt. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent. Das kann doch nicht zufriedenstellen.

Hinzu kommt, dass wir aktuell einen Überschuss von 18,5 Milliarden Euro haben. Nun weiß ich, dass dieser Überschuss von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen erwirtschaftet wird. Das ist mir schon klar. Aber erklären Sie das einmal den Menschen in Vorpommern, wenn sie von einem Überschuss von 18,5 Milliarden Euro lesen, aber bei ihnen kein Bus mehr fährt. Das ist nicht erklärbar. Lösen Sie endlich den Investitionsstau auf.

Wir fordern eine soziale Investitionsoffensive. Machen Sie das Land sozial und kulturell fit. Zeigen Sie, dass sich die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessert. Das ist Aufgabe von Politik. Es müssen endlich wieder Busse über die Dörfer fahren. Dann sind die Menschen auch politischen Problemen gegenüber aufgeschlossener.

Sie spielen aktuell doch die Schwachen gegen die Schwächsten aus. Ich will nur ein Beispiel sagen: der soziale Wohnungsbau. Bezahlbarer Wohnraum für alle wäre notwendig. Deswegen müssten Sie in dem Haushaltsplan eine deutliche Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau vornehmen. Sie müssten die Städtebaufördermittel für zehn Jahre auf 2 Milliarden Euro festschreiben und, und, und. Es gibt doch Möglichkeiten, und es gibt vor allem Notwendigkeiten.

Der zweite Aspekt. Wir brauchen endlich eine große Steuerreform. Die Schere zwischen Arm und Reich bei Einkommen und Vermögen geht immer weiter auseinander. Sie zwingen die Südländer zu Strukturreformen einschließlich Steuerreformen, aber in Deutschland: komplette Fehl-

zeige. Die hohe Ungleichheit ist schädlich für das soziale Gefüge.

Es ist doch nicht zu akzeptieren, dass die 500 Reichsten in Deutschland ein Vermögen von 723 Milliarden Euro haben. Das ist obszön. Hinzu kommt, dass deren Vermögen im letzten Jahr um 58 Milliarden Euro gestiegen ist. Das sind 8,7 Prozent. Sagen Sie das einmal denjenigen, die unter großen Mühen etwas Geld für die Ausbildung ihrer Kinder abgeknipst haben, die das Geld auf dem Sparbuch haben und 0,01 Prozent Zinsen bekommen. Da läuft doch etwas schief, wenn bei den Vermögenden solche Summen hinzukommen. Ich sage es noch einmal: 58 Milliarden Euro. Der Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern hat 7 Milliarden Euro. Da ist doch etwas schief.

Die 14 reichsten Großfamilien verfügen über ein Vermögen von 138 Milliarden Euro. Es gibt jedes Jahr mehr Milliardäre, und Milliardär zu sein, ist nicht normal. Sie spielen auf der anderen Seite die Schwachen gegen die Schwächsten aus und erhöhen den Hartz-IV-Regelsatz um 5 Euro. Da ist doch etwas schief in unserer Gesellschaft. Es ist Aufgabe des Staates, hier zu steuern.

Es muss endlich das Kapital mehr beteiligt werden. Schaffen Sie die Abgeltungsteuer ab. Wir brauchen die Wiedererhebung der Vermögensteuer als Millionärssteuer. Was ist eigentlich aus der in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten Einführung einer Finanztransaktionssteuer geworden?

Im Übrigen ist doch das, was bei der Erbschaftsteuer passiert, ein Stück aus dem Tollhaus. Ich will daran erinnern: 2014 hat das Bundesverfassungsgericht die damals geltende Regelung als verfassungswidrig erklärt – 2014! –, und es hat Sie aufgefordert – und zwar einstimmig –, bis Juni 2016 eine veränderte Regelung vorzulegen.

Es gab dann ein peinliches Gezerre, insbesondere mit Herrn Seehofer. Jetzt haben Sie die Frist verstreichen lassen. Nun ist der Vermittlungsausschuss angerufen worden. Jeder, der zehn Minuten zu

lange im Halteverbot steht, bekommt ein Knöllchen, und Sie lassen eine solche Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, verstreichen. Sie verspielen Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn Sie nicht einmal einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts akzeptieren. Das geht so nicht.

Zur Sache selbst will ich nur feststellen: Das, was Sie da machen, ist keine Reform; das ist maximal ein Reförmchen. In den nächsten

Das ist die Wahrheit: Sie haben den öffentlichen Dienst kaputtgespart.

Sie spielen aktuell doch die Schwachen gegen die Schwächsten aus.

zehn Jahren werden 3,1 Billionen Euro vererbt. Nehmen Sie doch wegen meiner die Vereinigten Staaten oder Großbritannien oder Frankreich oder wen auch immer zum Vorbild, was deren Regelung zu Erbschaftsteuer angeht. Dann hätten wir deutlich höhere Einnahmen; sie lägen um das Fünffache, das Sechsfache oder das Zehnfache höher. Das ist die Realität.

Wenn Sie jetzt von Steuerreformen reden, sagen wir als Linke: Ja, Sie haben uns an Ihrer Seite. Auch wir wollen die kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Ich denke an Handwerker sowie kleine und mittlere Unternehmen. Vielleicht kann man die Freibeträge anheben. Die Arbeit zu entlasten, das wäre wirklich einmal eine gute Idee. Ich hoffe, dass Ihre Worte nicht wieder nur Wahlkampfgetöse sind. Aber erst wenn Sie vor allen Dingen die Steuerkriminellen aufspüren und bestrafen – dazu will ich Sie dringend auffordern –, dann ist auch bei höheren Investitionen ein ausgeglichener Haushalt möglich.

Es ist im Übrigen grotesk: Apple soll 13 Milliarden Euro nachzahlen, und Irland wehrt sich dagegen. Das kann ja nicht sein. Dieses Geschäftsmodell können wir doch nicht akzeptieren. Gleichzeitig spricht sich eine Fachkraft wie der bayerische Finanzminister, Herr Söder, gegen diese Nachzahlung aus, nur weil Apple seinen Firmensitz in München hat. Na, wo leben wir denn? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Ich bleibe dabei: Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge. Was ist eigentlich nach Panama-Leaks passiert? Zunächst gab es eine Ankündigungswelle, und jetzt bremsen Sie, Herr Schäuble, sogar beim Engagement der OECD. Es muss endlich ein weltweiter Datenaustausch der Banken und Steuerbehörden sichergestellt werden, um diesen Kriminellen das Handwerk zu legen; das wäre notwendig. Da bremsen Sie. Sie haben doch Druck auf die Krisenländer ausgeübt. Üben Sie doch einmal da Druck aus, wo wirklich Kriminelle am Werk sind.

Ein weiterer Punkt. Ihre Politik hat in vielen Krisenländern das System zum Wanken gebracht. Schauen Sie sich doch einmal die Lage in Spanien, in Italien an. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort weiter verheerend, auch in Griechenland. Vielen jungen Menschen Europas werden die Lebensperspektiven geraubt. Aber gerade diese Generation brauchen wir doch, um die ursprünglichen Werte Europas wieder mit Leben zu erfüllen.

Ich will einmal die Frage stellen: Was ist eigentlich aus den in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben geworden? Es gibt eine

lange Liste der Versäumnisse. Die Finanztransaktionsteuer habe ich schon erwähnt. Das Betreuungsgeld hat sich als verfassungswidrig herausgestellt. Stichwort „Bundesteilhabegesetz“: Im Koalitionsvertrag steht, die Kommunen sollten um 5 Milliarden Euro entlastet werden. Die Entlastung, die jetzt eintritt, liegt bei 11,5 Millionen Euro.

Das entspricht nicht dem, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Was Sie bei der Überprüfung von Leiharbeit und Werkverträgen vorgelegt haben, entspricht nicht einmal Ihren dünnen Vorgaben im Koalitionsvertrag. Das führt sogar zu Verschlechterungen für Leiharbeitskräfte und für Stammbeschäftigte. Sie zementieren die Zweiklassenbelegschaften.

Betriebs- und Personalräte müssen doch wenigstens ein zwingendes Mitspracherecht haben. Das ist original sozialdemokratisch; mehr ist das doch gar nicht.

Ein in Ihrem Koalitionsvertrag formuliertes Ziel haben Sie wirklich erreicht; das ist gut. Frau Merkel hat gesagt: Die Maut wird es mit mir nicht geben. – Das haben Sie zustande gebracht – wunderbar, Glückwunsch!

Eine andere Sache will ich hier dann auch noch benennen; das ist die Rentenangleichung Ost.

Erst einmal ist festzuhalten, dass es da keine Lösung gibt. 26 Jahre nach der deutschen Einheit unterschiedliche Rentenwerte – erzählen Sie das den Menschen; das versteht niemand; das akzeptiert auch niemand. Im Übrigen will ich darauf hinweisen: Frau Merkel, Sie haben 2005 gesagt: In dieser Legislatur klären wir das. – 2005! Das ist schon ein bisschen her.

Jetzt passiert im Wahlkampf Folgendes: Frau Nahles und Herr Selering erklären in Schwerin: Wir lösen das Problem. – Viele Menschen, ich auch, haben gedacht: Oh, Mensch, das ist jetzt einmal eine gute Maßnahme, das gucke ich mir in der Sache an. – Da gibt es manches zu kritisieren, vor allen Dingen dass die Höherwertung wegfallen soll.

Das geht natürlich nicht, solange die Löhne im Osten niedriger sind. Aber das eigentliche Problem ist: Im Haushalt: Fehlanzeige! Das, was Sie da gemacht haben, ist letztlich Folgendes: Sie haben den Menschen Sand in die Augen gestreut.

Es wird nichts geben. Es war eine reine Wahlkampfmaßnahme. Es ist unfassbar, wie Sie die Leute dort in Schwerin verklapst haben; nichts anderes ist da passiert.

Wir brauchen eine solide Renten-

reform, die lebensstandardsichernd im Alter ist, die Altersarmut verhindert. Die ist möglich, und die ist auch notwendig. Aber dazu muss das Rentenniveau angehoben werden und darf nicht weiter sinken.

Ich habe schon über das gewaltige Vermögen in unserer Gesellschaft geredet; immer noch unfassbar.

Ich habe schon über das Vermögen der 500 Reichsten berichtet:

Ich bleibe dabei: Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge.

723 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite haben wir – das sollte auch Sie beunruhigen – 2 Millionen Kinder, die in Armut leben. Jedes siebte Kind unter 15 Jahren ist abhängig von Hartz

IV und vom Jobcenter. Kinderarmut, wie Sie wissen, bringt häufig weitere gesellschaftliche Kosten. Armut darf nicht vererbt werden; da sind wir uns doch hoffentlich einig. Sie trifft im Übrigen in besonderer Weise Alleinerziehende, 90 Prozent davon Frauen, und kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Das alles hat dann Auswirkungen auf die Gesundheit, auf die Mög-

lichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und, und, und.

Ihr Bildungs- und Teilhabepaket ist aber ein bürokratisches Monster, und Sie haben das Hartz-IV-System jetzt noch einmal repressiver gestaltet, meine Damen und Herren. Was wir brauchen, ist ein Aktionsplan gegen Kinderarmut – mehrjährig, mehrdimensional und finanziell gut ausgestattet.

In einer Demokratie darf Herkunft kein Schicksal sein.

Ich stelle fest, dass die Koalition ein Jahr vor der Wahl de facto am Ende ist. Die drei Parteien arbeiten nicht mehr fürs Land und nicht mehr für Europa, sondern sie arbeiten allesamt zuerst auf eigene Rechnung. Das ist angesichts der komplizierten gesellschaftlichen Situation, angesichts der riesigen Herausforderungen, vor denen wir stehen, wirklich nicht zu akzeptieren, und das sollte wirklich zügig beendet werden. So kann es nicht weitergehen.

Wir brauchen in der zentralen Industriemacht Europas einen Politikwechsel, damit das Land nicht weiter gespalten wird, damit die große Idee „Europa als Friedensprojekt“ erhalten bleibt und ausgebaut wird. Dieses große, auch kulturelle Projekt darf doch nicht

zerstört werden.

Nie war die Krise Europas größer als heute. Es ist doch nicht nur der Brexit. Schauen Sie sich an, wie die Lage in den Ländern ist! Es ist, glaube ich, die größte Krise, die Europa jemals hatte. Deswegen brauchen wir einen Politikwechsel hier in Deutschland. Meine lieben Sozialdemokraten, insbesondere Herr Gabriel: Ja, die Linke will diesen Politikwechsel auch in Regierungsverantwortung übernehmen. Dass das ein für alle Mal klar ist!

Wenn es die Wiederherstellung des Sozialstaats gibt, wenn es eine friedliche Außenpolitik gibt und wenn jedes Kind die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung hat, dann sind wir selbstverständlich dazu bereit, und zwar wir alle. Eines ist klar: Das, was Sie hier für das letzte Jahr angeboten haben, gefährdet den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, das gefährdet Europa, und das strahlt vor allen Dingen keinerlei Zuversicht aus, geschweige denn eine Vision.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Die Menschen haben Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Erinnern wir uns an die Generaldebatte vor einem Jahr: Sie stand damals ganz im Zeichen einer großen Fluchtbewegung nach Europa. Bis August des letzten Jahres waren bereits über 400 000 Flüchtlinge in Deutschland angekommen, und am 19. August gab der Bundesinnenminister eine Prognose ab, dass bis Ende des Jahres rund 800 000 Flüchtlinge kommen werden.

In meiner Rede vor einem Jahr habe ich gesagt: Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wir müssen Regelungen überdenken, Abläufe verbessern, Ent-

scheidungen schneller fällen, national, europäisch und international.

Hinter uns liegt ein Jahr, in dem uns vieles abverlangt wurde, in dem viele mit angepackt haben und viele über sich hinausgewachsen sind. Deshalb möchte ich als Erstes den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen danken, die sich so eingesetzt haben, dass wir diese Situation bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter uns liegt ein Jahr voller Entscheidungen. Wir haben Regelungen getroffen, um die Situation zu steuern, zu ordnen und so die Flüchtlingszahlen auf Dauer zu reduzieren. Wir haben grundlegende Abläufe im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verändert, Entscheidungen werden schneller gefällt, wir haben eine bessere Asylgesetzgebung, Stichworte sind: Asylgesetzpakete I und II. Wir haben das Ganze als nationale Kraftanstrengung bezeichnet, und wir haben mit Kommunen und Ländern gemeinsam Lösungen gefunden, bei denen der Bund die Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge übernimmt, eine jährliche Integrationspauschale von 2 Milliarden

Euro für drei Jahre zahlt. Wir geben mehr für den Wohnungsbau aus, mehr für Kindertagesstätten – im Übrigen für alle Menschen in Deutschland, nicht nur für Flüchtlinge.

Wir haben zum ersten Mal ein Bundesintegrationsgesetz. Dabei geht es um das Erlernen der Sprache, um das Kennenlernen der Rechtsordnung und der Kultur unseres Landes. Es gibt Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Es gibt Angebote für alle, und es gibt auch Sanktionen, wenn diese Angebote nicht genutzt werden.

Wir haben darüber hinaus für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit vieles verbessert und die Sicherheitsstrukturen gestärkt. Damit hatten wir schon vor den Anschlägen von Ansbach und Würzburg begonnen. Terrorismus ist kein neues Problem, das erst mit den Flüchtlingen gekommen ist. Weil aber auch nicht jeder Flüchtling in guter Absicht kommt, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um die öffentliche Sicher-

Fortsetzung auf nächster Seite

heit in Deutschland zu stärken. Die Menschen dürfen von uns verlangen, dass wir das Menschenmögliche tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Wir werden bis 2018 rund 4 200 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei sowie 1 000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes schaffen, zusätzliche Mittel für eine vernünftige Ausstattung, zeitgemäße Technik und eine moderne materielle Ausstattung ausgeben, und wir werden noch in diesem Herbst eine neue Cybersicherheitsstrategie bis 2020 verabschieden.

Dies alles sind sehr wichtige Schritte, und die Situation heute ist um ein Vielfaches besser als vor einem Jahr, und zwar für alle. Aber es bleibt natürlich viel zu tun. Ein großes Problem sind die Rückführungen, der Vollzug der Ausreisepflicht für Menschen, die nicht hier bei uns bleiben können. Und mit Recht erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, dass wir denen helfen, die Hilfe brauchen, dass wir aber auch denen, die kein Bleiberecht haben, sagen: Ihr müsst unser Land wieder verlassen, sonst können wir die Aufgabe nicht bewältigen. Und natürlich sind die Herausforderungen der Integration noch nicht abgeschlossen:

Integration, was Sprache angeht, aber auch Integration in den Arbeitsmarkt. Hier ist vieles auf den Weg gekommen, aber hier bleibt auch noch viel zu tun.

Wir haben uns bei dem, was wir getan haben, nicht nur auf

die nationale Ebene konzentriert, sondern haben auch europäisch und international viel bewegt. Ja, es ist richtig: Die Solidarität innerhalb Europas lässt zu wünschen übrig. Hieran müssen wir weiter arbeiten.

Aber es ist auch richtig, dass wir heute einen sehr viel besseren Schutz der EU-Außengrenzen haben als vor einem Jahr, indem wir Frontex vollkommen neu aufgestellt haben; es ist jetzt wirklich eine europäische Grenzagentur. Auch Deutschland hat hier seine Position verändert. Wir haben eine NATO-Mission in der Ägäis, und ja, wir haben ein Abkommen mit der Türkei verabschiedet, ein Abkommen zwischen der Europäischen Union, also 28 Mitgliedstaaten, und der Türkei.

Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen: Wenn die Türkei Menschenrechte verletzt, dann wird das beim Namen genannt.

Wenn in der Türkei ein Militärputsch scheitert, dann sagen wir, dass es gut ist, dass der gescheitert ist, und dass es richtig war, dass die Menschen auf die Straße ge-

gangen sind.

Aber ich plädiere hier dafür, dass wir über die Frage, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wir den Schutz unserer Außengrenzen und damit die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sicherstellen, Einigkeit erreichen, wenn wir auch die Menschen draußen überzeugen wollen. Bei maritimen Grenzen, bei Seegrenzen, geht es nicht anders, als dass man mit dem Nachbarn spricht, wenn man die Menschen nicht ertrinken lassen will und den Schleppern nicht die Hoheit über die Geschäfte lassen will. Und das dürfen wir nicht.

Das EU-Türkei-Abkommen ist in beiderseitigem Interesse. Es ist gut für viele Flüchtlinge, wenn sie in der Nähe ihrer Heimat bleiben können. Es ist richtig, dass wir Geld für die Beschulung und das Leben der Flüchtlinge an der türkisch-syrischen Grenze ausgeben. Und es ist richtig, dass wir auch die Illegalität bekämpfen, weil Schlepper und Schleuser mit den Menschen ein unglaubliches Spiel spielen. Und es ist, seitdem wir dieses Abkommen haben, so gut wie niemand mehr in der Ägäis ertrunken, während das in den ersten zwei Monaten noch Hunderte

Menschen waren, Frauen und Kinder. Da kann man doch nicht zugucken, da muss man doch mit dem anderen Land eine Regelung finden.

Deshalb ist das Abkommen mit der Türkei ein

Modell für weitere solcher Abkommen, mit Ägypten, mit Libyen, wenn es eines Tages einmal eine vernünftige Regierung haben sollte, mit Tunesien und anderen Ländern, wo immer das notwendig ist, damit nicht Schlepper und Schleuser sozusagen über uns befinden können.

Natürlich haben wir auch viel auf den Weg gebracht – aber noch längst nicht genug – in unserer Kooperation mit Afrika. Der gestiegene Entwicklungshaushalt spricht dafür. Wir haben den Valletta-Aktionsplan. Jetzt heißt es aber auch für die Europäische Union, das Ganze umzusetzen. Wenn wir über Europa sprechen, müssen wir vielleicht sowieso nicht so viel neu erfinden, sondern einfach das, was wir schon einmal beschlossen haben, umsetzen, und zwar schneller als bisher. Dann ist schon viel gewonnen für Akzeptanz für Europa.

Deutschland hat sich bereit erklärt, zusammen mit Frankreich und Italien und der Europäischen Kommission eine Migrationspartnerschaft für Niger und Mali zu

übernehmen. Durch Niger kommen 90 Prozent der Flüchtlinge, die dann in Libyen in See stechen. Deshalb ist das ein sehr sinnvoller Schritt. Wir haben bei der Londoner Konferenz endlich dafür gesorgt, dass die Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon besser gepflegt werden, dass die Welternährungsorganisation ausreichende Mittel für dieses Jahr hat, und wir werden das für nächstes Jahr wieder sicherstellen.

Natürlich ist noch viel zu tun. In Libyen ist die Lage absolut unzufriedenstellend. Der schreckliche Bürgerkrieg und der Kampf gegen den IS in Syrien fordern so viele Opfer. Es ist eine grauenvolle Lage. Ich kann nur hoffen, dass Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika vorankommen bei der Einigung über einen Waffenstillstand, dass es aufhört, dass Krankenhäuser bombardiert werden, Ärzte zu Schaden kommen und die Menschen in Aleppo so schrecklich leiden. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt haben wir heute eine ganz andere Situation als zu der Zeit der Debatte vor genau einem Jahr. Sie ist geordneter, Regelungen wurden überdacht, Abläufe verbessert,

Entscheidungen schneller getroffen. Wir haben die Ordnung und Steuerung der Flüchtlingsbewegung in Deutschland erreicht. Wir haben die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge deutlich reduziert. Wir kommen gleichzeitig national und international unserer humanitären Verantwortung nach, und das nicht nur in Sonntagsreden.

Wir haben heute im Übrigen auch einen anderen Zustand, als wir ihn Mitte März hatten, als in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz gewählt wurde. Die Wahlen vor drei Tagen in Mecklenburg-Vorpommern und die Wahlen, die in zehn Tagen in Berlin stattfinden, finden unter anderen Voraussetzungen statt als die Wahlen im März. Und dennoch mussten wir vor drei Tagen einen Wahlsonntag erleben, an dem letztlich nur die AfD gewonnen hat, und zwar zweistellig. Sie hat allen anderen Parteien Prozente abgenommen, gar nicht so sehr in absoluten Stimmzahlen, indem sie vor allem auch Nichtwähler mobilisiert hat. Das hat dazu geführt, dass die Christlich Demokratische Union im Landtag hinter der AfD liegt. Uns alle treibt die Frage um: Wie gehen wir mit einer solchen Situation um?

Wählerbeschimpfungen bringen gar nichts. Das ist auch nicht angebracht. Ich habe das noch nie richtig gefunden. Politiker, die wie wir Verantwortung tragen, sollten sich sowieso in ihrer Sprache mäßigen.

Wenn auch wir anfangen, in unse-

rer Sprache zu eskalieren, gewinnen nur die, die es immer noch einfacher und noch klarer ausdrücken können.

Wenn wir anfangen, dabei mitzumachen, dass Fakten beiseitegewischt oder ignoriert werden können, dann sind verantwortbare und konstruktive Antworten in der Sache nicht mehr möglich. Wenn wir anfangen, uns sprachlich und tatsächlich an denen zu orientieren, die an Lösungen nicht interessiert sind, verlieren am Ende wir die Orientierung.

Jeder von uns muss sich nach Wahlenden wie dem vom Sonntag an die eigene Nase fassen, selbstkritisch schauen, was in Zukunft anders und besser gemacht werden kann. Das versteht sich von selbst, und es gibt ja auch noch genug Probleme zu lösen.

Es versteht sich auch von selbst, dass Sorgen, ob nun begründet oder unbegründet, ernst zu nehmen sind, auch indem wir zeigen, dass das Ernstnehmen von Sorgen und das Erläutern von Fakten zwei Seiten ein und derselben Medaille sind, indem wir alle gemeinsam gut daran tun, zu erkennen, dass eine Partei wie die AfD nicht nur eine Herausforderung für die Christlich Demokratische Union ist – auch wenn deren Protagonisten das munter verbreiten und andere es mehr oder weniger gerne aufgreifen, zum Teil wider besseres Wissen –, sie vielmehr eine Herausforderung für uns alle in diesem Hause ist.

Wenn wir untereinander nur den kleinen Vorteil suchen, um zum Beispiel irgendwie mit einem blauen Auge über einen Wahlsonntag zu kommen, gewinnen nur die, die auf Parolen und scheinbar einfache Antworten setzen.

Ich bin ganz sicher: Wenn wir uns das verkneifen und bei der Wahrheit bleiben, dann gewinnen wir. Wir gewinnen dann so das Wichtigste zurück, was wir brauchen: Vertrauen der Menschen, und zwar indem wir uns über die eine Frage – ich halte sie für die zentrale – klar werden, im besten Sinne auch streiten und die besten Antworten suchen. Sie lautet: Welches Land wollen wir heute, im 21. Jahrhundert, sein? Welches Land wollen wir als größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union sein? Welche Rolle wollen wir international spielen? Wie dienen wir unserem Land in diesen Zeiten der Globalisierung am besten? Wie erhalten wir unseren Wohlstand und arbeiten an einer guten Zukunft für Deutschland? Und wie geben wir den Menschen Halt

und Orientierung und geben dem Druck zu vermeintlich einfachen Lösungen, die bestenfalls Scheinlösungen sind, gleichzeitig nicht nach? Und das in einer Zeit des demografischen Wandels, in einer Zeit, in der es so viele Flüchtlinge gibt, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie der Fall war, in Zeiten der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, in Zeiten, in denen die territoriale Unversehrtheit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist, wie wir es im Fall der Ukraine erlebt haben, in Zeiten, in denen das Austrittsreferendum Großbritanniens ein tiefer Einschnitt für die Europäische Union ist, in Zei-

ten, in denen einige Kontinente ein Freihandelsabkommen nach dem anderen abschließen und wir zögern, ob es CETA oder TTIP ist, in Zeiten, in denen viele Länder gerade von Deutschland eine wichtige Rolle erwarten, wie wir es

jetzt wieder bei G 20 mit Händen greifen konnten.

Deutschland ist wirtschaftlich stark und stabil. Deutschland hat trotz aller Probleme einen großen sozialen Zusammenhalt, und dieser soziale Zusammenhalt ist unser größtes Pfund. Meine Antwort auf die von mir gestellte Frage lautet: Wir dienen unserem Land in diesen Zeiten der Globalisierung am besten, wenn wir uns an unseren Werten orientieren, die uns zu dem gemacht haben, was wir heute sind – das ist Freiheit, das ist Sicherheit, das ist Gerechtigkeit und das ist Solidarität –, wenn wir den Menschen eine gute wirtschaftliche und soziale Perspektive geben, wenn wir die wirtschaftliche und soziale Stärke unseres Landes weiter ausbauen. Es ist jede Mühe wert, sich dafür mit ganzer Kraft einzusetzen.

Die Ausgangslage dafür ist gut, und der Haushalt für das Jahr 2017 spiegelt genau das wider. Es ist ein Gestaltungshaushalt, in dem die Schwerpunkte so gesetzt sind, dass wir damit Antworten auf die Probleme unserer Zeit geben können. Dazu gehört, dass es zum dritten Mal ein Haushalt ist, der ohne Neuverschuldung auskommt. Und wir wissen: Es ist nicht die schwarze Null, von der immer geredet wird, sie hat nicht die Bedeutung, sondern es geht um die Tatsache, dass wir denen, die nach uns Haushalte aufstellen werden, Freiräume eröffnen und nicht die Schulden ansteigen lassen.

Wir haben eine gute Wirtschaftslage. Der private Konsum ist im Üb-

Wir haben in Deutschland die Steuerung der Flüchtlingsbewegung erreicht.

rigen der Treiber unseres Wachstums. Das zeigt: Die Menschen haben Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung. Der Arbeitsmarkt ist in sehr guter Verfassung. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August 2016 die geringste seit 25 Jahren. Die Zahl der Erwerbstätigen entwickelt sich positiv; inzwischen sind es 43,7 Millionen Menschen. Immer mehr Menschen finden eine Arbeitsstelle und haben teil am gesellschaftlichen Erfolg. Die Kaufkraft der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist 2016 genauso wie 2015 gestiegen. Es gibt kräftige Reallohnzuwächse. Das spiegelt sich auch in dem Anstieg der Renten wider: Wir hatten die höchste Anpassung der Renten seit 23 Jahren.

Das BAföG ist zum 1. August um 7 Prozent gestiegen, mit dem Wohnzuschlag addiert sogar um fast 10 Prozent. Wir haben die guten Einnahmen genutzt, um die soziale Sicherheit zu stärken, und die Sozialausgaben steigen erheblich, von 171 Milliarden Euro im Jahre 2017 auf 187 Milliarden Euro im Jahre 2020. Das alles ist keine Selbstverständlichkeit.

Das alles spiegelt sich in Maßnahmen wider: Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, Verbesserungen im Ärzte- und Krankenhausbereich, in der Pflege, in der Rentenversicherung. Wir werden im Herbst noch weitere Schritte in der Koalition diskutieren.

Aber eines geht nicht, Herr Bartsch, nämlich dass man sagt: Okay, wir gleichen die Renten derjenigen an, die in den neuen Bundesländern Renten beziehen, aber wir nehmen keine Angleichung bei denen vor, die heute Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer sind. – Wem wollen Sie eigentlich in den alten Bundesländern erklären, dass die Arbeitsstunde in den neuen Ländern höher bewertet wird als in den alten Ländern, aber die Rentner in den neuen Ländern genau dieselbe Rente bekommen wie in den alten? Das wird nicht klappen; das ist Spaltung. Damit zeigen Sie, dass Sie eben nicht Gesamtdeutschland im Blick haben. So kann man die Einheit nicht gestalten. Im Osten etwas versprechen und im Westen dann damit nicht auftreten, das geht auf gar keinen Fall.

Wir investieren in die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts, weil wir wissen, dass der Rest der Welt auch nicht schläft. Wir investieren in Bildung und Forschung. Die Ausgaben hierfür steigen von 21,1 Milliarden Euro auf 22,7 Milliarden Euro. Seit 2005 haben wir die Forschungsausgaben nahezu verdoppelt. Wir haben die Exzellenzinitiative neu aufgelegt. Wir investieren in Infrastruktur und Verkehr jedes Jahr 2 Milliarden Euro mehr. Wir treiben den Breitbandausbau voran. Hier haben wir erhebliche Mittel ausgegeben: 1,3 Milliarden Euro für schnelles Internet. Wir investieren in strategisch wichtige Industriebereiche, zum Beispiel gemeinsam mit anderen europäischen Ländern in die Mikroelektronik. Das ist eine ganz wichtige strategische Investition für die Zukunft.

Wir konzentrieren uns auf zwei große Herausforderungen. Das eine ist die Digitalisierung, Industrie 4.0, die Digitale Agenda der Bundesregierung. Wo immer man in Europa hinguckt, merkt man:

Das wird sehr genau verfolgt und auch für absolut notwendig gehalten. Wenn es darum geht: „Wo muss Europa besser werden?“, wird diese digitale Entwicklung ein Kernbereich sein.

Die Bundesregierung wird ein Open-Data-Gesetz vorlegen, mit dem wir zeigen, dass der Rohstoff der Zukunft Daten sind und daher das 21. Jahrhundert entsprechend gestaltet werden muss. Wir müssen in den nächsten Jahren im Übrigen die Digitalisierung unserer gesamten staatlichen Aktivitäten voranbringen. Wir haben heute einen Zustand, dass wir es geschafft haben, innerhalb eines Jahres alle föderalen Ebenen zu vernetzen, wenn es um das Kern-datensystem für Flüchtlinge geht. Aber von einem Kerndatensystem für Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind wir noch weit entfernt. Das muss schnellstmöglich nachgeholt werden. E-Governance ist eine der ganz wichtigen Aufgaben.

Ich würde gerne im Zusammenhang mit den Gesprächen über einen Bund-Länder-Finanzausgleich auch darüber sprechen, wie viel Kooperation wir brauchen; denn der Bürger in Deutschland interessiert sich nicht dafür, welche Ebene gerade zuständig ist, sondern er will einen Zugang für sich haben, um alles digital erledigen zu können, was man früher eben nicht konnte. Wir werden in die zukünftigen Strukturen investieren müssen, zum Beispiel in den 5G-Mobilfunkstandard, und das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa; denn davon wird abhängen, ob das autonome Fahren und viele andere Anwen-

dungen wie die Telemedizin überhaupt möglich sind.

Der zweite große Bereich, in dem wir weiterarbeiten müssen, aber auch vieles geschafft haben, ist das Langfristprojekt der Energiewende. Dazu gehört natürlich der Klimaschutzplan, an dem wir arbeiten. Aber es muss ein Klimaschutzplan sein, bei dem wir es schaffen, Arbeitsplätze und die Sorge um das Klima in einen vernünftigen Einklang zu bringen.

Wir haben eine gewaltige Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht, und wir werden diesen Weg weiter beschreiten.

Wir haben natürlich noch einiges zu tun: das Entgeltgleichheitsgesetz, die Fragen der Rente – das habe ich angesprochen –, die Reform der Erbschaftsteuer. Ich bitte nur darum, dass man im Bundesrat nicht blockiert, meine Damen und Herren. Die Verschonungsregel bei der Erbschaftsteuer ist eine Regel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Zukunft des Mittelstandes, für Familienunternehmen, die ein ganz wichtiger Baustein deutschen Erfolgs sind, die eben nicht von einem Tag auf den anderen denken, sondern langfristig. Das ist genau das, was der globalen Wirtschaft heute fehlt. Deshalb müssen Familienunternehmer gestärkt werden.

Wir haben also vieles zu tun und vieles vor uns, sowohl in der Außenpolitik als auch in der Innenpolitik. Wir wissen, dass sich die Welt in einem kritischen Zustand befindet. Wir brauchen auch nichts schöner zu malen, als es ist. Aber wir dürfen den Menschen in

unserem Land auch sagen: Unsere Finanzen sind geordnet, die Wirtschaft ist stark, wir haben einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt, und wir zeigen Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft.

Das alles ist unverzichtbar, um unsere Interessen und Werte auch angesichts der Globalisierung behaupten zu können und den Menschen in unserem Land Halt und Perspektive zu geben, und das gerade in Zeiten so gewaltiger und schnell ablaufender Veränderungen.

Deutschland hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik immer wieder verändert. Veränderung ist nichts Schlechtes. Gerade wir – wenn ich zum Beispiel mich nehme –, die wir die deutsche Einheit erlebt haben, haben gesehen, wie Veränderung zum Besseren möglich ist. Veränderung ist auch ein notwendiger Teil unseres Lebens. Dass unser Land dabei immer stark war und auch weiter stark sein wird, das beruht auf Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen spiegeln sich wider in unserer Liberalität, in unserer Demokratie, in unserem Rechtsstaat, in unserem überwältigenden Grundbekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, einer Ordnung also, die mit wirtschaftlicher Stärke die Schwächsten in unserem Lande auffängt. Das alles, das, was ich gerade genannt habe, das wird sich nicht ändern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Offenheit und Vielfalt unserer Demokratie verteidigen



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Ja, das war ein bitteres Wochenende für viele von uns. Der Aufstieg der AfD nach Sachsen-Anhalt nun auch in Mecklenburg-Vorpommern kann uns nicht egal

sein. Er hat zu Verunsicherungen geführt, auch bei den politischen Parteien. Trotzdem muss man vielleicht einmal das Gegenbild aufmachen und auf die Stimmung der Bevölkerung schauen: 90 Prozent der Deutschen sind mit ihrem Leben zufrieden, knapp 80 Prozent mit unserer Demokratie. Sowie unsere Gesellschaft bunter geworden ist, durch Migration und vielfältige Lebensformen, so sind die Menschen mit diesem Land zufrieden. Deswegen müssen wir unsere Demokratie mit ihrer Offenheit, mit ihrer Vielfalt verteidigen. Darauf kommt es jetzt an.

Es ist falsch und eine Verzerrung der Wirklichkeit, davon zu sprechen, wir hätten ein von den Flüchtlingen überfordertes Volk,

wie es CSU und AfD im Gleichklang tun. Nicht das Volk, nicht die Menschen in unserem Land sind überfordert, meine Damen und Herren, sondern Sie mit Ihrer chaotischen Regierung sind es. Das ist das Problem, und darüber muss geredet werden.

Ja, es gibt Menschen, die sich abgehängt fühlen, obwohl ihre wirtschaftliche Situation gar nicht so schlecht ist, und es gibt Menschen, die Gewalt akzeptieren, die immer mehr extreme Einstellungen akzeptieren. Das Niveau sinkt genauso wie die Schwelle, solches öffentlich zu sagen. Sie sind eine Minderheit! – Das müssen wir ihnen sagen. Wir müssen der Mehrheit in diesem Land, die für Demokratie und Offenheit steht, ei-

ne Stimme geben. Darauf kommt es an.

Da hilft es überhaupt nichts, wie es einige von Ihnen in der Union und auch der Linkspartei tun, ein Schreckensbild von Deutschland als Opfer der Globalisierung zu zeichnen. Sie schaffen dadurch erst die Angst, deren Linderung Ihre eigentliche Aufgabe wäre, frei nach dem Motto: Erst ich, dann die Partei und dann das Land. – Diese Koalition ist eine Koalition des Chaos: Jeder gegen jeden. Das Vertrauen verspielen Sie doch selbst. Sie sind gerade dabei, das letzte bisschen Vertrauen zu verspielen.

Frau Merkel, man fragt sich nach Ihrer Rede über Werte, für die Sie hier kämpfen wollen, über Klarheit und über Ansagen: Die Chefin welcher Regierung sind Sie eigentlich? Ich kann die Regierung, für die Sie hier scheinbar geredet haben, jedenfalls nicht erkennen. Gegen Populismus hilft nur Vernunft. Frau Merkel, Sie haben gerade etwas Ähnliches gesagt. Wissen Sie, was ich an dieser Passage

Ihrer Rede spannend fand? Den meisten Beifall dafür haben Sie vom Bündnis 90/Die Grünen bekommen und den wenigsten von der CSU. Das sollte Ihnen zu denken geben.

Die Union legte innerhalb einer Woche drei Papiere zur inneren Sicherheit vor. In diesen ging es vor allen Dingen um Burkas und den Doppelpass. Als ob damit irgendjemand in Deutschland sicherer leben würde. Richtig ist doch: Gewalt gegen Flüchtlinge ist ein Problem. Es gab 705 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte allein in diesem Jahr. Das ist eine Schande. Das ist ein Sicherheitsproblem, um das wir uns kümmern müssen.

Seit elf Jahren sind Sie als Union für die innere Sicherheit zuständig. Es sind Ihre Behörden, die beim NSU versagt haben, die die Warnhinweise zur Terrorisusgefahr verstolpert haben und die auch für das Personaldefizit bei

Fortsetzung auf nächster Seite

der Bundespolizei verantwortlich sind, das Sie jetzt mühsam wieder schließen wollen. Sie selbst sind dafür zuständig. Sie können nicht noch mehr zur Verunsicherung beitragen. Es wäre Zeit, endlich einmal Sicherheitskonzepte vorzulegen.

Gibt es überhaupt steigende Kriminalitätsraten? Nicht bei Flüchtlingen. Alle Kriminalitätsraten bis auf eine sinken. Ja, die Zahl der Einbrüche steigt massiv an. Reiche Leute haben es da einfach. Sie legen sich Zäune und Alarmanlagen zu. Gelackmeiert sind die, die sich das nicht leisten können. Das ließe sich mit einem einfachen ordentlichen Programm beheben. Das wäre gut für Handwerker, und das wäre schlecht für Einbrecher. Sie könnten einmal real für mehr Sicherheit in diesem Land sorgen. Sie sind getrieben von Stimmungen, von Meinungsumfragen und von Eilmeldungen. Sie führen Symboldebatten um Hamsterkäufe und Bekleidungsverbote, statt zu tun, was zu tun ist. Zehn Dosen Ravioli statt Politik – Sie sind doch auf den Hund gekommen. Das erkennt man, wenn man sich das anschaut.

Nehmen wir die Flüchtlingspolitik. Alles verengte sich auf den einen Satz: Wir schaffen das. Im Herbst 2015 hat dieser Satz uns alle hier geeint. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung erklären Sie, Frau Merkel, dieser Tage, warum Sie an diesem Satz nichts ändern. Unter dem Strich vollziehen Sie allerdings, und zwar nicht erst seit Sie sich mit dem Türkei-Deal Herrn Erdogan ausgeliefert haben, nicht weniger als eine fast vollständige Kurskorrektur in der Flüchtlingsfrage. Sie nennen es nur nicht so. Sichere Herkunftsländer, Einschränkung des Familiennachzugs, Einführung von Sachleistungen – es gibt fast nichts, was Sie nicht schon abgeräumt hätten.

Herr Gabriel saß hier in diesem Haus mit dem großen Refugees-Welcome-Button der Bild-Zeitung. Heute fordert er Obergrenzen. Heute setzt Herr Gabriel ein korruptes Bankensystem gleich mit Flüchtlingen, die aus Kriegs- und Krisengebieten kommen, um eine neue Neiddebatte anzuzetteln. So geht Zusammenhalt in diesem Land nicht. Das spaltet, und das können wir uns nicht leisten.

Dabei ist es so, dass viele Menschen tatsächlich viel geschafft haben. Etwa 1 Million Geflüchtete, die Deutschland in kurzer Zeit aufgenommen hat, sind hier. Das war anstrengend. Das ging nicht ohne Reibungen. Es gab übersteigerte Erwartungen einiger, es gab Fehlverhalten, und ja, es gab Köln. Aber am Ende gibt es heute kaum noch eine Unterbringung in Turnhallen. Im Gegenteil: Etliche Aufnahmeeinrichtungen stehen leer,

und etliche kommunalpolitisch Verantwortliche sagen schon heute: Wir haben doch die Kapazitäten. Warum holen Sie nicht endlich die Familienangehörigen her? Die jungen Männer, die hier sind, werden verrückt, wenn sie wissen, dass ihre Kinder und ihre Frauen noch in Aleppo oder anderen Kriegsregionen sind. – Das ist eine der schändlichsten Entscheidungen, die Sie getroffen haben. Jetzt können wir es. Dann tun Sie es endlich. Der Familiennachzug muss wieder möglich sein.

Die Sprach- und Integrationskurse sind gefragt wie nie. Zehntausende Menschen engagieren sich. Die Arbeit allerdings wird in den Ländern und Kommunen erledigt, übrigens auch von sehr vielen engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern. Ich verstehe bis heute nicht, warum Herr Seehofer und Herr Söder nicht einfach stolz auf sie sind und in diesem Land stattdessen mit Dauerrepression und Defätismus agieren.

Aber natürlich gab es vor allem die Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft. Es waren Menschen da, die gesagt haben: Wir machen das jetzt. – Ihnen muss man danken. Ihnen danke ich auch heute noch einmal; denn sie haben durchgehalten und haben sich nicht verunsichern lassen. Sie tun einfach, was zu tun ist. Anders als Sie wollen sie nicht Abschottung und Ausgrenzung, sondern, dass Menschen hier wirklich ankommen,

Es gibt deutlich mehr Leute, die helfen und anpacken, als solche, die auf meiner oder anderen Facebook-Seiten Hasskommentare hinschmieren. Deswegen sollte sich unsere Politik an genau diese Menschen richten: an die Mehrheit, die dieses Land liebt, die ihre Heimat nicht nur verteidigt, sondern auch selbstverständlich teilt und offen ist.

An der Stimmung im Hinblick auf die Hilfsbereitschaft in unserem Land hat sich seit dem letzten Jahr übrigens wenig geändert. Ich finde ganz interessant, dass es die Evangelische Kirche in Deutschland sein musste, die die Menschen seit August letzten Jahres immer wieder befragt hat, wie sie die Aufnahmebereitschaft und die Flüchtlingssituation beurteilen. Das Ergebnis ist positiv geblieben. Vielleicht hätten auch Sie einmal eine solche Umfrage in Auftrag geben und weniger auf Herrn Seehofer oder andere hören sollen. Dann wüssten Sie nämlich, wie die Lage im Land wirklich ist.

Ihre Bilanz ist: Die Asylverfahren dauern mittlerweile im Schnitt wieder 7,3 Monate; das sind fast zwei Monate mehr als Anfang des Jahres. Das liegt nicht etwa daran, dass wieder mehr Leute gekommen sind – es sind ja weniger ge-

kommen –, sondern das liegt ganz einfach an Ihrer Politik. Inzwischen muss nämlich jeder syrische Flüchtling wieder zu einem Anführungsverfahren kommen.

Außerdem haben Sie die Altfälle immer noch nicht geregelt. Daran liegt das. Das ist Ihr eigenes Versagen. Damit schieben Sie weiterhin einen Berg vor sich her und sorgen dafür, dass die Leute nicht integriert werden können, dass sie weiter herumsitzen, dass sie warten, warten und warten, dass die Kinder nicht zur Schule gehen können und dass die Menschen nicht in Arbeit kommen. Das ist ein Versagen, ein Verstolpern und ein Hinauszögern einer Situation, was wir uns nicht leisten können. Deswegen: Ändern Sie das endlich!

Sie haben ein Integrationsgesetz auf den Weg gebracht, für das Sie sich immer noch feiern. Mir wird ganz schwummerig, wenn ich lese, was da drinsteht, und wenn ich mir vor Augen führe, was Sie damit bezwecken wollen.

Es ist nicht von dem Gedanken getrieben, dass Sie Integration und Zusammenleben verbessern wollen. Es ist davon getrieben, dass Sie so tun, als ob die Geflüchteten gar nicht integriert werden wollen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie wollen, und zwar in ihrer ganz großen Mehrheit. Dafür muss man auch sorgen. Diese Chance müssen wir ergreifen. Wir dürfen den Menschen nicht mit Argwohn und Misstrauen begegnen.

Das alles ist nicht einfach. Deswegen haben wir mit unserem Vorschlag „Fast and fair“ ein Modell vorgelegt, wie man schnelle Verfahren und, ja, auch schnelle Rückführungen organisieren kann. Das tut auch uns weh. Da mussten wir umdenken; aber das gehört dazu. Man kann das allerdings machen, und zwar schnell, rechtsstaatlich und so, dass es funktioniert. Was Sie wollen, ist, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, trotz Folter und trotz Verfolgung der Minderheiten in diesen Staaten. Man kann sich ja darüber streiten, wie man das findet. Wenn uns die Einhaltung der Menschenrechte dort wichtiger ist als Ihnen – bitte schön. Aber es fehlt doch nicht an der Regelung, dass diese Länder sichere Herkunftstaaten sind, sondern es fehlt vor allem an Rückkehrmöglichkeiten, weil diese Staaten die Leute nicht zurücknehmen.

Daran zu arbeiten, das wäre Ihr Job. Sie sollten aber keine Symboldebatten führen, meine Damen und Herren.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich im fernen China gefragt, welchen Anteil Sie an dem Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern haben, sicher auch nach den Wahlergebnissen Ihrer Partei in

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Ich bin sicher, dass es nicht an Ihrem Satz: „Wir schaffen das“ von damals lag, sondern an dem Eindruck, den Ihre eigenen Spitzenleute immer wieder erwecken, die nach dem Motto verfahren: Wir können das nicht schaffen. – Dieses Hin und Her, diese Unklarheit führt zu Verunsicherung und dazu, dass die AfD ihr Geschäft gar nicht mehr selbst betreiben muss, weil Ihre eigenen Leute das schon machen.

Wer jeden Blödsinn der Populisten nachplappert, der muss sich nicht wundern, wenn sie dann gewählt werden. Und an die CSU und Herrn Seehofer der einfache Satz: Wer die AfD stärken will, macht es einfach weiter wie Herr Seehofer. Das geht eins zu eins. – Ich kann es Ihnen jedoch nicht empfehlen.

Aber es gibt noch etwas, was mit Sicherheit zu dem Wahlergebnis beigetragen hat: Ihr Kriechen vor Herrn Erdogan und die Willfährigkeit, mit der Sie versucht haben, eine Entscheidung dieses Parlaments zu relativieren. Ich hoffe sehr, dass dieses ganze Haus nicht nur zu der Resolution steht, sondern dass wir klar und deutlich weiterhin sagen: Ja, das war ein Völkermord. Und ja, Deutschland hat hier eine Mitverantwortung. Daran gibt es nichts zu deuteln, nichts zu relativieren, und daraus gibt es keine falschen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Voraussetzungen, um Großes zu erreichen, können eigentlich nicht besser sein: Wir haben eine niedrige Arbeitslosenquote. Wir haben ein stabiles Wachstum.

Allein im letzten Halbjahr wurde in Deutschland ein Steuerplus von 18 Milliarden Euro erwirtschaftet. Ich finde, angesichts der Einnahmen und der Dringlichkeit von Investitionen, deren Fehlen wir ja hoch und runter alle beklagt haben, was die Infrastruktur angeht, kann man gerne auch von Entlastungen reden, aber, Herr Schäuble, bitte nicht wieder nach dem Motto „alles für alle“, sondern bitte genau dort, wo es notwendig ist, bei den Geringverdienern, bei den Familien, bei den Rentnern mit kleinen Einkommen, nicht nach dem Motto: Wir verteilen wieder Wahlgeschenke.

Wenn man die Menschen draußen fragt, hier in Berlin zum Beispiel, was sie vom Staat erwarten, der gerade einen solchen Überschuss hat, dann sagen die wenigsten: ein paar Euro weniger Steuern im Jahr. Die meisten sagen: Tun Sie endlich etwas gegen die steigende Miete und gegen die Verdrängung im Kiez! – Und das ist nicht allein in Berlin so. Es gibt zig Städte in Deutschland, wo man heute ein Drittel des Nettoeinkommens nur für die Miete aufbringen muss.

Sie haben eine Mietpreisbremse

eingeführt, die überhaupt nichts bringt. Jetzt, kurz von den Wahlen in Berlin, wundern Sie sich, dass es sogar dem Regierenden Bürgermeister von Berlin auffällt, dass die Maßnahme nicht wirkt, und sagen: Oh, jetzt machen wir aber eine richtige Mietpreisbremse. – Was glauben Sie, wie viel Vertrauen Sie da verspielt haben?

Wer ist eigentlich zuständig für den Wohnungsbau? Das sind einerseits in der Tat die Länder; andererseits ist es inzwischen aber eine nationale Aufgabe. Es ist eben nicht der Job, hier Konkurrenzen zu formulieren und die einen gegen die anderen auszuspielen, wenn es um Wohnungen geht.

Wer ist eigentlich zuständig für den Wohnungsbau in diesem Kabinett? Wenn ich es richtig weiß, ist es Frau Hendricks.

Frau Hendricks ergeht sich in falschen Mietpreisbremsen und in Ankündigungen. Sie könnten längst etwas tun. Stellen Sie doch die Wohngemeinnützigkeit wieder her! Dann bräuchten Sie keine Grundgesetzänderung.

Dann könnten wir in den Wohnungsbau investieren. Hören Sie doch auf, so verdrückt zu tun. Der Schwarze Peter liegt doch bei Ihnen. 1 Million Wohnungen in zehn Jahren, das wäre einmal eine Ansage. Das könnten wir finanzieren, und damit könnten wir auch zeigen, dass wir wissen, wo der Schuh drückt.

Wenn man nach Berlin schaut, dann freut man sich besonders über die wichtigste Baustelle der Hauptstadt, den BER. Sie hat jetzt gerade ihr zehnjähriges Jubiläum, die kaputte Visitenkarte einer Weltstadt, die auf Kreisniveau regiert wird. – Nein, das ist eigentlich nicht richtig; denn in vielen Kreisen wird wirklich gut regiert.

Sie wird unter diesem Niveau regiert. – Wowereit und Platzeck sind längst von Bord gegangen. Der Bund ist immer noch in der Verantwortung. Der BER ist ein Symbol geworden für Planlosigkeit, Überheblichkeit und Verschwendung einer Großen Koalition hier in Berlin. Meine Damen und Herren, das muss ein Ende haben, und zwar sehr schnell.

Wer so unverantwortlich mit Mitteln und Planungen umgeht, der hat es nicht verdient, weiter zu regieren.

Vor einem Jahr – Frau Merkel, Sie haben darauf hingewiesen – hat die Welt in Paris beschlossen, sich selbst retten zu wollen, und beim G 7-Gipfel in Elmau haben Sie sogar die totale Dekarbonisierung unserer Wirtschaft versprochen. Das ist eine Ankündigung zur Revolution, die komplett verpufft ist. Der Verkehr ist das große Sorgenkind. Sie beschäftigen in Ihrem Kabinett seit Jahren immer wieder Verkehrsminister, die anscheinend

vor allen Dingen nach einem Kriterium ausgesucht werden, nämlich danach, welchem Underperformer Sie das Ministerium geben, die man nur braucht, weil man eine Quote erfüllen muss. Sie planen eine Maut, die niemand will und die niemals kommt, während der Abgasskandal der deutschen Automobilindustrie richtig ins Herz trifft. Sie wollten Deutschland zum Vorreiter der Elektromobilität machen. Ihre Kaufprämie für Elektroautos ist aber ein totaler Rohrkrepierer. Bis 2020 wollten Sie die Zahl von 1 Million Elektroautos erreichen, gerade einmal 3 000 Anträge wurden gestellt. Aber was machen Sie? Sie verändern einfach das Ziel. So kann man das natürlich auch machen. Im Sozialismus hat man das übrigens auch so gemacht. Man hat das Ziel verändert, damit man es erreichen kann. So weit sind wir jetzt schon.

Nur zum Vergleich: Norwegen und die Niederlande steigen bis 2025 aus der Technologie Verbrennungsmotor aus, und in anderen Ländern entstehen Batteriefabriken. Wir subventionieren weiterhin fossile Kraftstoffe und Spritschlucker. Wenn Sie bei die-

sem Kurs bleiben, dann wird die Aktie von VW nicht die einzige bleiben, die einbricht. Unser Kohleausstiegsplan liegt auf dem Tisch. Bedienen Sie sich gerne.

Dann würde es nämlich nach vorne gehen und nicht weiter nach hinten in die schwarze Vergangenheit.

Gestern hat die Umweltministerin eine komplette Bankrotterklärung abgegeben. Die Überschrift ist fast das Einzige, was geblieben ist; „Klimaschutzplan“ soll es heißen. Die Klimaziele in den Bereichen Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Kohle wurden schon von Gabriel gestrichen; den Rest hat das Kanzleramt gekippt – ganz nach dem Motto: Die Welt sollen jetzt einmal die anderen retten, wir schützen unsere Klientel. – Das hilft dem Klimaschutz und den kommenden Generationen nicht, und das wird uns auch wirtschaftlich zurückwerfen; denn wenn man in die Zukunft investieren will, dann geht das nicht ohne Klimaschutz und ohne klare Vorgaben.

Ich habe vor einem Jahr einen Satz gesagt, der mir gerne vorgeworfen wird. Ich habe gesagt: Unser Land wird sich ändern, und

zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!

Diese Aussage steht. Der Wandel ist so sicher wie der nächste Winter. Wir können uns entscheiden, ihn zu gestalten oder uns auszuliefern. Frau Merkel hat es heute gesagt, gestern hat es auch Herr Schäuble gesagt: Es hilft alles nichts; unser Land verändert sich. – Das Dümme, was wir tun könnten, wäre aber, aus Angst vor Veränderung das infrage zu stellen, was uns ausmacht und was übrigens auch der Grund ist, weswegen die Menschen zu uns kommen. Sie kommen zu uns, weil wir ein Land der Freiheit, der Demokratie und des Zusammenhalts sind. Unsere Antworten sind nicht Mauern, Abschottung und Ausgrenzung. Die Vorstellung, Deutschland in der Mitte Europas mit seiner Geschichte und seiner wirtschaftlichen Verflochtenheit in der Globalisierung habe die Chance, alle Vorteile zu genießen und die Nachteile auszublenden, ist naiv und gefährlich. Genau das müssen Sie sehr schnell ändern.

Wir leben in einer permanenten Umbruchsituation, und ich kann die Unsicherheit, die dies nach sich zieht, nachvollziehen: die

Furcht vor Jobverlust, sozialem Abstieg, fehlenden Aufstiegschancen für Kinder, Terroranschlägen usw. Aber waren wir in der Vergangenheit eigentlich jemals sicher? Haben wir nicht über Jahrzehnte gelernt, auf eigenen Füßen zu stehen und Verantwortung zu übernehmen? Das geteilte Deutschland in Zeiten der nuklearen Bedrohung mitten im gesellschaftlichen und sozialen Wandel der 68er, herausgefordert durch Waldsterben und sauren Regen, umgeben von einem Europa, in dem es mehrere Diktaturen gab, das war doch kein idyllischer Ort. Dass die Schwierigkeiten erfolgreich überwunden wurden, lag nicht daran, dass die Bedingungen damals besser waren, sondern daran, dass wir alle Willfähigkeiten und Widrigkeiten in einer Demokratie gemeinsam bestanden haben. Wenn die ostdeutsche Bevölkerung nicht den Mut aufgebracht hätte, ihre Debatten in den Küchen und Kirchen in den Protest auf Plätzen und Straßen zu verwandeln, wo wären wir dann heute? War das einfach? Nein, es war nicht einfach. Es war eine der schwierigsten Zeiten.

Es gibt ein Erfolgsrezept, das wir

mitnehmen müssen, wenn wir die anstehenden Veränderungen gestalten wollen: Wir sind eine offene, eine plurale Gesellschaft mitten in Europa. Wir streiten uns sachlich und finden auch Kompromisse. Wenn es bei einer Institution kriselt, dann fangen die anderen sie auf. Wir machen das einfach. Das ist unser Land, und das ist auch das Land, in der 80 Prozent der Bevölkerung unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft gut finden.

Das ist unser Land, und wir haben es zu verteidigen. Es ist ein Land, das es verdient hat, gut regiert zu werden, nicht chaotisch, nicht indem jemand, der nicht am Kabinettstisch sitzt, aber Teil der Regierung ist, Herr Seehofer, das Geschäft der Rechtspopulisten macht, nicht in Verantwortungslosigkeit, sondern in Planbarkeit. Der Satz „Wir schaffen das“ war nicht falsch; aber es hat gefehlt, zu sagen, wie wir das schaffen, zu sagen: Wir machen das jetzt, weil wir es können und weil wir das Land zusammenhalten wollen.

Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Mehr für Prävention und den sozialen Zusammenhalt tun



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Mir ist aufgefallen, dass sowohl Frau Göring-Eckardt als auch Herr Bartsch in drastischen Worten über unser Verhältnis zur Türkei geredet haben und dabei auch immer wieder Formulierungen wie „Die Große Koalition kniet nieder vor Herrn Erdogan“ und „Sie handelt ausschließlich opportunistisch“ benutzt haben. Ich finde, Sie müssen aufpassen, dass Sie mit solchen Formulierungen – ganz ungewollt, da bin ich sicher – nicht antitürkische Ressentiments in diesem Lande mobilisieren, die von ganz rechts und manchmal auch von ganz links vertreten werden. Das halte ich für falsch.

Ich glaube, wir sollten mit der Türkei sehr differenziert umgehen. Ich bin Cem Özdemir dankbar, dass er klargestellt hat – da sind wir alle einer Meinung –: Die Resolution zu Armenien, die wir hier verfasst haben, gilt ohne Wenn und Aber. Da gibt es keine Relativierungen, und da gibt es schon gar nichts zurückzunehmen.

Wenn Präsident Erdogan jetzt einen Weg sucht, gesichtswahrend aus dem unmöglichen Verbot für uns Abgeordnete herauszukommen, unsere Soldaten zu besuchen, dann ist das die eine Sicht. Wie man das politisch interpretiert, ist die andere Sicht. Ich finde, wir sollten die Dinge auseinanderhalten.

Dazu gehört auch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Viele sagen: Das muss wegen des Putsches gekündigt werden. – Ich finde, die Dinge haben erst einmal nichts miteinander zu tun. Der Putsch in der Türkei war nicht nur ein Angriff auf Erdogan und die AKP. Das war ein Angriff auf die Demokratie insgesamt. Ich bin froh darüber, dass die Türken diesen Putsch mutig abgewehrt haben.

Aber was jetzt gemacht wird, ist nicht die Verteidigung der Demokratie; das geht weit darüber hinaus.

Wenn Zehntausende Beamte, Lehrer und Richter festgenommen werden, die erkennbar nichts mit dem Putsch zu tun haben, dann ist das ein Angriff auf den Rechtsstaat. Dazu dürfen wir nicht schweigen.

Auch Sie, Frau Wagenknecht, haben gesagt: Wir verkaufen unsere Werte, wenn wir mit der Türkei ein solches Flüchtlingsabkommen machen. – Dazu kann ich nur sagen: Was ist das denn für ein Abkommen? Das Abkommen hilft den Flüchtlingen in der Türkei. Da sind 2,5 Millionen Flüchtlinge, die jahrelang keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen oder zu Bildungseinrichtungen hatten und die nicht arbeiten durften. All das wird jetzt geändert. Wir können doch nicht, nur weil Herr Erdogan eine falsche Politik macht, ein Abkommen kündigen, das allen nützt: den Flüchtlingen, der Türkei und Europa. Es nützt am Ende auch Deutschland. Ich bin dafür, dass dieses Abkommen Bestand haben muss.

Ich möchte gerne zur Situation im Lande kommen. Wir haben am Sonntag einen Wahltag erlebt, an dem alle in diesem Haus vertretenen Parteien verloren haben. Ich bin froh, dass wir in der jetzigen Debatte nicht den üblichen Streit darüber

führen, wer am meisten oder am wenigsten verloren hat. Denn Verlierer dieser Entwicklung werden nicht einzelne demokratische Parteien sein, sondern allenfalls die Demokratie insgesamt.

Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Menschen mit Respekt zueinander zusammenleben und der Staat den inneren Frieden garantiert. Wenn eine Partei wie die AfD, die gezielt Stimmung gegen Flüchtlinge und Einwanderer bzw. gegen Ausländer macht, nunmehr schon zum zweiten Mal mit über 20 Prozent bei einer Landtagswahl in ein Parlament einzieht, dann ist das eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land.

Ich sage ganz klar: Wir wollen eine offene, hilfsbereite und tolerante Gesellschaft. Aber das geht nur in einem Staat, der verbindliche Regeln setzt, die für alle gelten und die er auch durchsetzt. Ich finde, wir können den Rechtspopulisten das Wasser am schnellsten und am besten dadurch abgraben, dass wir mit einem handlungsfähigen starken Staat für soziale Sicherheit und für öffentliche Sicherheit sorgen.

Das Sicherheitsgefühl der Bürger hat sich in diesem Sommer grundlegend geändert. Die Anschläge von Würzburg, München und Ansbach haben uns im deutschen Alltag getroffen. Diese Anschläge, egal ob sie von islamistischen oder rechtsextremen Ideologien motiviert waren, haben uns alle tief erschüttert. Aber die Antworten auf diese sehr unterschiedlichen Ereignisse haben ge-

zeigt, dass wir in der Lage sind, richtig zu handeln. In einer Situation, in der Panik und Chaos erzeugt werden sollten, haben unsere Sicherheitskräfte mit Ruhe und Gewissenhaftigkeit reagiert. Dafür möchte ich den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land von dieser Seite aus ganz herzlich danken.

Bei Dank aber darf es nicht bleiben. Bereits bei der Beratung des vergangenen Haushaltes haben wir uns erfolgreich für die Aufstockung der Bundespolizei um 3 000 Stellen eingesetzt. Das war ein richtiger erster Schritt. Jetzt wollen wir weitere 3 000 Stellen im Haushalt verankern. Mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum stärkt nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie verbessert auch entschieden die Möglichkeit, Gefahren abzuwehren, Straftaten aufzuklären und Verbrecher dingfest zu machen. Die Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt und Terror gehört in die Hände einer professionell ausgebildeten und gut ausgestatteten Polizei. Auch wenn asymmetrische Kriege innere und äußere Sicherheit immer stärker miteinander verweben, sollte man daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Wir haben in Deutschland eine klare Aufgabenteilung. Die Polizei ist zuständig für die innere Sicherheit, die Bundeswehr für die äußere Sicherheit. Schon deshalb, weil die Soldaten ganz anders ausgebildet werden, ist die Bundeswehr keine polizeiliche Reservearmee.

Fortsetzung auf nächster Seite

Das Grundgesetz lässt bereits heute zu, dass die Bundeswehr bei besonders schweren Unglücksfällen und terroristischen Großlagen eingesetzt werden kann. Diese Möglichkeit in besonderen Ausnahmefällen ist sinnvoll. Darüber gibt es auch gar keinen Dissens. Dazu brauchen wir aber nicht die Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr und auch keine Änderung der Verfassung.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind wahrhaftig groß. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, dass wir uns voll darauf konzentrieren und dass nicht immer wieder Ablenkungsdebatten geführt werden. Wenn wir eine starke Gesellschaft wollen, dann dürfen wir keine schwachen Diskussionen führen, die an den realen Problemen vorbeigehen.

Ich bin Ihnen, Herr Bundesinnenminister de Maizière, dankbar dafür, dass Sie eine weitere Phantomdiskussion gestoppt haben und vor allem den Berliner Innensenator Henkel bei der unseligen Debatte über das Burkaverbot in die Schranken gewiesen haben. Wir können in der Tat nicht alles, was wir ablehnen, auch verbieten. Natürlich muss man dazu eine Position haben. Und natürlich lehnen wir alle hier die Burka ab. Das ist nicht vereinbar mit den Werten einer offenen Gesellschaft und mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Aber auch wenn es gute Gründe gibt, die Burka abzulehnen, so spüren die Menschen doch ganz genau: Mit innerer Sicherheit hat das weiß Gott nichts, aber auch gar nichts zu tun. Und deshalb sollte man das auch nicht in solche Zusammenhänge stellen. Wer solche Diskussionen hochzieht, die Angst machen, und wer Probleme definiert, für die er anschließend keine Lösungen bringen kann, der trägt dazu bei, dass sich Angst und Unsicherheit in dieser Gesellschaft verstärken. Der arbeitet am Ende der AfD direkt in die Hände. Das sollten wir unterbinden.

Ich war letzte Woche hier in Berlin auf dem Alexanderplatz. Von dort gibt es ja immer wieder auch Beschwerden bezüglich der inneren Sicherheit bzw. über Übergriffe. Ich habe mit Gewerbetreibenden dort gesprochen, die selber schon Opfer von Kriminalität geworden sind. Die haben einen ganz einfachen dringenden Wunsch, dass nämlich nach dem Vorbild der Davidwache in Hamburg auf dem Alex eine Kombiwache eingerichtet wird, in der die Bundespolizei – die wegen des Bahnhofs sowieso dort sein muss – und die Landespolizei zusammenarbeiten. Ich frage mich: Warum können in diesem Land so einfache, verständliche und richtige Wünsche von Gewerbetreibenden nicht schnell umgesetzt werden?

Ich fasse noch einmal zusammen: Es darf keine Phantomdebatten mehr geben. Wir brauchen mehr Polizei auf Deutschlands Straßen und Plätzen. Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Polizei und der Nachrichtendienste sowie einen schnelleren und

gezielteren Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden; daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Auch wenn es keine absolute Sicherheit und keinen perfekten Schutz vor Terroranschlägen und Amokläufen gibt, müssen wir sehr viel mehr für Prävention und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft tun. Denn wahr ist – auch wenn Ausnahmen die Regel bestätigen –: Menschen, die eine Zukunft für ihr Leben und das Leben ihrer Kinder sehen, sind weniger anfällig für Extremismus sowie für Hass und Gewalt. Ein guter Schulabschluss, echte Aufstiegschancen und eine Perspektive in der Mitte der Gesellschaft gehören deshalb ebenfalls zu einer richtig verstandenen Sicherheitspolitik.

Auch deshalb sind Ausstiegsprogramme und Projekte zur Reintegration in die Gesellschaft so wichtig. Manuela Schwesig hat im vergangenen Jahr mit dem Programm „Demokratie leben!“ einen Ansatz gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit geschaffen. Wir werden nun die Mittel auf 100 Millionen Euro verdoppeln. Das ist eine gute Investition in die Sicherheit unserer Gesellschaft. Ich bin davon überzeugt, dass weniger Menschen für Hassbotschaften empfänglich werden, wenn es uns gelingt, die Aufnahme von Flüchtlingen in geordnete Bahnen zu lenken und die Flüchtlinge mit Bleiberecht möglichst schnell und gut zu integrieren. Wir haben mit unserem Integrationsgesetz einen großen Schritt nach vorn gemacht. Wir haben erstmals verbindliche Regeln für die Integration in Deutschland geschaffen. Deren Einhaltung müssen wir aber auch einfordern. Fördern und Fordern gehören zusammen. Nur wenn beides zusammengeht, kann Integration funktionieren. Bei Förderprogrammen betreffend Wohnraum, Kinderbetreuung und Arbeitsplätzen müssen wir genau darauf achten, dass Flüchtlinge und Deutsche gleichermaßen davon profitieren, dass Flüchtlinge und Deutsche nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir sind eines der wenigen Länder mit enormen Steuerüberschüssen; der Bundesfinanzminister hat gestern darüber gesprochen. Aber gleichzeitig haben wir einen riesigen Nachholbedarf in unserem Bildungssystem. Wenn wir nun für die Bildung von Flüchtlingen viel tun, müssen wir die Gelegenheit nutzen, auch gezielt die Mängel unseres Bildungssystems anzugehen, Mängel, die dazu führen, dass viele Menschen in unserem Land Nachteile haben. Auf jede Schule, die gut in Schuss ist, kommt eine, die dringend sanierungsbedürftig ist. Hier bröckelt wortwörtlich das Fundament. Ich kann nur sagen: Haushaltsüberschüsse auf der einen Seite und sanierungsbedürftige Schulen auf der anderen Seite, das passt nicht zusammen.

Die Bildungschancen sind ebenfalls sehr unterschiedlich verteilt. Während drei von vier Akademikerkindern studieren, schafft nur jedes vierte Arbeiterkind eine Hochschulzulassung. Es geht nicht darum, dass alle studieren. Wir brauchen noch dringender gut ausgebildete Fachkräfte im Rahmen des dualen Systems. Aber für viele Berufe ist heute das Abitur die Ausbildungsvoraussetzung. Wenn es für Sozialdemokraten eine Grundüberzeugung gibt, dann ist es diese: Wenn jemand Bildung sucht, wenn jemand Chancen nutzen will, wenn jemand einen Abschluss erreichen will, dann darf es keine Rolle spielen, woher er kommt.

Einen Bildungs- oder Ausbildungsabschluss gibt es nicht ohne eigene Anstrengungen. Aber jeder, der sich anstrengt, muss eine Chance haben. Dies muss der Staat garantieren. Deshalb: Lassen Sie uns endlich das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und gemeinsam anfangen. Wir haben in der Großen Koalition vieles für die Menschen in unserem Land erreicht. Der Mindestlohn hat zur größten Lohnsteigerung in der jüngeren Geschichte geführt. Mit dem Integrationsgesetz haben wir die Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammengehalten.

Wir haben die Frauenquote und das Elterngeld Plus eingeführt. Mit einer Pflegereform haben wir enorme Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht. Wir haben Milliardenentlastungen für Städte und Gemeinden durchgesetzt.

Übrigens, Kollege Bartsch, im Haushalt stehen nicht Entlastungen in Höhe von 600 oder 700 Millionen Euro, sondern von 2,5 Milliarden Euro für 2017. In der mittelfristigen Planung für 2018 sind es Gesamtentlastungen in Höhe von 5 Milliarden Euro. Da haben Sie, glaube ich, den Haushaltsentwurf nicht richtig gelesen. Ich muss das an dieser Stelle richtigstellen.

Wir haben mit all diesen Maßnahmen das Leben für viele Menschen in Deutschland spürbar verbessert. Wir werden auch in den letzten zwölf Monaten dieser Koalition daran arbeiten, dass wir in Deutschland eine starke Wirtschaft und dass wir ein soziales Land haben werden.

Gestern hat Bundesfinanzminister Schäuble erfreulicherweise die Feststellung treffen können, dass die erheblichen Haushaltsüberschüsse, die wir haben, Raum für eine Steuerentlastung geben. Ich habe noch nicht überprüfen können, ob es tatsächlich 15 Milliarden Euro sind, die zur Verfügung stehen. Wir wissen noch nicht, wie es mit dem Soli weitergeht. Wir wissen auch noch nicht, welche Belastungen auf den Bund im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen noch zukommen. Aber es wird Spielraum geben. Ich denke, das ist eine Situation, die wir nutzen können und

nutzen wollen, um kleine und mittlere Einkommen in diesem Land zu entlasten.

Ich bin nicht dafür, dass wir das in dem üblichen Verfahren machen, mit einer großen Gießkanne, unabhängig davon, wie groß die Einkommen oder die Vermögen sind. Wir wollen Arbeitnehmer entlasten. Dann darf man nicht nur auf die Steuern schauen; denn viele im unteren und mittleren Einkommensbereich zahlen relativ wenig Steuern, aber sie sind durch die Sozialabgaben hoch belastet. Schon vom ersten Euro an müssen sie 20 Prozent Sozialabgaben zahlen. Also müssen wir schauen, ob wir eine effektive, zielgenaue Entlastung für Arbeitnehmer im unteren und mittleren Einkommensbereich über Abgaben hinbekommen. Das wäre der richtige Weg für die SPD.

Wir haben uns jetzt noch einiges sehr konkret vorgenommen. Wir haben eine erste Rentenreform mit der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente nach 45 Beschäftigungsjahren gemacht. Jetzt kommt der zweite Teil der Rentenreform. Die Betriebsrente wollen wir stärken. 40 Prozent der Arbeitnehmer bekommen keine betriebliche Altersversorgung. Deshalb freue ich mich, dass Andrea Nahles und auch Finanzminister Schäuble ein Konzept erarbeiten, mit dem die Betriebsrente auch für kleine und mittelständische Unternehmen attraktiv gemacht wird.

Wir sind uns im Grundsatz einig, dass mehr als 25 Jahre nach der deutschen Einheit auch die Angleichung der Renten überfällig ist. Mein lieber Kollege Bartsch, was Sie da zum Besten gegeben haben, zeigt mir doch, dass Sie trotz Ihrer am Ende Ihrer Rede zum Ausdruck gebrachten Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu übernehmen, davon noch ein Stück weit entfernt sind. Das betrifft nicht nur die Außenpolitik.

Das ist ein klassisches Beispiel. Wir wollen die Angleichung der Ostrente an die Westrente bei der Rentenhöhe. Da sind wir hundertprozentig einer Meinung. Aber eine Angleichung bedeutet auch, dass die rentenrechtliche Aufwertung von Arbeitnehmereinkommen zu Ende gehen muss.

– „Warum?“ Weil es überall in Deutschland Arbeitnehmer gibt, die diese Aufwertung auch gerne hätten. Sie hingegen wollen, dass dies das Privileg einer bestimmten Gruppe bleibt. Damit bringen Sie eben keine Gesamtverantwortung für Deutschland zum Ausdruck. Andererseits bin ich entschieden der Auffassung, dass die Rentenangleichung nicht von den Arbeitnehmern und den Beitragszahlern finanziert werden darf, sondern sie muss selbstverständlich aus Steuermitteln finanziert werden.

Herr Schäuble, diese Mittel sind ja nach dem, was Sie gestern vorgetragen haben, offenkundig auch vorhanden. Ich verstehe nicht, warum eine solche Finanzierung noch ein Problem ist. Zur Lebensleistungsrente. Für mich ist

klar, dass, wer jahrzehntlang gearbeitet und Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hat, im Alter mehr haben muss als jemand, der gar nicht gearbeitet hat. So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart. Deshalb gehe ich davon aus, dass sich alle Regierungsparteien daran halten.

Zu sozialer Sicherheit gehört für mich auch, dass wir Menschen mit Behinderungen stärken. Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen in dieser Legislaturperiode. Behinderung darf keine Armutsfalle sein, nicht für die Menschen mit Behinderungen, aber auch nicht für ihre Familien.

Auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag vereinbart ist, kann ich mir vorstellen, dass wir uns noch einmal vornehmen, die Situation von 1,6 Millionen Alleinerziehenden, von denen viele nur für einen kurzen Zeitraum Unterhaltszahlungen bekommen, zu verbessern. Ich finde, dass sich Alleinerziehende in Deutschland, von denen übrigens die meisten erwerbstätig sind, darauf verlassen können müssen, dass sie jeden Monat bis zur Volljährigkeit tatsächlich einen Unterhaltsvorschuss bekommen. Wenn der Staat ihn leistet, muss er ihn hinterher bei den Zahlungspflichtigen wieder eintreiben.

Nachdem wir schon erhebliche Mittel in den sozialen Wohnungsbau gesteckt haben, nachdem wir die Mittel dafür mehr als verdoppelt haben, müssen wir uns trotzdem noch einmal mit dem Thema „Mieten und Wohnen“ beschäftigen. Wir haben einen übergroßen Wohnungsbedarf in Deutschlands Ballungszentren. Viele Menschen in unseren Großstädten haben Angst davor, dass sie durch explodierende Mieten aus ihren Vierteln und Kiezen verdrängt werden. In einer sozialen Marktwirtschaft ist es die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass es bezahlbaren Wohnraum gibt und dass Mieter und Mieterinnen Sicherheit haben und sich nicht solche Sorgen machen müssen.

Wir unterstützen Städte wie Hamburg und Berlin nach Kräften. Gerade hier in Berlin haben wir mit dem Dragoner-Areal ein Gelände, das von der BImA nach dem Prinzip „Wer den höchsten Preis zahlt, der bekommt auch diese innerstädtischen Filetstücke“ bebaut wird. Ein Investor hat das Doppelte des Verkehrswertes von 18 Millionen Euro gezahlt. Das ist der falsche Weg. Die BImA muss endlich vom Prinzip des Verkaufs zum höchsten Preis abkehren, damit kommunale Wohnungsbauprojekte nicht jedes Mal gegen Spekulanten den Kürzeren ziehen. Meine Damen und Herren, auch ich möchte, dass in Zukunft alle gesellschaftlichen Gruppen in unseren Städten einen Platz haben und dass die Mittelschichten nicht durch Luxussanierungen aus den Innenstädten verdrängt werden.

(Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage ganz klar: Wir wollen eine offene, hilfsbereite und tolerante Gesellschaft.

Volker Kauder, CDU/CSU:

Selbstbewusst formulieren, wie unser Land aussehen soll



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Die Haushaltsdebatte am Mittwoch einer Haus­haltswoche ist der Ort, wo über grundsätzliche politische Aufgaben, Herausforderungen, unterschiedliche Auffassungen diskutiert und im besten Sinne des Wortes auch gestritten wird. Aber natürlich sollte sich die Debatte in der Haushaltswoche von anderen Debatten dadurch unterscheiden, dass immer wieder auch der Blick auf den Haushalt geworfen wird und die Frage gestellt wird: Reicht das, was wir im Haushaltsentwurf vorlegen, um die zentralen großen Aufgaben auch lösen zu können? Wolfgang Schäuble hat dazu gestern in seiner Einbringungsrede einige wirklich bedeutende Hinweise gegeben. Ich möchte weiter an dieser Linie nachvollziehen: Welche Herausforderungen haben wir? Welche Instrumente stellen wir dafür zur Verfügung? Reicht das Ganze auch? Welchen Beitrag muss der Deutsche Bundestag und – darüber wurde bisher gar nicht gesprochen – welchen Beitrag muss dazu auch der Bundesrat leisten.

Denn an der Bundesgesetzgebung wirkt der Bundesrat als Verfassungsorgan mit. Dass wir die eine oder andere Aufgabe nur deswegen nicht lösen, weil wir es nicht wollen, stimmt ja nicht; wir können sie deswegen nicht lösen, weil es im Bundesrat eine andere Mehrheit gibt. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, haben wir nachher noch einiges miteinander zu besprechen; darauf komme ich schon noch zurück.

Wenn wir die Situation in unserem Land anschauen, erkennen wir: Sie ist natürlich geprägt durch die Diskussion über Flüchtlinge, über Zuwanderung und über Integration. Dies hat neben anderen Punkten – ich betone dies ausdrücklich – auch am vergangenen Sonntag bei der Wahlentscheidung

eine Rolle gespielt. Ich bin sehr froh darüber, dass alle in diesem Hause erklärt haben, dass alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nachzudenken haben und sich ihre Gedanken darüber zu machen haben: Was ist da geschehen?

Aber es reicht nicht aus, sich darüber nur Gedanken zu machen. Ich habe eine Erfahrung als Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg gemacht, als es darum ging, auch nach hohen Zahlen von Asylbewerbern, die Republikaner wieder aus dem aktiven politischen Geschehen herauszubringen. Es ist eine Erfahrung, die mich, wenn ich die Wirklichkeit jetzt anschau, schon etwas beschäftigt: Es wird nur dann gelingen, wenn wir in der Sache bei unterschiedlichen Auffassungen miteinander um den besten Weg ringen; aber es wird nicht gelingen, wenn wir uns gegenseitig Vorhaltungen machen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Wenn man, nur um einen kleinen Punktgewinn zu erzielen, dem anderen etwas unterstellt, von dem man hundertprozentig weiß, dass es nicht stimmt, ist dies nicht in Ordnung, um das mal klar zu sagen.

Wenn ich mir da den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern anschau, muss ich sagen: Da muss sich mancher überlegen, ob da nicht schon das Ergebnis sein muss, so nicht weiterzumachen.

Herr Bartsch, zunächst einmal haben Sie in einem Punkt recht. Wir beide stammen aus dem letzten Jahrhundert. Sie sind 1958 geboren, ich bin 1949 geboren.

Das ist aber – das kann ich nach Ihrer Rede feststellen – die einzige Gemeinsamkeit, die wir haben.

Jetzt will ich sagen: Es ist nicht redlich, einfach davon zu reden, es sei bei der inneren Sicherheit nichts geschehen, es sei bei der inneren Sicherheit gespart worden.

Es ist Fakt – ich habe die Zahlen vorliegen –, dass es von 1998 an sowohl beim BKA als auch bei der Bundespolizei an Stellen einen Zuwachs gegeben hat. Es ist nicht so, dass dort gespart worden ist. Von 1998 bis 2016 sind allein bei der Bundespolizei 2 001 Stellen neugeschaffen und besetzt, also nicht nur ausgebracht worden, und beim BKA sind 665 neue Stellen nicht nur ausgebracht, sondern besetzt worden.

Wenn man sich dann aber an dieses Pult stellt und sagt, dort sei eingespart worden, dann wird

man dabei erwischt, dass man etwas Unwahres sagt. Ich kann dazu nur sagen: Ich habe den Verdacht, dass vieles von dem, was Sie sagen, nicht wahr ist, lieber Herr Dr. Bartsch. Darauf muss ich großen Wert legen.

Die Erkenntnis vom letzten Sonntag ist: in der Sache hart streiten, aber nicht mit Unterstellungen arbeiten.

Nun komme ich zum zweiten Punkt, der die Menschen natürlich bewegt hat. Wir wissen sehr wohl, dass auch im Zusammenhang mit der Diskussion um Flüchtlinge in unserer Bevölkerung Fragen zur Türkei gestellt werden, und wir wissen sehr genau, dass es hier kritische Nachfragen und auch Sorgen gibt. Dabei haben wir als Abgeordnete im Deutschen Bundestag bei der Armenien-Resolution völlig selbstbewusst nur auf uns zu schauen. Ich habe, Herr Dr. Bartsch und Frau Göring-Eckardt, nirgendwo aus dem Deutschen Bundestag gehört, dass wir unsere Armenien-Resolution infrage stellen, überhaupt nicht. Auch die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass sie ebenfalls zugestimmt hat und sie ebenfalls nicht infrage stellt.

Was sollen dann solche Diskussionen, die die Menschen nur irritieren und nicht auf der Wahrheit beruhen?

Dazu kann ich nur sagen: Mit dem wahrheitsgemäßen Umgang können wir auch jene isolieren, die am letzten Wahlsonntag über 20 Prozent bekommen haben, die aber mit den Dingen, wie sie wirklich sind, nicht so umgehen wie notwendig, sondern Behauptungen aufstellen und Ängste schüren, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Das sollten wir in der Auseinandersetzung in diesem Hause nicht fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, im letzten Jahr sind viele Menschen gekommen. Aber wir haben darauf reagiert. Im letzten Monat, im August, sind 80 Prozent weniger Flüchtlinge nach Deutschland gekommen als im August des letzten Jahres.

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es ist nicht so, als hätten wir nichts getan und nur gewartet. Auch aus unserer Koalition war der eine oder andere Satz dazu zu hören. Nein, wir haben miteinander etwas getan, und das sollten wir auch sagen. Wir haben ein Integrationsgesetz auf den Weg gebracht, das fordert und fördert. Wir haben zwei Asylpakete be-

geschlossen und damit dafür gesorgt, dass sich in diesem Land etwas verändert, und wir haben vor allem mit der Einstufung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer dafür gesorgt, dass sich Menschen vom Balkan – sie haben im letzten Jahr ein großes Kontingent von Zuwanderern gestellt –, nicht mehr auf den Weg machen, weil sie sich sagen: Wir kommen aus einem sicheren Herkunftsland, deshalb lohnt es sich überhaupt nicht, dass wir Schlepfern Geld in die Hand geben. Wir machen uns daher gar nicht erst auf den Weg.

Was heißt „sicheres Herkunftsland“? Frau Göring-Eckardt, dabei geht es nicht in erster Linie darum, die Menschen dorthin zurückzubringen, vielmehr geht es darum – das ist eine zutiefst menschliche Aktion –, Menschen davor zu bewahren, sich Schlepfern in die Hand zu begeben, die letzten Ersparnisse auszugeben, um in ein Land zu kommen, in dem ihnen nachher gesagt wird: Es war alles umsonst, ihr könnt hier nicht bleiben.

Deshalb ist es notwendig, die Botschaft vom sicheren Herkunftsland auszugeben. Es ist notwendig, damit sich die Menschen nicht in eine Falle von anderen begeben, die, wie mir inzwischen gesagt wurde, durch den Handel mit Menschen mehr Ertrag machen als durch den Handel mit Drogen. Dies dürfen wir auf keinen Fall zulassen. Deswegen muss Schlepperbanden aus Ländern, die wir zu sicheren Herkunftsländern erklären können, das Handwerk gelegt werden.

Wie Sie wissen, bin ich ja mit einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der Grünen in Punkten, wo es um Menschenrechte, Religionsfreiheit und verfolgte Christen geht, durchaus einig. Frau Roth und ich kreuzen immer wieder einmal unsere Wege in solchen Regionen, wo wir gemeinsame Ziele verfolgen.

– Ja, es ist doch nichts Schlechtes, wenn viele aus dem Deutschen Bundestag in den Regionen unterwegs sind, wo es wirklich um Menschenrechte geht bzw. darum, sich tatsächlich für Religionsfreiheit einzusetzen.

Aber dann muss auch die Konsequenz gezogen werden, dass wir alles tun, um denen das Handwerk zu legen, die diesen Menschen, die uns besonders wichtig sind, übel mitspielen. Deswegen meine ich schon, dass Ihre Partei jetzt im Bundesrat dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg folgen sollte und ihre Zustimmung geben sollte, dass die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

Das würde sehr helfen, um noch einen weiteren Schritt zu machen

auf dem Weg hin zu den Zielen, die wir erreichen wollen.

Die Sozialdemokraten, unser Koalitionspartner, mit dem wir, wie ich finde, bei allen unterschiedlichen Auffassungen und manchem Wahlkampfgeplänkel, das schon stattfindet, dem Land eine gute Regierung stellen – unter unserer Führung – Herr Kahrs, Sie müssen zugeben, dass ich Ihnen da in nichts nachstehe. Von daher gesehen ist das auch in Ordnung. – Ich meine also schon, dass man sich als SPD-Führungsspitze da nicht hinstellen und herumphilosophieren kann, was noch alles gemacht werden muss. Die SPD trägt ja Verantwortung in Bundesländern, die im Bundesrat dem nicht zustimmen. Da würde ich mir einmal wünschen, dass der SPD-Parteivorsitzende mal in seiner Partei darüber redet, was notwendig ist, um die Ziele zu erreichen, die auch er formuliert hat. Das heißt in diesem Fall, im Bundesrat die Zustimmung dazu zu geben, weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Herr Kollege Oppermann lächelt mir zu, weil er weiß, dass ich recht habe. Insofern wird das natürlich auch vorangebracht werden.

Das heißt also: Wir haben doch etwas erreicht. Darauf, was Menschen beunruhigt, was Menschen verunsichert, geben wir die Antwort: Ja, das wissen wir, und das nehmen wir ernst. – Da sind wir auf dem Weg und haben bereits einige Erfolge erzielt. Die Zahl der Abschiebungen ist deutlich erhöht worden, die freiwilligen Rückführungen funktionieren. Da ist noch manches zu tun, aber wir sind auf dem Weg.

Wir haben natürlich auch, wenn wir an den Haushalt denken, dafür die Voraussetzungen geschaffen, sowohl für Integration als auch für all das, was mit dem Thema Sicherheit zusammenhängt. Wir haben aber im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt auch eine Aufgabe vor uns, die für die Bevölkerung jetzt keinen großen Charme hat und die auch keine große Begeisterung oder Anteilnahme auslöst, die aber für die Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Das ist die Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die wir ja in dieser Legislaturperiode, wenn es irgend geht, auch noch lösen wollen.

In diesem Zusammenhang will ich einmal sagen: Ja, dazu sind wir bereit. Aber zwei Dinge, finde ich, müssen schon einmal klargestellt werden:

Erst einmal muss klar sein, welche Aufgaben jeder hat. Lieber Kollege Oppermann, ich habe ja sehr viel Verständnis für die Analyse, was in den Schulen alles nicht stimmt,

aber – das muss ich einmal sagen – das ist nach der Verfassung in erster Linie Aufgabe unserer Bundesländer und nicht des Deutschen Bundestages und damit auch nicht des Bundeshaushaltes.

Jetzt zu sagen, Schäuble, dieser Wahnsinnstyp, kassiert Steuern ein und nur er hat Überschüsse und die Länder und Kommunen nicht, entspricht doch nicht der Wahrheit. Mehr als die Hälfte dieser Steuereinnahmen geht an die Länder und an die Kommunen. Sie sollen ihre Hausaufgaben machen und nicht immer nur beim Bund antreten und sagen: Wir wollen Geld.

Aber jetzt kommen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wir werden darüber reden. Eines will ich vorweg sagen: Ich will nicht, dass jeder Wettbewerbsgedanke bei diesen Bund-Länder-Finanzverhandlungen untergeht. Der Wettbewerbsföderalismus hat auch seine Bedeutung. Nur zu glauben, die Lösung liege darin, dass der Bund alles bezahlt und die Bundesländer dann zufrieden sind, hat mit Wettbewerbsföderalismus nichts zu tun. Diesen will ich erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens – hier komme ich auf den richtigen Hinweis, lieber Kollege Oppermann –: Ja, wir sind bereit, mit den Ländern darüber zu reden, wo noch etwas getan werden muss. Diese Bundesregierung hat so viel Geld an die Kommunen gegeben wie noch keine andere Bundesregierung: Milliardenbeträge. Wir haben zum Teil etwas korrigiert, was ihr unter Rot-Grün den Kommunen aufs Auge gedrückt hat: die Grundsicherung. Das haben wir korrigiert. Wir haben die vollständige Finanzierung des BAföG übernommen.

– Augenblick. Die Grundsicherung haben Sie eingeführt. Die Hälfte haben die Kommunen zahlen müssen, und diese Hälfte haben wir jetzt übernommen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes.

Wir haben auch beim BAföG den Anteil übernommen, den die Länder bisher gezahlt haben: Milliardenbeträge. Dann haben wir uns darauf verständigt, dass dieses Geld wieder in die Hochschulen, aber mindestens in die Bildungspolitik zurückfließt. Einige Bundesländer haben gesagt, dass es sie gar nicht interessiere, was vereinbart wurde, und haben das Geld für Kitas und anderes zur Verfügung gestellt. Deswegen sage ich: Es muss ein Ziel bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen sein, dass wir auch kontrollieren können, ob das Geld, das wir vom Bund geben, so eingesetzt wird, wie es vereinbart war. Es darf nicht jeder einfach machen, was er will. So können wir nicht arbeiten.

Von der SPD wird verlangt: Schafft das Kooperationsverbot in der Bildung ab. Daraufhin sagen alle: Ja-

wohl, wunderbar. Dann kommt der Ruf an den Bundesfinanzminister: Dafür wollen wir Mehrwertsteuerpunkte. – Ich bin mir ganz sicher, bei der nächsten Haushaltsdebatte kommen Sie und sagen: Jetzt brauchen wir dringend noch Geld für die Ausstattung der Grundschulen, der Universitäten. – Da das nicht geht, können wir diesen Weg nicht gehen. Wir sind bereit, zu reden. Aber dann muss klar sein, dass die Vereinbarung, wofür Geld eingesetzt wird, auch gilt. Das ist eine Strukturveränderung, die wir umsetzen müssen.

Natürlich bleibt die Integration das große Thema. Hier machen Menschen Erfahrungen in ihrem engen Umfeld. Da mag das eine übertrieben sein, und da mag das, was erzählt wird – auch bei uns in den Bürgersprechstunden –, nicht immer repräsentativ sein, aber die Menschen machen die Erfahrungen, dass bei der Integration nicht alles so richtig funktioniert. Ich finde, dass wir nicht zuerst darauf schauen müssen, was die anderen zu erfüllen haben, vielmehr müssen wir selbstbewusst formulieren, was wir wollen, was in unserem Land gelten soll, wie unser Land aussehen soll. Dann sagen wir: Das müssen auch diejenigen erfüllen, die zu uns kommen. Hier höre ich Gott sei Dank Töne, die früher, wenn ich sie geäußert hätte, wahrscheinlich Anlass zu ernststen Diskussionen gegeben hätten.

Mit Genehmigung der Präsidentin bringe ich jetzt ein Zitat: Wir sprechen von einer Wertegemeinschaft, nicht von einer Gesinnungsgemeinschaft. Doch wenn man dieses Land verachtet oder für moralisch minderwertig hält: Warum sollte man dann hier leben wollen? Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur verlangt allen Anpassungsleistungen ab ... Wenn wir erreichen wollen, dass problematische Haltungen und Verhaltensweisen hinterfragt werden, dann müssen wir unseren Standpunkt begründen und dies auch den Kindern in Schule und Alltag pädagogisch vermitteln. Dazu gehört auch, die Grenzen der Religionsfreiheit anzuerkennen, etwa wenn es um den Vorrang des staatlichen Bildungsauftrags und die Teilnahme aller Kinder am Schwimmunterricht geht. Cem Özdemir im August in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

Genau dies verlangen wir immer wieder. Nach diesem Beitrag erwartete ich Unterstützung für unsere Auffassung, dass es in unseren Schulen nur ein einziges Recht gibt, und zwar für alle. Und das muss nicht vom Deutschen Bundestag, sondern von den Schulbehörden der Länder umgesetzt werden. Es muss also klar sein, dass Anpassungsleistungen notwendig sind.

Es ist offenbar schon ein bisschen hilfreich, in Regierungsverantwortung zu stehen und zu merken, was man tun muss. Ich erwarte, dass dies in Baden-Württemberg jetzt auch zügig vorangeht. Ich erwarte auch ganz klar, dass Religionsfreiheit in unserem Land gilt, dass sie aber natürlich auch unter dem Grundgesetz steht. Das gilt für alle. Wir sind kein Gottesstaat und wollen es auch nicht werden.

Deutschland – so hat es das Bundesverfassungsgericht formuliert – ist ein weltanschaulich neutraler Staat. Er ist nicht wertneutral – die Werte kommen aus der christlich-jüdischen Tradition und dem Grundgesetz –, aber er ist weltanschaulich neutral, werden Urteile im Namen des Volkes verkündet. Deswegen sind diejenigen, die diesen weltanschaulich neutralen Staat vertreten – als Persönlichkeiten im Gerichtssaal, an Schulen –, gehalten, diese Neutralität zu zeigen, deswegen haben in solchen Funktionen Kopftuch und andere Religionsbezeugungen keinen Platz. Punkt, aus, Ende. Das hat mit dem weltanschaulich – Ja, ja, Frau Roth, ich sehe schon, wie Sie sich ob dieser Aussage schon wieder leicht erregen. Da kann ich nur sagen: Reden Sie mit Ihrem Kollegen Cem Özdemir, der recht hat, wenn er sagt, Religionsfreiheit muss sich dann, wenn es einen staatlichen Grund gibt, unterordnen. Das ist ein wichtiger Punkt, und deswegen sage ich, das muss durchgesetzt werden.

Wir müssen nicht ständig darüber reden, was alles gemacht werden

muss. Vielmehr müssen die Dinge, über die man sich nach dem Beitrag von Cem Özdemir einig ist, jetzt mal kommen – damit die Menschen in ihrem Alltag erleben: Da tut sich etwas, da lässt man nicht einfach nur alles laufen.

Dafür, dass sich etwas tut, haben wir in dieser Koalition gute Beispiele gegeben; es wird weitergehen. Ich erwarte nun, dass sich da auch im Bundesrat etwas tut.

Ich komme noch ganz kurz zur Erbschaftsteuer, weil sie für die Wirtschaftskraft unseres Landes ein ganz wichtiger Punkt ist. Herr Bartsch, Sie haben hier erklärt, wir sollten uns mal die Erbschaftsteuer aus Amerika anschauen. Die Erbschaftsteuerregelung in den Vereinigten Staaten hat dazu geführt, dass es dort keine familiengeführten mittelständischen Unternehmen mehr gibt. Das ist das Ergebnis der dortigen Erbschaftsteuerregelung; denn dort wird alles wegbesteuert, was in einem Familienbetrieb gebraucht wird.

Deswegen ist Ihr Hinweis völlig daneben. Nein, wir brauchen eine Erbschaftsteuer – ich hoffe, dass das die Grünen mittragen –, die einen Teil des Geldes in den Betrieben lässt, damit sie Arbeitsplätze schaffen und sich dem Wettbewerb stellen können. Dieses Geld soll anders behandelt werden als das, was herausgenommen wird, um sich beispielsweise eine Segelyacht zu kaufen.

Das ist der Punkt. Darum muss es gehen, und da sind wir uns doch auch einig. Deshalb sollten wir jetzt schnell eine Lösung finden.

Ich kann nur den Hinweis geben:

Ich mache mir große Sorgen, dass, wenn wir jetzt im Bundesrat nichts hinkriegen, sich dann das Bundesverfassungsgericht aufgerufen fühlt, eine Lösung zu finden.

Das wäre allemal schlechter als das, was wir hier machen können. Es liegt doch nicht an uns!

Wir haben im Deutschen Bundestag eine Lösung gefunden. Wir haben ein Gesetz beschlossen. Stimmen Sie dem im Bundesrat doch einfach zu, dann ist alles in Ordnung. So einfach ist die Sache. Sie im Bundesrat sind das Problem, nicht der Deutsche Bundestag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorgänge vom vergangenen Wochenende in Mecklenburg-Vorpommern haben uns alle bewegt. Wenn wir daraus die richtigen Schlüsse ziehen, werden wir auch wieder andere Ergebnisse erzielen, was gut für die Menschen in unserem Land wäre.

Uns, der Großen Koalition, rate ich, dass wir im letzten Jahr dieser Großen Koalition den Beweis dafür erbringen, dass wir in der Lage sind, unserem Land eine gute Regierung zu stellen, dass wir die Arbeit machen, die von uns verlangt wird und die wir uns vorgenommen haben, dass wir nicht Anlass geben, dass draußen in unserem Land die Menschen sagen: Die leisten sich nur noch Diskussionen. – Denn dadurch geht unter, was wir machen: eine gute Arbeit, um unser Land voranzubringen.

Dieser Bundeshaushalt ist dafür ein beredtes Beispiel.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Johannes Kahrs, SPD:

Wir haben eine saubere und gute Sacharbeit abgeliefert



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wir haben zwei Fraktionsvorsitzende der Großen Koalition gehört. Wir haben gesehen: Beide kommen aus unterschiedlichen Parteien. Ich finde das in Ordnung, so muss das sein. Wir ste-

hen ja nicht als Koalition auf dem Wahlzettel. Gleichzeitig hat man aber auch gehört, dass diese Koalition viel geschafft hat und noch viel schaffen wird. Herr Kauder, Sie haben vollkommen recht: Kein Mensch braucht ein Jahr Wahlkampf in diesem Land. Keiner von uns hat das vor. Ich glaube, das, was wir gezeigt haben, das, was wir gemacht haben, spricht für diese Große Koalition.

Ich habe mir angehört, was Herr Bartsch und Frau Göring-Eckardt hier so zum Besten gegeben haben. Sie haben gemahnt, diese Koalition möge sich weniger streiten, möge mehr arbeiten, möge nicht so viel Randalen machen.

Ehrlich gesagt: Ich kann mich noch an die Zeit von Rot-Grün erinnern. Das ist vielleicht der Nachteil, wenn man länger dabei

ist. Ich habe mich auch daran erinnert, wie wir mit den Grünen zusammengearbeitet haben. Ehrlicherweise kann ich nicht behaupten, dass es da weniger Streit gegeben hat.

Ich kann nicht behaupten, dass es weniger unterhaltsam gewesen ist; über Herrn Bartsch möchte ich da nicht allzu viel sagen. Es ist doch einfach so, dass Streit in einer Koalition dazugehört. Wesentlich ist, was am Ende an Sachpolitik herauskommt.

Und wenn man sich das anguckt, stellt man fest, dass das beachtlich ist: Wir haben zusammen mit der CDU/CSU einen Mindestlohn in diesem Land beschlossen; ich glaube, das ist eine gute Sache. Wir haben das Elterngeld Plus, die Familienpflegezeit, eine Frauenquote und mehr Geld für Bildung

beschlossen. Wir haben mehr Geld für BAföG ausgegeben. Wir haben im Bereich Wohnen die Mietpreisbremse durchgesetzt, ein höheres Wohngeld und mehr Mittel für die Städtebauförderung beschlossen. Die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ haben wir verdoppelt und verdreifacht. Wir haben ein Rentenpaket durchgesetzt: Rente mit 63, Mütterrente und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Wir haben die Kommunen um viele Milliarden entlastet – wir haben das heute schon angesprochen –: Für den Bau und Betrieb von Kitas stellen wir 750 Millionen Euro mehr zur Verfügung; es gibt 140 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur; wir haben einen kommunalen Investitionsfonds aufgelegt. Im Bereich Flüchtlinge haben wir zur Bekämpfung von Fluchtursachen viel Geld ausgegeben, auch für Integrationskurse und Sprachkurse, damit die Sprachlehrer anständig bezahlt werden. Wir haben 10 000 neue Stellen im Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Wir haben Geld ausgegeben für Krisenprävention und humanitäre Hilfe. Wir haben 3 000 neue Stellen für die Bundespolizei beschlossen, und wir haben ein 10-Milliarden-Euro-Paket für Zukunftsinvestitionen und 5 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beschlossen.

Ernsthaft, nennen Sie mir eine andere Koalition in den letzten 30 Jahren, die mehr beschlossen hätte. Wir haben das hier als Große Koalition hingekriegt. Es ist immer so, dass es dann auch einmal rumst, kracht und donnert – ich bin da auch nicht schüchtern –; aber dort, wo gearbeitet wird, in den Ausschüssen und in den Fraktionen – da kann ich den Kollegen Eckhardt Rehberg nicht genug loben; ich weiß nicht, ob dir das in der CDU nützt oder schadet; da bin ich mir nicht sicher –, arbeiten wir im Endeffekt wunderbar zusammen. Es ist eine helle Freude für Herrn Schäuble, dass dieser Ausschuss so wunderbar mit ihm zusammenarbeitet. Das heißt, wir haben drei Jahre lang eine saubere, eine gute Sacharbeit abgeliefert. Das ist gut für die Menschen in diesem Land. Herr Kauder hat ja gesagt, wir sollen jetzt nicht ein Jahr lang Wahlkampf machen. Ehrlicherweise muss ich sagen: Auch ich bin dieser Meinung. Wir haben zum Beispiel noch das Bundesteilhabegesetz: Die parlamentarischen Beratungen stehen vor der Tür. In der Ausbaustufe haben wir 700 Millionen Euro vorgesehen. Das gefällt nicht allen, weil das nicht reicht. Ich finde, wir können da

noch eine Schippe drauflegen. Wir haben ja gerade gehört, wie die finanzielle Lage aussieht. Ich würde es gut finden, wenn wir dieses Bundesteilhabegesetz, dessen Beschluss wir verabredet haben, durchsetzen.

Zur Rentenangleichung Ost und West: Es ist eben kritisiert worden, dass sie nicht kommt. Wenn sie kommt, dann soll aber nur der Teil kommen, der gut ist, und der, der nicht so gut ist, vielleicht lieber nicht. Die Frau Bundeskanzlerin hat eben sehr klar und sehr deutlich gesagt, dass sie das nicht in Ordnung findet, dass sie die Angleichung haben will. Ernsthaft gesagt: Dann soll sie sie kriegen.

Ich glaube, die Angleichung der Renten in Ost und West muss kommen. Das wollen wir, und wir werden das auch umsetzen.

Zur solidarischen Lebensleistungsrente: Wir haben das in der Koalition abgesprochen. Sie soll kommen. Das wird umgesetzt.

Zum Gesetz gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen laufen die parlamentarischen Beratungen. Wir gehen davon aus: Es kommt. Wenn man sich den ganzen Bereich der Erbschaftsteuer und der Bund-Länder-Finanzbeziehungen anschaut, muss man sagen: Natürlich ist das schwierig. Herr Kauder hat das ja eben durchdekliniert und gezeigt, warum so etwas schwierig sein kann. Die Länder haben Interessen. Was für ein Wunder! Hessen hat ein paar Interessen, Baden-Württemberg auch; wir Hamburger sind natürlich selbstlos.

Es ist also nur natürlich, dass es Interessen gibt. Ich bin mir aber sicher: Man wird sich einigen. Im Kern wollen wir nämlich alle, dass die Reform kommt. Man muss nur aufpassen, dass es keine artfremden Koppelungsgeschäfte – Bundesfernstraßengesellschaft und anderes – gibt. Jedenfalls brauchen wir am Ende eine Einigung. Wir haben morgen ja ein entsprechendes Treffen mit den Ländern, und nach der Rede von Herrn Kauder sind sie gut eingestimmt.

Die bessere Ausstattung der Bundespolizei und der Sicherheitsbehörden ist hier angekündigt worden. 3 000 Stellen haben wir beschlossen. Ich gehe davon aus, dass 3 000 weitere kommen, vielleicht sogar noch mehr. Ich glaube, dass man in dem Bereich viel tun muss. Es ist wichtig, dass die Polizei, die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und der Zoll gestärkt werden. Man muss in bestimmten Bereichen klare Kante zeigen: gegen rechte Gewalt, gegen linke Gewalt. Da darf man keine Unterschiede machen. Gewalt hat in jedem Fall mit staatlicher Autorität beantwortet zu werden.

Andrea Nahles wird im Herbst

ein Reformkonzept für die Rente vorstellen. Wichtig für uns ist eine Stärkung der Betriebsrenten. Wir wollen die Wirkung der Mietpreisbremse und die Situation der Alleinerziehenden verbessern. Wir haben noch ein Jahr. Ehrlich gesagt, wir haben schon verdammt viel geschafft. Wenn man sich anschaut, dass die Opposition hier immer über Streit redet, über das Verhältnis zur Türkei und über andere Dinge, muss ich sagen: Man kann auch ablenken. Die Situation der Menschen in diesem Land, die Situation derer, die hier arbeiten und Steuern zahlen, die Situation der Unternehmen ist gut. Wir haben eine grundsätzlich gute Lage in diesem Land. Wenn man sich dann mit der AfD und denen, die sie gewählt haben, auseinandersetzt, dann kommt man mit Argumenten ganz häufig nicht weit. Man kann den AfD-Wählern immer sagen: Die wollen, dass ihr bis 70 arbeitet. Die wollen, dass ihr weniger Rente bekommt. Die wollen den Mindestlohn abschaffen. – Sie antworten dann immer: Na ja, aber die sind auch gegen Ausländer. – Im Kern ist es einfach so: Die AfD ist nicht auf der Sachebene unterwegs. Sie appelliert an den inneren Schweinehund, Frust, Neid, Angst, Missgunst, und all das auf einer niedrig-

schwelliger Ebene. Da wird schlechte Laune geschürt. Die Situation in diesem Land ist nicht so. Das Einzige, das man da tun kann, ist saubere Sacharbeit, die Situation zu verbessern, die Dinge, die wir beschlossen haben, aufzuzählen.

Ich würde mich freuen, wenn wir in dem verbleibenden Jahr all das umsetzen, was ich angesprochen habe. Herr Schäuble hat angekündigt, er möchte Anfang der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform umsetzen. Man muss ernsthaft fragen – auch Herr Oppermann hat schon darauf hingewiesen –: Warum müssen wir immer mit so etwas warten?

– Herr Kollege Kauder, Sie wissen, dass ich Sie wirklich schätze. Ich glaube auch, dass Sie ein sehr guter Fraktionsvorsitzender sind und dass Sie in dieser Frage recht haben. Aber es geht auch anders. Hätten Sie meinem Fraktionsvorsitzenden zugehört, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass wir, obwohl die Länder da Probleme machen, vielleicht eine Steuerreform hinbekommen, indem wir über Freibeträge gehen. Wenn wir über Freibeträge bei den Sozialabgaben gehen, dann brauchen wir die Länder da weniger. Deswegen ist das durchaus möglich. Lassen Sie uns das Thema einfach angehen. Warum müssen wir im-

mer warten? Die CDU/CSU hat schon viele Legislaturperioden lang eine Steuerreform angekündigt. Die Einzigen, die eine Steuerreform umgesetzt haben, waren Rot-Grün, Gerhard Schröder mit Hans Eichel.

Wenn wir so etwas auch nur zur Hälfte hinbekommen, würde man uns in diesem Land feiern.

Zum Abschluss eine Bitte, Frau Merkel. Es gibt so viele Dinge, die wir schaffen. Wir reden immer darüber, dass die Menschen nicht in ein reiches Land einwandern, sondern in eine Wertegesellschaft. Auch Herr Kauder hat heute von Werten gesprochen, die es wert sind, durchgesetzt zu werden. Einer der Kandidaten für die Spitzenkandidatur bei den Grünen hat Ähnliches formuliert, auch wenn die Grünen da nicht klatschen wollten. Ich glaube, man muss diese Werte in diesem Land auch umsetzen. Deswegen wäre es für mich wichtig, dass wir die Öffnung der Ehe in dieser Legislaturperiode hinbekommen.

Ich würde das gerne mit Ihnen machen. Ich glaube, dass das richtig und gut wäre. Dann stehen wir zu den Werten, die wir immer verkünden. Uns hätten Sie an Ihrer Seite, Frau Merkel.

(Beifall bei der SPD)

Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU:

Keinen Kurswechsel, sondern solide Haushaltspolitik fortsetzen



Gerda Hasselfeldt (*1950)
Wahlkreis Fürstentum

Wenn wir in diesen Tagen mit den Menschen reden, dann erleben wir Zweierlei: Wir erleben, dass sie sehr wohl registrieren, dass es uns in Deutschland gut geht, dass sie sehr wohl registrieren, dass die Beschäftigungslage noch nie so gut war wie jetzt. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die Preise sind stabil. Die Reallöhne sind gestiegen. Das alles ist nicht nur gefühlt, sondern das ist Realität in unserem Land.

Das alles ist nicht auf Pump erreicht worden, sondern durch einen seit Jahren soliden Bundeshaushalt. Es gab noch nie eine Bundesregierung, die während einer ganzen Legislaturperiode keine neuen Schulden gemacht hat. Diese Bundesregierung handelt danach

Das Ganze ist aber kein Selbstzweck – ich sage das nicht, damit es auf dem Papier steht –, sondern wir machen das deshalb, weil wir uns unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern, gegenüber denen, die nach uns kommen, voll bewusst sind. Das ist verantwortungsvolle, nachhaltige Politik, die auch diesen Haushalt prägt.

Wir erleben ein Zweites. Wir erleben die Sorgen und Ängste der Menschen, die ganz unterschiedlich, aber nachvollziehbar sind: Sorgen und Ängste, die sich auf die Globalisierung, auf Veränderungen in der Arbeitswelt, auf die Digitalisierung, auf Veränderungen nicht nur im Arbeitsbereich, sondern auch im Alltag beziehen,

und Sorgen und Ängste, die sich aus den Kriegen in vielen Teilen der Welt und aus Krisen ergeben, was in der Konsequenz dann auch in der hohen Zahl der Flüchtlinge zum Ausdruck kommt.

Viele Menschen stellen sich die Fragen: Wie gehen wir damit um? Wie bewältigen wir das? Können wir unsere Sicherheit und unseren Wohlstand auch künftig halten? Können wir das, was wir erarbeitet haben, an unsere Kinder weitergeben? Können wir unsere Werte und die Art und Weise, wie wir gewohnt sind, miteinander zu leben, weitergeben? Meistens erwarten die Menschen auf diese Fragen schnelle Antworten; viele erwarten auch einfache Antworten. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns, an den verantwortlichen Politikern, deutlich zu machen: Auf solche Fragen kann es keine einfachen und schnellen Antworten geben, sondern darüber muss ein bisschen mehr nach-

Fortsetzung auf nächster Seite

gedacht werden, und es muss auch ein Stück weit um die richtige Antwort gerungen werden. Aber wir müssen um die richtige Antwort ringen.

Das tun wir auch. Die erste Antwort lautet zweifellos: Gerade in diesen Zeiten der Unsicherheit ist es notwendig, dass wir unsere solide Haushaltspolitik mit ganz konkreten Investitionen in die Zukunft fortsetzen. Dazu brauchen wir keinen Kurswechsel, sondern wir müssen das, was wir in dieser Legislaturperiode schon gemacht haben, einfach fortsetzen.

Ich nenne im Hinblick auf die Investitionen nur zwei Bereiche: Der erste ist der Bildungs- und Forschungssektor, der zweite sind die Infrastrukturinvestitionen. Wir haben den Ansatz im Bildungs- und Forschungsbereich seit 2005 mehr als verdoppelt. Wenn ich von Bildung und Forschung rede, dann meine ich nicht nur die Exzellenzinitiative, die Universitäten und die Gymnasien, sondern den gesamten Bildungsbereich, beispielsweise auch das Meister-BAföG. Denn Bildung beginnt nicht erst mit dem Abitur und dem Studium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern Bildung hat auch ein Hauptschüler, und Bildung hat auch ein Mensch mit mittlerem Bildungsabschluss. Das sollte nicht vergessen werden.

Der Bundesverkehrs- und -infrastrukturminister hat in dieser Legislaturperiode einen Investitionshochlauf gestartet, der heute überall spürbar ist. Es gibt viele notwendige Baustellen. Wir haben mit der Vorlage des Bundesverkehrswegeplans eine gute Grundlage für die weitere Ertüchtigung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Ähnliches erleben wir beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Das wird fortgesetzt.

Ein Drittes will ich allerdings auch noch ansprechen: Nicht nur das, was notwendig ist an Unterstützung für die Länder und Kommunen, haben wir getan, sondern keine Regierung, wirklich keine Bundesregierung in der Vergangenheit hat so viel für die Länder und Kommunen ausgegeben bzw. ihnen wieder zurückgegeben wie diese Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es war sogar so viel, dass in manchen Bereichen, wie beispielsweise beim Kitausbau oder auch bei der Hilfe für die notleidenden Kommunen, das zur Verfügung gestellte Geld bislang überhaupt noch nicht voll abgerufen wurde

und die Laufzeit verlängert werden musste,

Dies macht deutlich, dass wir hier eine großartige Leistung vollbracht haben. Diese ist aber nicht umsonst, sondern ich sage ganz bewusst – ich stehe auch dazu –: Unsere Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen, aber sie müssen sie ihrerseits auch erfüllen. Es kann nicht sein, dass der Bund beispielsweise noch mehr von dem übernimmt, was die Kommunen übernehmen sollen, etwa bei der Zurverfügungstellung von Grundstücken für den Wohnungsbau. Man kann nicht vom Bund mehr Geld für den Wohnungsbau fordern, wenn man vor Ort die planungsrechtlichen Grundlagen nicht liefert, um tatsächlich mehr Wohnungen bauen zu können.

Gute Grundlagen zu legen im wirtschaftlichen Bereich, das hängt auch mit der Steuerentlastung zusammen. Gott sei Dank haben wir eine Haushaltssituation,

Keine Regierung hat so viel für Länder und Kommunen ausgegeben wie diese.

in der wir in der nächsten Legislaturperiode Steuerentlastungen vornehmen können. Es ist schon viel dazu gesagt worden. Ich will noch darauf hinweisen, dass neben den Entlastungen im Einkommensteuerbereich

bei den mittleren und unteren Einkommen meines Erachtens auch der Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2020 notwendig und geboten ist. Auch das gehört zu einer sinnvollen Steuerentlastung.

Genauso gehört die Erbschaftsteuer dazu. Also, an der CSU hat es nicht gelegen, das will ich schon einmal deutlich machen; das ist vorhin ja so ein bisschen durchgeklungen. Wir haben im Deutschen Bundestag gemeinsam einen Gesetzentwurf verabschiedet. Das Gesetz ist im Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedet worden, und im Bundesrat ist es dann nicht angenommen worden.

– Wir haben sehr wohl die Verfassungsvorgaben mit beachtet. – Meine Damen und Herren, das ist nicht ein Peanuts, sondern das ist eine ganz wesentliche Angelegenheit; denn unsere gute wirtschaftliche Entwicklung hängt mit der Struktur unserer Unternehmen zusammen. Wenn wir nicht so gut funktionierende große und kleine Familienunternehmen bei uns hätten, würde die Arbeitsmarktsituation ganz anders aussehen, als es der Fall ist.

Außer zu der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir aber noch eine zweite Antwort zu geben, nämlich die Antwort darauf: Wie

gewährleisten wir die Sicherheit unserer Bürger? Die Anschläge in Deutschland, aber auch in einigen europäischen Städten haben uns ja deutlich gemacht, dass die Terrorgefahr nicht gebannt ist. Die Menschen erwarten zu Recht von uns, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, um Anschläge zu verhindern. Deshalb möchte ich zunächst einmal allen, die in den Sicherheitsbehörden bzw. als Sicherheitskräfte bei uns arbeiten, großen Dank und hohe Anerkennung aussprechen für ihre Arbeit für uns und unsere Sicherheit.

Was ist zu tun? Wir haben die Grundlagen dafür gelegt, und zwar nicht erst in diesem Haushalt, sondern auch schon sukzessive in den vergangenen Jahren, die Personalausstattung der Bundessicherheitsbehörden zu verbessern, und wir tun dies mit diesem Haushalt noch einmal zusätzlich. Es ist schon schön zu erfahren, dass diejenigen, die sich bisher um die Polizisten und die Polizeistellen – in den Ländern beispielsweise – nicht nur nicht gekümmert haben, sondern die Stellen auch noch abgebaut haben, jetzt auf einmal ihre Liebe zur Polizei entdecken. Das ist ja gut; es ist erfreulich. Hoffentlich hält das, und hoffentlich trägt es auch Früchte dort, wo sie in der Verantwortung sind, nämlich in den entsprechenden Ländern.

Neben der Personalausstattung geht es aber auch um eine adäquate Sachausstattung und um entsprechende Befugnisse der Sicherheitsbehörden.

Vielleicht müssen wir an der einen oder anderen Stelle, beispielsweise bei der Vorratsdatenspeicherung, noch einmal überlegen, ob das, was gemacht wurde – das möchte ich nicht schmälern –, ausreicht oder ob wir da noch einen Nachbesserungsbedarf haben. Darüber hinaus geht es auch um eine bessere Vernetzung der Behörden in Bund und Ländern und im europäischen Bereich. Wir haben keinen Mangel an Daten, aber wir haben zu wenige Verknüpfungen dieser Daten. Wenn wir die Daten schon haben, dann müssen auch alle Sicherheitsbehörden in der Lage sein, mit diesen Daten zu arbeiten.

Daneben haben wir natürlich auch noch eine der größten Herausforderungen in diesen Jahren zu bewältigen, nämlich die Flüchtlingsströme. Das ist von Ihnen ja mehrfach angesprochen worden. Ich glaube, im vergangenen Jahr ist uns allen deutlich geworden, dass die Aufnahmekraft und die Integrationskraft unseres Landes Grenzen haben. Für uns in der CSU war von Anfang an klar und ist auch heute noch klar, dass der Dreiklang aus erstens Humanität, zweitens Begrenzung

und drittens Integration gleichwertig gilt.

Was die Humanität betrifft, haben gerade wir in Bayern gezeigt, wozu wir in der Lage sind.

Das war ein großartiges Beispiel von ehrenamtlichem und hauptamtlichem Engagement der Menschen.

Bei den anderen Aufgaben sind wir nicht nur weit gekommen, sondern haben auch sehr viel erreicht, und zwar gemeinsam: Die Flüchtlingszahlen sind deutlich zurückgegangen, die Zahl der freiwilligen und der staatlichen Rückführungen ist gestiegen, Fehlanreize wurden reduziert, das BAMF wurde deutlich besser ausgestattet, wir haben mittlerweile eine vollständige Registrierung, der Flüchtlingsausweis wurde eingeführt und vieles andere mehr. Nicht zu vergessen ist daneben,

dass die Kommunen und Länder auch hierfür eine deutliche finanzielle Unterstützung erhalten haben, wozu ich auch stehe. Das sollte man aber auch nicht verschweigen. Wir haben deutlich gemacht: Es ist die gemeinsame Aufgabe aller politischen Ebenen, damit zurechtzukommen.

Wir haben ein Integrationsgesetz verabschiedet. Zu diesem Integrationsgesetz gehören nicht nur Geld, Kurse und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt, sondern wir müssen uns hier auch mit manchen Sorgen der Menschen und der Frage auseinandersetzen, wie wir die Integration in die Gesellschaft erreichen. Ich unterstreiche alles, was Volker Kauder zu diesem Thema – auch mit dem Zitat von Cem Özdemir – vorhin gesagt hat; denn das hat deutlich gemacht, dass dies ein ganz wichtiger Teil unserer Gesellschaftspolitik sein wird, der nicht mit einem Federstrich zu erledigen ist.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, was es bedeutet, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, und zwar am Beispiel der Vollverschleierung. Ich weiß sehr wohl, dass dies kein Massenphänomen ist, aber täuschen wir uns nicht: Für die Bevölkerung ist das ein ernsthaftes Problem. Auf die Frage, wie sie sich dazu verhalten, sagen 80 Prozent der Menschen in Deutschland: Wir wollen keine Vollverschleierung. – Da kann man nicht einfach sagen: Das interessiert uns nicht. Das ignoriere ich. – Vielmehr muss man sich auch über die Gründe Gedanken machen. Die Gründe sind: Es passt nicht in unsere freie Gesellschaft, wenn man sich nicht in das Gesicht sehen kann.

Das widerspricht der Gleichberechtigung der Frauen.

Das passt nicht zur Integration. Im Gegenteil: Das ist ein Integrationshindernis. Das muss man doch sagen und auch entsprechende Vorschläge machen dürfen.

Die Innenminister der Union haben Vorschläge gemacht, in begrenztem Rahmen eine Einschränkung vorzunehmen, etwa im öffentlichen Bereich, im schulischen Bereich, im Hochschulbereich und auch vor Gerichten. Ich glaube, wir sollten dies ohne Schaum vor dem Mund angehen,

dabei aber auch die Sorgen der Menschen respektieren und das Ziel einer wirklichen Integration der Menschen anstreben.

Meine Damen und Herren, nicht allein dieses Thema darf uns

beschäftigen. Neben den ökonomischen Fragen und den Sicherheitsfragen, neben der großen Aufgabe der Flüchtlingsbewältigung geht es auch darum, die soziale Balance in unserem Land zu halten. Da haben wir in dieser Legislaturperiode schon eine ganze Menge an Entscheidungen getroffen: im Pflegebereich, im Gesundheitsbereich, in der Integration, am Arbeitsmarkt. Wir sind jetzt dabei, im Bereich der Altersversorgung, im Bereich des Bundessteuergesetzes – dabei geht es um Leistungen für Menschen mit Behinderungen – das Notwendige zu tun. Da sind wir auf einem sehr guten Weg, wie ich meine.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir in der Koalition zu konkreten Ergebnissen kommen.

Das alles zeichnet diesen Haushalt 2017 aus. Dieser Haushalt ist geprägt, von Stabilität und Sicherheit geprägt, von Solidität und Solidarität. Dieser Haushalt ist geprägt von der Verlässlichkeit über die ganze Legislaturperiode hinweg. Er ist eine ausgezeichnete Grundlage zur Bewältigung der Herausforderungen, die wir aktuell haben.

(Beifall bei CDU/CSU und SPD)

Dieser Haushalt ist von Stabilität und Sicherheit geprägt, von Solidität und Solidarität.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem Bettina Hagedorn (SPD), Dennis Rohde (SPD), Monika Grütters (CDU), Sigrid Hupach (Die Linke), Hiltrud Lotze (SPD), Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen) und Burkhard Blienert (SPD).

leicht
erklärt!

Land-Tags-Wahl

Ein neues Parlament
in Mecklenburg-Vorpommern



Vor 1 Woche gab es eine Wahl.
Genauer: Am 4. September.
Und zwar im Bundes-Land:
Mecklenburg-Vorpommern.
Im folgenden Text
steht mehr dazu.

Worum ging es bei der Wahl?

In Deutschland gibt es
verschiedene Bundes-Länder.
Zum Beispiel:
Hessen, Bayern, Sachsen, Berlin
oder Mecklenburg-Vorpommern.
In jedem Bundes-Land gibt es:
ein Landes-Parlament.
Manchmal sagt man dazu auch:
Land-Tag.



Das ist eine Gruppe von Politikern.
Sie machen Politik
für die Menschen
in dem Bundes-Land.
Zum Beispiel:
- Sie machen Gesetze.
- Sie entscheiden,
für was Geld
in ihrem Bundes-Land
ausgegeben wird.



Die Politiker vom Land-Tag
werden gewählt.

Und zwar in den meisten
Bundes-Ländern alle 5 Jahre.

Und genau das ist
vor ungefähr einer Woche
in Mecklenburg-Vorpommern passiert.

Das heißt:
Dort gibt es jetzt
einen neuen Land-Tag.

Besonderheiten von der Land-Tags-Wahl



Über die Land-Tags-Wahl
haben in der letzten Woche
viele Menschen gesprochen.

Denn bei der Wahl sind
einige besondere Dinge geschehen.

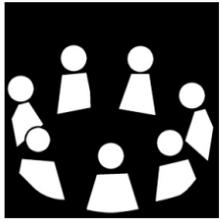
Dinge, die wichtig sind für die Politik
in Mecklenburg-Vorpommern.

Aber auch für die Politik
in anderen Bundes-Ländern.

Und in ganz Deutschland.

Im Land-Tag von Mecklenburg-Vorpommern sind 71 Politiker.

Diese Politiker werden von Parteien für die Wahl vorgeschlagen.



Parteien sind Gruppen von Menschen.

Sie tun sich zusammen, weil sie eine ähnliche Politik machen wollen.

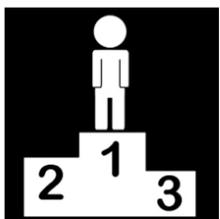
Bei der Land-Tags-Wahl können sich die Wähler entscheiden, wen sie wählen wollen.

Wenn eine Partei mehr Stimmen bekommt, dann darf sie auch mehr Politiker in den Land-Tag schicken.

Wenn eine Partei weniger Stimmen bekommt, dann darf sie weniger Politiker in den Land-Tag schicken.

SPD auf Platz 1

Die meisten Politiker im Land-Tag kommen schon seit vielen Jahren von der Partei: SPD.



Auch in diesem Jahr hat die SPD wieder die meisten Stimmen bekommen.

Darum kommen jetzt 26 Politiker von der SPD in den Land-Tag.

Die vorletzte Wahl zum Land-Tag war im Jahr 2011.

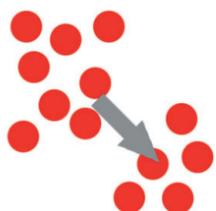
Damals war die SPD noch erfolgreicher. 27 SPD-Politiker waren nach der Wahl im Land-Tag.

Das Ergebnis von diesem Jahr hat also für die SPD eine gute und eine schlechte Seite.

Die gute Seite ist: Die SPD ist die Partei mit den meisten Stimmen.

Und mit den meisten Politikern im Land-Tag.

Die schlechte Seite ist: Von der SPD ist jetzt 1 Politiker weniger im Land-Tag als nach der Wahl von 2011.



CDU nur auf Platz 3

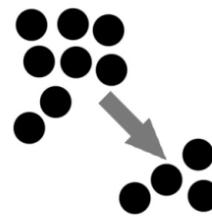
Die Partei „CDU“ war viele Jahre lang bei den Stimmen auf Platz 2.

Nach der Wahl von 2011 durfte sie 18 Politiker in den Land-Tag schicken.

Bei der Wahl in diesem Jahr hat sie weniger Stimmen bekommen als früher.

Sie ist jetzt nur noch auf Platz 3.

Und in den neuen Land-Tag darf sie nur noch 16 Politiker schicken.

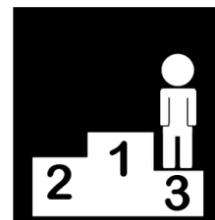


Das ist für die CDU eine sehr schlechte Sache.

Denn sie ist eine von den beiden größten Parteien in Deutschland.

Bei den Wahlen kommt sie meistens auf Platz 1 oder auf Platz 2.

Die Leute von der CDU machen sich also Sorgen, weil sie jetzt nur auf Platz 3 gekommen sind.

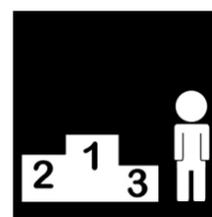


Die Linke auf Platz 4

Die Partei „Die Linke“ hat viel weniger Stimmen als bei der Wahl von 2011 bekommen.

Damals kamen 14 Politiker von der Linken in den Land-Tag.

In den neuen Land-Tag darf die Linke nur noch 11 Politiker schicken.



2 Parteien nicht mehr dabei

Bei der Wahl im Jahr 2011 sind noch 2 andere Parteien in den Land-Tag gekommen.

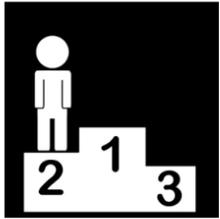
Und zwar:

- Die Grünen
- Die NPD

Bei der Wahl in diesem Jahr haben beide Parteien viel weniger Stimmen bekommen.

Und zwar so wenige, dass sie jetzt gar keine Politiker mehr in den Land-Tag schicken dürfen.





AfD auf Platz 2

Eine andere Partei bei der Wahl war: die AfD.

Sie ist bei den Stimmen auf Platz 2 gekommen.

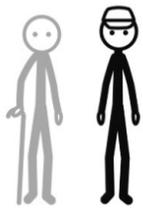
Sie darf 18 Politiker in den Land-Tag schicken.

Das ist eine besondere Sache.

Und viele Leute sprechen im Moment darüber.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:

1) Die AfD ist eine neue Partei.



Es gibt sie erst seit dem Jahr 2013.

Das heißt:

Sie hat zum 1. Mal bei einer Land-Tags-Wahl in Mecklenburg-Vorpommern mitgemacht.

Andere Parteien sind viel älter.

Die SPD gibt es zum Beispiel schon seit ungefähr 150 Jahren.

Die CDU gibt es schon seit ungefähr 70 Jahren.

Es ist ungewöhnlich, wenn eine neue Partei so schnell so viele Stimmen bekommt.

2) Die AfD ist eine kleine Partei.

Sie hat nicht so viele Mitglieder.

Genauer:

Ungefähr 20-tausend Mitglieder in ganz Deutschland.

Andere Parteien sind viel größer.

Die SPD hat zum Beispiel ungefähr 450-tausend Mitglieder.

Die CDU hat auch ungefähr 450-tausend Mitglieder.

Es ist ungewöhnlich, wenn eine kleine Partei mehr Stimmen bekommt als eine viel größere.



3) Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern hat sich nur mit wenigen Themen beschäftigt.

Vor allem:

- Flüchtlinge
- die Religion „Islam“ in Deutschland
- Familien
- Arbeitslosigkeit

In der Politik gibt es aber noch viele andere Themen.

Auch mit denen müssen sich Politiker beschäftigen.

Parteien, die viele Stimmen bekommen, machen das normalerweise auch.

Und damit sprechen sie eigentlich viel mehr Wähler an.

Denn jedem Menschen sind andere Themen wichtig.

Darum ist es ungewöhnlich, dass eine Partei mit ganz wenigen Themen so viele Stimmen bekommt.

Erfolg von der AfD

Viele Leute fragen sich jetzt: Warum ist die AfD so erfolgreich?

So genau kann man das nicht sagen.

Aber es gibt verschiedene Erklärungs-Versuche.

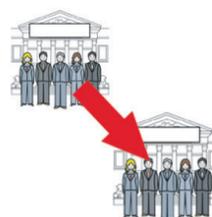
1) Manche von den AfD-Wählern haben früher andere Parteien gewählt.

Zum Beispiel die SPD oder die CDU.

Oder sie haben gar nicht gewählt.

Inzwischen sind sie aber unzufrieden mit der Arbeit von den anderen Parteien.

Sie wählen die AfD, weil sie so ihre Unzufriedenheit zeigen wollen.





2) Das Thema „Flüchtlinge“ ist in Deutschland seit etwa einem Jahr sehr wichtig.

Damals kamen viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland.

Und darum gibt es viele Fragen dazu.

Zum Beispiel:

- Wo sollen die Flüchtlinge wohnen?
- Wie lange dürfen sie hierbleiben?
- Wie viele Flüchtlinge sollen überhaupt nach Deutschland kommen?

Auf all diese Fragen müssen die Politiker von der Bundes-Regierung Antworten finden.

Das nennt man: Flüchtlings-Politik.



Viele Menschen in Deutschland sind im Moment nicht zufrieden mit der Flüchtlings-Politik.

Die AfD hat vor der Wahl ein Versprechen gemacht.

Und zwar:
Wenn sie viele Stimmen bekommt, dann wird sie sich für eine andere Flüchtlings-Politik einsetzen.

Zum Beispiel:

- Die Grenzen von Deutschland sollen besser bewacht werden.
- Ämter sollen schneller entscheiden, ob ein Mensch aus einem anderen Land in Deutschland bleiben darf.
- Wenn eine Person nicht bleiben darf, soll man sie schnell wieder in ihr Heimat-Land zurück-schicken.

Vielleicht haben darum viele Menschen die AfD gewählt.

Wahl in Berlin



Bald gibt es wieder eine Wahl. Genauer: Am 18. September. Also nächsten Sonntag.

Und zwar im Bundes-Land Berlin.



Viele Menschen in ganz Deutschland fragen sich jetzt natürlich: Werden bei dieser Wahl ähnliche Dinge wie in Mecklenburg-Vorpommern passieren?

Zum Beispiel:

- Wird die AfD in Berlin auch so viele Stimmen bekommen?
- Wird die CDU in Berlin auch so viele Stimmen verlieren?

Am Sonntag bekommen wir die Antworten auf diese Fragen.

Die Land-Tags-Wahl in Mecklenburg-Vorpommern hat also viel Aufregung gebracht.

Vor allem, weil die großen Parteien Stimmen verloren haben. Und weil die AfD so viele Stimmen bekommen hat.

Das hat eine große Bedeutung für andere Wahlen in Deutschland.



Viele Experten sind sich einig: In Deutschland verändert sich gerade sehr viel.

Nämlich:

- Die Politik
- und die Themen, über die die Politiker sprechen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © dpa/picture-alliance und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 37-38/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. September 2016.